

Gabriele Hooffacker (Hg.)  
Bürgermedien, Neue Medien, Medienalternativen



# Bürgermedien, Neue Medien, Medienalternativen

**10 Jahre Alternativer Medienpreis**

Verlag Dr. Gabriele Hooffacker

ISBN: 978-3-9805604-5-0

© Verlag Dr. Gabriele Hooffacker, München 2009  
Alle Rechte vorbehalten.

Umschlaggestaltung: Markus Keller, Schongau  
Bildnachweise: Gabriele Hooffacker / privat / Abbildungen zum Beitrag von  
Bernd Hüttner und Christoph Nitz mit freundlicher Genehmigung von Peter Ullrich  
aus dessen Buch „Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien  
und Deutschland“, Dietz Verlag Berlin 2008  
Satz: Markus Keller, Schongau  
Gesetzt aus Garamond Premiere Pro (Adobe)  
Druck und Bindung: C.H. Beck, Nördlingen

# Inhalt

Vorwort .....	7
GABRIELE HOOFFACKER / PETER LOKK: Kurze Geschichte der „Presse von unten“ .....	9
BERND HÜTTNER / CHRISTOPH NITZ: Linke Medien vor und nach der Internetrevolution .....	33
MARION TICHY / MANUEL WERNER: Die Nürtinger STATTzeitung .....	51
MANUELA MACHER: Es ist so schön, frei zu sein .....	61
RAINER MEYER (DON ALPHONSO): Dotcomtod – wir tanzten auf ihren Gräbern .....	67
JULIAN FINN: Musik tauschen, Flatrate zahlen .....	71
WOLFGANG TISCHER: „Wie verdient ihr denn Geld?“ .....	77
HOLGER KULICK: In ständiger Not: Online-Medien gegen Rechtsextremismus ...	83

## Dokumentation

Der Alternative Medienpreis: Alle Jahre, alle Preisträger.....	93
--	----

## Die Laudationes

Laudationes Hörfunk .....	99
Laudationes Internet .....	105
Laudationes Presse .....	135
Laudatio Video .....	147
Gründer und Veranstalter .....	149
Förderer, Unterstützer, Sponsoren .....	151
Autoren .....	153



## Alternativmedien schaffen Veränderung – ein Vorwort

Warum braucht es selbstgemachte Medien? Warum einen Alternativen Medienpreis, und das schon seit zehn Jahren? Medien sind das Mittel schlechthin, um Gleichgesinnte und Unterstützer zu finden, Probleme aufzuzeigen und sich selbst, die eigene Initiative, Idee, Organisation oder Gruppe in die Öffentlichkeit zu bringen. Hier wird zum Thema, was in etablierten Medien zu kurz kommt. Der Möglichkeiten sind viele: Zu Plakat, Zeitschrift, Flugblatt, Radio und Fernsehen ist das crossmediale Internet hinzu gekommen.

Schon in der Stadtzeitungsära der siebziger Jahre geht es darum, Verschwiegene und Tabuisiertes zu veröffentlichen. Der Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID) postuliert 1976: „Die Medien der Gegenöffentlichkeit transportieren nicht nur die Abbilder der politischen Veränderung, sie setzen sie auch in ihrer inneren Struktur, in den eigenen Arbeitsbeziehungen und Verkehrsformen durch. Es gibt keine Trennung zwischen Machern und Konsumenten.“ In dieser Zeit entsteht der Graswurzeljournalismus, für den das Buch „Blätter von unten“ steht, aus dem dieses Zitat stammt. Peter Engel und W. Christian Schmitt schreiben 1974 im Vorwort von „Klitzekleine Bertelsmänner“ über die journalistisch-alternative Szene: „Sie träumen vom Durchbruch des Alternativen, vom Zeitpunkt, da das Anti-Etabliertsein Teil des Establishments wird. Freilich müsste diese Art des Etabliertseins, des Erfolghabens, anders etikettiert sein. Denn: Sie sind ja dagegen.“

Die achtziger und neunziger Jahre bringen eine Blüte der Alternativbewegung. Thomas Daum wertet das 1981 im Katalog zur 6. Mainzer Minipressen Messe so: „Die Alternativbewegung zeichnet sich aus durch Offenheit und Vielfalt, sie kann andere, parallel laufende Bewegungen integrieren.“ Von nun an wird aus der Gegenöffentlichkeit die neue Öffentlichkeit: Es reicht nicht, dagegen zu sein, man will für die eigenen Utopien überzeugen.

Nach den Stadtzeitungen entstehen nicht kommerzielle Lokalradios, offene Kanäle, Foren, Communities und Plattformen im Internet. Was heute alternativ ist, kann morgen schon etabliert und kommerziell sein. Und das ist gerade der Reiz an der Sache. Adrian Reinert, Geschäftsführer der Stiftung Mitarbeit, sieht 2002 beim Forum „Die Bürgergesellschaft in der Diskussion“ rundum positive Aspekte alternativen Engagements: „Zivilgesellschaftliche Netzwerke tragen nicht nur wesentlich zur Bildung von Sozialkapital bei, sondern sind wichtige Lernorte politischen Lernens.“ Alternativmedien sind damit als neue Medien zum einen Medienalternativen und zum anderen Wegweiser für neue gesellschaftliche Entwicklungen. Der Alternative Medienpreis wird diese spannende Entwicklung begleiten, unterstützen, aber auch kritisch hinterfragen.

*Peter Lokk*

GABRIELE HOOFFACKER / PETER LOKK

## **Kurze Geschichte der „Presse von unten“**

**Seit dem Internet-Boom der frühen Neunziger Jahre werden die neuen Medien von den Neuen Sozialen Bewegungen in vielen Bereichen eingesetzt. Doch die Ahnenreihe der „Medien von unten“ beginnt bereits mit der Geschichte der Druckpresse. Der folgende Beitrag, 1989 in „Wir machen Zeitung“ veröffentlicht, folgt den Spuren der „Presse von unten“ seit der Erfindung der Druckpresse.**

Seit es gedruckte Medien – Flugblätter, Zeitungen, mehrseitige Broschüren – gibt, werden sie für die Aufklärung, die Verständigung, die Befreiung, den Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker genutzt – und im Gegenzug auch wieder zur Disziplinierung der Aufständischen, für die Propaganda der „Obrigkeit“, als Sprachrohr der Herrschenden. Kein Wunder, denn Zeitung machen kostet Geld, Information ist eine Ware, und wer zahlt, schafft an – nicht etwa der Leser, sondern der Verleger oder der Medienkonzern. Und der hat nur selten ein Interesse, sich mit der „Obrigkeit“ anzulegen.

Selbst in den Blättern, die sich gegen die etablierte Obrigkeit richten, sind es selten die Betroffenen selbst, die sich hier zu Wort melden. Oft spricht oder schreibt der aufgeklärte Intellektuelle, wie der Humanist des 16. Jahrhunderts, der protestantische Pfarrer im 17. Jahrhundert, der Lehrer im 18. Jahrhundert, für das „Volk“ – nicht immer im Sinne der Betroffenen. Bertolt Brecht, der dasselbe manchmal recht lehrerhafte Verhalten bei linken Intellektuellen des 20. Jahrhunderts kritisierte, spottete über die Bemühungen der „Tuis (Tellekt-Uell-Ins)“: „Das Volk ist nicht -tümlich“.

Das Medium als solches ist also nicht fortschrittlich. Erst wenn der „gemeine Mann“ (im Bauernkrieg) oder die Arbeiterin oder die Studentin oder die Angestellte (im 20. Jahrhundert) sich das neue Medium aneignen, es technisch beherrschen lernen, seine Möglich-

keiten kennen und sie auch einsetzen, erst dann wird das Medium politisch. Dann muss nur noch die Finanzierung gesichert sein, und dann, spätestens dann setzt die Repression ein, die Zensur, die Verfolgung der Autoren, der Drucker, der Buch- und Zeitschriftenhändler ...

Das betrifft natürlich nicht die „kommerziellen“ Medienproduzenten, die es immer gibt und gab – auch schon im 16. oder 17. Jahrhundert – mit ihren reißerischen Sensationsblättern, religiösen Andachtsbildern, harmlosen Witzchen, frommen und untertänigen Obrigkeitsverherrlichungen und ihrem bornierten Opportunismus – produziert und vertrieben von Verlagsimperien und Großverlegern. Aber die sollen hier nicht interessieren.

Die Geschichte der „Presse von unten“ ist noch nicht geschrieben. In wenigen Beispielen kann hier nur vorgestellt werden, wie sich immer weitere Bevölkerungskreise das Medium Presse aneignen: im 16. Jahrhundert die Reformationsbewegung gegen die Macht der Kirche und des Klerus (= den ersten Stand im Reich), im 18. Jahrhundert das Bürgertum gegen den Adel (= den zweiten Stand), seit dem 19. Jahrhundert zunächst die organisierten Arbeiter gegen die Macht der Bourgeoisie (= den dritten Stand). Diese Geschichte ist weiter zu schreiben für neue Medien wie Radio, TV und Telekommunikation – aber das führt über diesen Beitrag hinaus.

### **Flugblätter und Flugschriften der Reformation und des Bauernkriegs bis zum 30-jährigen Krieg**

Noch keine „Massenmedien“, wie sie es im 19. Jahrhundert werden, dienten die Blätter und Broschüren („Flugschriften“) der Reformationszeit und im Bauernkrieg dazu, gegen die Allgewalt des Papsttums und der katholischen Kirche und deren enge Verbindung mit weltlicher Macht zu polemisieren. Ihre Leserschaft war begrenzt, denn wer konnte schon lesen? Auf dem Land, wo mehr als 80 Prozent der Bevölkerung lebten: Kaum einer außer dem Pfarrer. In der Stadt: Die wohlhabenden Kaufleute (ihre Frauen schon nicht mehr); dasselbe galt für den Adel.



Deshalb wurden Nachrichten, auch offizielle Verlautbarungen, in einer Art Singsang ausgerufen. In einem süddeutschen Theaterstück, das 1623 die Verarmung und Hungersnot durch die Inflation zu Beginn des 30-jährigen Krieges darstellt, heißt es: „Der Zeitung Singer kompt/ unnd singt die Zeitung ...“ (Johann Rudolph Fischer: *Letzte Weltsucht und Teufelsbruot*, Ulm 1623). Dabei bedeutet „Zeitung“ zunächst „Meldung, Nachricht“. Den Blättern und Schriften fehlte ein wichtiges Kennzeichen, das sie zur „Zeitung“ im modernen Verständnis macht: eine regelmäßige Erscheinungsweise in festen Abständen. Die Flugblätter und Flugschriften erschienen, wenn es einen Anlass gab. Und Anlässe gab es genug: einen Aufstand der Bauern, ein durchziehendes Heer, einen Pulverturm, der in die Luft flog, einen Krieg...

Auf den meisten Flugblättern macht eine großformatige Abbildung, zunächst ein Holzschnitt, später mit fortschreitender technischer Verbesserung ein Kupferstich oder eine Radierung, die Schaulustigen neugierig. Sie blieben stehen, hörten dem reisenden Händler zu und kauften vielleicht ein Blatt. Denn kostenlos verteilt wurden die Flugblätter und „Zeitungen“ des 16. und 17. Jahrhunderts in den seltensten Fällen. Ein Blatt kostete etwa den Tageslohn eines Handwerkers – allzu oft leistete der sich so ein Flugblatt nicht.

Die Bilder sind für den heutigen Leser auf den ersten Blick oft nicht leicht zu verstehen, und auch der Text hilft nicht in allen Fällen weiter. Der zeitgenössische Betrachter aber, auch wenn er nicht lesen konnte, wusste, dass sich hinter einer Schlange der Teufel verbarg, hinter einer Taube der Heilige Geist, eine Lilie die Unschuld bedeutete und eine Waage die Gerechtigkeit. Diese Bilder kannte er aus der Kirche und aus den Predigten.

Und er kannte die Figuren, die auf den Blättern und auf den Titelblättern der Flugschriften zu sehen waren: Den „Karsthans“, die Sinnbildfigur für den unterdrückten Bauern; den „Pickelhäring“, eine komisch-satirische Figur aus den Spielen der englischen Theatertruppen; den „armen“, den „gemeinen“ Mann als Inbegriff des dritten

Standes (also noch lange kein Vertreter der Entrechteten, der Ärmsten der Armen, der Juden, der unehrenhaften Berufe wie der Henker, der Bettler, der fahrenden Leute ...).

Das Hauptthema der im heutigen Sinne politischen Schriften war der Kampf gegen den „ersten Stand“, den Klerus, also die „Pfaffen“, und gegen den Papst in Rom. Seit der Reformation wurde die Amtskirche angegriffen, wie auf den durch Luther berühmt gewordenen Blättern vom Papstesel und vom Mönchskalb – ein weites Feld für die protestantische Propaganda. Seltener richtete sich ein Text gegen die weltliche Obrigkeit (oft waren geistliche und weltliche Herrschaft in einer Person vereinigt), schon gar nicht gegen einen bestimmten Landesfürsten oder den Kaiser selbst (obwohl es Ausnahmen gab, wie einzelne Blätter und Schriften zeigen). Die Autoren und Drucker fürchteten die Zensur – zunächst die geistliche, gegen die neue Lehre Luthers gerichtete, bald auch die kaiserliche, weltliche Zensur – und griffen lieber zu indirekter, allgemeiner Kritik. Denn schnell war ein Drucker oder Verleger aus der Stadt verjagt, musste Strafen zahlen, verlor das Recht, Blätter oder Schriften zu verkaufen oder am Ort sein Gewerbe zu treiben.

Da war die Kritik an der Klassenjustiz, die ein Flugblatt zeigt, schon recht frech. Ein armer, zerlumpter Mann steht vor dem Richter; ein gut gekleideter Bürger hat ihn herangeschleppt. Wie die Aussichten für den Armen stehen, verdeutlicht das Spinnwebgewebe im Bild rechts: Die große Wespe hat sich losreißen können, die kleinen Fliegen und Mücken bleiben hängen. Der Text kommentiert die Praxis der Rechtsprechung: „... Wann wer wol schmirbt (schmiert) der fert auch wol“.

Noch indirekter ließ sich Kritik in Form der Tierfabeln üben – oft ist der Anlass, zu dem ein solches Blatt erschien und verkauft wurde, nicht bekannt; er lässt sich auch nicht mehr erschließen. Übrig bleibt allgemeine, zeitlose Kritik an den Mächtigen, die in dieser Form allerdings auch niemandem wehe tut. So nimmt auf einem Flugblatt der Mäusekönig an der Katze Rache für alles Leid, das sie den Mäusen

angetan hat, wobei ihm freilich die Hunde nicht ganz uneigennützig beistehen.

Schließlich verkam das Medium Flugblatt zu einer mehr oder weniger kunstvoll gestalteten Bildzeitung, die Großverleger in Auftragsarbeit manufakturartig herstellen ließen. Daneben entstanden aber etwa seit 1600 regelmäßig erscheinende Abonnementsblätter („Avisen“, „Relationen“), die zunächst bunt gemischte, jedoch keinerlei kommentierende, meinungsgefärbte Texte enthielten. Diese Informationen waren zunächst für Kaufleute und Gewerbetreibende wichtig – Meldungen über Truppenbewegungen, die auf bevorstehende Kriege deuten lassen, Angaben über Warenknappheit und Hungersnöte, mit denen der Kaufmann rechnen musste. Sie waren die ersten, noch kaum bewusst für Standesinteressen genutzten Blätter des sich etablierenden dritten Standes.

### **Bürgerliche Zeitschriften und Zeitungen im 18. Jahrhundert**

Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg der neuen Handelsstädte wurden deren Bürger reicher, mächtiger und selbstbewusster. In Hamburg verfassten in den 20er Jahren des 18. Jahrhunderts aufgeklärte Juristen und Kaufleute eine Zeitschrift, die ihre Leser zu den neuen bürgerlichen Tugenden wie Fleiß, Ehrlichkeit, Sparsamkeit und gemeinnützigem Sinn erziehen sollte: den „Patriot“. Zielgruppe waren wohlhabende Bürger und der niedrige Adel. Nur sie konnten den relativ hohen Abonnementspreis (die Hefte mussten in den Buchhandlungen abgeholt werden) bei einer Auflage von zeitweise 5000 Stück bezahlen. In einem Punkt stellte der „Patriot“ eine Ausnahme dar: Er forderte seine Leser zur aktiven Teilnahme am politischen Leben auf.

Für die meisten der zahlreichen Zeitschriften und Zeitungen, die im 18. Jahrhundert schnell entstanden und oft nach wenigen Ausgaben wieder eingingen, war Politik im modernen Sinne kein Thema. „Politisch“ hieß im 18. Jahrhundert so viel wie „höfisch“, und mit dem Adel wollten die Bürgerinnen und Bürger nichts zu tun haben. Aus dieser fatalen Abgrenzung vom zweiten Stand entwickelte sich die

politische Enthaltbarkeit des deutschen Bürgertums – und die Verurteilung von Politik als einer schlüpfrigen, unmoralischen Sache. Der dritte Stand, der sich im Verlauf des 18. Jahrhunderts mehr und mehr ausdifferenzierte und alles andere als einheitlich war, stellte dem Adel insgesamt „bürgerliche“ Tugenden und „höhere“ Bildung entgegen. Der Wunsch nach Gleichberechtigung mit dem Adel wurde mit dem Begriff einer standesübergreifenden „edlen Menschlichkeit“ untermauert.

Während sich der Adel am Vorbild des französischen Hofes orientierte, entstanden nach dem Vorbild englischer Zeitschriften wie dem „Tatler“ oder dem „Spectator“ die „Moralischen Wochenschriften“. Sie behandeln Themen der Privatsphäre, aus dem häuslichen und dem bürgerlichen Lebensbereich.

Die „Vernünftigen Tadelrinnen“, die der Schriftsteller und Gelehrte Johann Christoph Gottsched herausgab, richteten sich erstmals bewusst mit pädagogischer Absicht an ein weibliches bürgerliches Publikum. In der Ausgabe vom 7.2.1725 räsoniert eine fiktive Autorin „über der abgeschmackten Frage (...) Ob das weibliche Geschlecht auch zum Studieren geschickt sey?“ und antwortet entschieden: „Wir sind Menschen sowohl als die Manns=Personen, und dieses wird niemand im Ernste läugnen, er wäre denn ein Narr“. Den Leserinnen wird in dem Beitrag erklärt: „Die Schmeicheleyen und Unwahrheiten, die man uns, sobald wir zu erwachsen anfangen, von unsern Vortrefflichkeiten vorsagt, verderben unsern vorhin verderbten Willen noch mehr, dass es also fast unmöglich ist, jemahls zu einer rechtschaffenen Selbst-Erkänntniß zu gelangen“.

Neben speziellen Frauenzeitschriften und ebenso pädagogisch-moralisch ausgerichteten Zeitschriften und Zeitungen für Kinder und Jugendliche entstanden zahlreiche Fachzeitschriften. Weil die Abonnementspreise immer noch hoch waren, schlossen sich die wohlhabenderen und vornehmeren Bürger in den Städten zu Lesegesellschaften und Lesezirkeln zusammen. Solche Gesellschaften hatten manchmal weit über hundert Zeitschriften abonniert. „Politische“

Zeitschriften hingegen bildeten selbst bei großen Lesegesellschaften die Ausnahme.

Bei den Zeitschriften wie bei den Zeitungen nahmen die Auflagenziffern in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts stark zu. Die Zeitungen erreichten Auflagenzahlen von 10.000 bis 15.000 Stück und damit ein weitaus größeres Publikum als die Zeitschriften. In manchen Dörfern ging ein Zeitungsexemplar durch die Hände von fünf und mehr Familien. An den Abenden wurde in den Schenken und Wachtstuben daraus vorgelesen und das Gehörte dann diskutiert.

Zeitungen waren damit oft das einzige Medium, aus dem Angehörige der Unterschichten Kenntnisse und Wissen beziehen konnten. Die Bessergestellten machten sich darüber und über die „Buchstabengläubigkeit“ der lesenden Unterschicht lustig. Zeitschriften speziell zur Erziehung der Dienstboten, die bis dahin die Lektüre ihrer Herrschaft geteilt hatten, wurden herausgegeben ...

Über die Zeitungen griff der Funke der Französischen Revolution auf den dritten Stand in den deutschen Territorien über. Die lokale Obrigkeit reagierte mit harten Zensurmaßnahmen. Dabei richtete sich die Zensur sowohl gegen politische als auch gegen sonstige als anstößig empfundene Passagen. Goethe machte die Erfahrung mit seinem „Götz von Berlichingen“; er empfahl schließlich die Selbstzensur:

*(...) Und bring', da hast du meinen Dank,  
Mich vor die Weiblein ohn' Gestanck.  
Musst alle garst'gen Worte lindern,  
Aus Scheisskerl Schurcken, aus Arsch mach Hintern (...).*

Der Schriftsteller und Musiker Christian Friedrich Daniel Schubart wurde wegen seiner liberalen Artikel vom Herzog von Württemberg zehn Jahre (1777–1787) in den Kerker geworfen. „Pressfreiheit“ oder „Pressfrehheit“? fragte Friedrich Wilhelm II. von Preußen 1788 und ordnete schärfere Zensur an. Der Versuch des dritten Standes, in den deutschen Territorien politisches Mitspracherecht zu erlangen, konnte vorerst als gescheitert gelten.

## **Gegen die Macht der Zensur:**

### **Die Anfänge der Arbeiterpresse im 19. Jahrhundert**

Seit den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts erlaubten Erfindungen wie die Papiermaschinen und die Schnelldruckpresse die rationelle Herstellung von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften in hohen Auflagen. Der dritte Stand las, das Geschäft der Verleger blühte, und die Autoren waren nicht mehr allein von ihren Landesfürsten abhängig, sondern zudem noch von ihren Verlegern. Die produzierten inzwischen Massenblätter mit hohen Auflagen, wie das berühmte „Pfennigmagazin“ seit 1833, eine Wochenzeitschrift nach dem Vorbild der englischen Penny-Magazine, oder später, ab 1853, die „Gartenlaube“ – die industrielle Revolution war auch im Bereich der Printmedien ausgebrochen.

Die jungen Autoren hingegen veröffentlichten in den kleinen literarischen Zeitschriften oder versuchten, durch Zeitungsbeiträge ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Dabei entwickelten sie neue, dem Medium angemessene literarische Formen. Heinrich von Kleist stellte mit den „Berliner Abendblättern“ (1810/11) eine der ersten lokalen Tageszeitungen für Deutschland vor, die eine Mischung aus aktuellen Sensationsnachrichten, politischer Information und Kommentaren, philosophischen Traktaten und Satiren brachte. Ständige Auseinandersetzungen mit der Zensur ließen das Unternehmen jedoch bald finanziell scheitern.

Ludwig Börne gab die „Wage – Eine Zeitschrift für Bürgerleben, Wissenschaft und Kunst“ heraus (bis 1821). Heinrich Heine schrieb zunächst für die Münchner „Politischen Annalen“, dann für die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ Berichte aus dem Pariser Exil. Karl Marx redigierte – das war allerdings nur 1848 möglich – in Köln die „Neue Rheinische Zeitung“. Nach deren Unterdrückung emigrierte Marx nach London.

Georg Büchner, der sich während seines Studiums in Strassburg mit revolutionären Demokraten angeschlossen hatte, meinte mit seinem Aufruf zur Revolte nicht mehr den dritten Stand. Sein Ziel

war die Gewinnung „der großen Masse des Volkes“. Dazu griff er auf das traditionelle Medium der Flugschrift zurück. Im „Hessischen Landboten“ von 1834 stellt er unter dem Motto „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“ die Ausgaben des hessischen Staates für Militär, Ministerien etc. den sozialen Missständen gegenüber – eine sehr moderne Argumentation also. Die meisten Exemplare der Flugschrift allerdings wurden beschlagnahmt, Büchner floh, um der Verhaftung zu entgehen, nach Strassburg. Er starb 1837; seine Dramen und Schriften wurden erst über fünfzig Jahre später in Deutschland bekannt.

Wichtige Texte der bürgerlichen Revolution wurden im Exil geschrieben, weil sie in den deutschen Territorien nicht erscheinen durften: Das 1841 noch utopische „Deutschlandlied“, das Heinrich Hoffmann von Fallersleben, ein von seiner Universität vertriebener Germanistikprofessor, im Exil auf Helgoland schrieb – und natürlich 1847 das „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Karl Marx und Friedrich Engels in Paris. Über die politische und inhaltliche Enthaltsamkeit der zeitgenössischen Presse spottete Hoffmann von Fallersleben:

*Wie sind doch die Zeitungen interessant  
Für unser liebes Vaterland!  
Was ist uns nicht alles berichtet worden!  
Ein Portepeefähnrich ist Leutnant geworden,  
Ein Oberhofprediger erhielt einen Orden,  
Die Lakaien erhielten silberne Borden,  
Die höchsten Herrschaften geben nach Norden,  
und zeitig ist es Frühling geworden. –  
Wie interessant, wie interessant!  
Gott segne das liebe Vaterland!*

Dieser Zustand änderte sich schlagartig mit dem Jahr 1848. Flugblätter, Zeitungen, Flugschriften, Zeitschriften schossen aus dem Boden, oft kurzlebig nur, und von jeder nur erdenklichen politischen Couleur. Eine der Sinnbildfiguren für das politische Verhalten der Deutschen war, wenn auch in anderer Bedeutung, seit dem 17. Jahr-

hundert, der „deutsche Michel“. Eine Flugschrift stellt ihn mit gefesselten Füßen dar, eine andere mit dem Maulkorb.

Das Jahr 1848 sollte später als das Geburtsjahr der Parteipresse gefeiert werden; mit demselben Recht könnte man jedoch das traurige Ende der verunglückten Revolution auch als den vorläufigen Endpunkt einer demokratischen Presse bezeichnen: Um 1850 waren die wichtigsten Redakteure und Journalisten verhaftet, umgebracht oder ins Exil vertrieben.

### **Die sozialdemokratische Presse**

Gegen die obrigkeitlichen und offiziösen Verlautbarungsblätter, gegen die konservative und nationalliberale Parteipresse, gegen die Verdummung durch die illustrierten Massenblätter und für die Aufklärung und die Agitation des vierten Standes kämpften seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts die sozialdemokratischen Tageszeitungen und Wochenschriften. In der selben Zeit bauten Verleger wie Joseph La Ruelle und Wilhelm Girardet, besonders aber Rudolf Mosse, Leopold Ullstein und August Scherl in Berlin ihre Verlagsimperien auf. Sie führten neue Techniken wie die Mantelblätter (nur mehr der Regionalteil einer lokalen Zeitung wird vor Ort erstellt, der allgemeinpolitische Teil hingegen zentral bis zur Erstellung der Matern) und neue Formen, Boulevardblätter wie die „BZ am Mittag“, ein, die sich zum größten Teil aus dem Einzelverkauf, nicht mehr aus dem Abonnement, finanzierte. Den Konkurrenzkampf der drei großen Berliner Verleger um die Tagespresse hatte schon vor Beginn des ersten Weltkriegs mit staatlicher Unterstützung ein lachender Vierter gewonnen: Alfred Hugenberg.

Vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung einer eigenen sozialdemokratischer Presse deutlich. Deren Aufstieg, der sich im Verlauf des Kaiserreichs in zunehmenden Auflagenzahlen zeigt, spiegelt die wachsende zahlenmäßige Bedeutung der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung wieder. Das Engagement des Parteivorstands in Bezug auf eine eigene Presse begründete der sozialdemokratische

Journalist Carl Hirsch 1874 in einer Artikelserie im „Volksstaat“, der wichtigsten sozialdemokratischen Parteizeitung, die Karl Marx und Friedrich Engels von London aus redaktionell unterstützen:

*Man will ein Organ für Kritik und Beschwerden aller Art haben, um Misshandlungen und Ausschreitungen seitens der Bourgeoisie und ihrer Behörden rasch, auf frischer Tat an den Pranger zu stellen, um uns gegenseitig zu stärken, anzuspornen, wohl auch, um uns gemeinschaftlich über die Beschränktheit unserer Gegner zu amüsieren. Wir wollen uns den Verdruss sparen, uns in jeder Zeitung, die wir in die Hand nehmen, beschimpft oder was noch verletzender ist, väterlich beraten oder bevormundet zu sehen, und da uns ein persönliches oder geschäftliches Bedürfnis zwingt, unter allen Umständen irgendein Tageblatt zu lesen, so wollen wir eines haben, das die anderen überflüssig macht und uns zudem reineren Wein als die anderen einschenkt.*

Das größte Problem war auch hier die Finanzierung: In den meisten Fällen finanzierten die Parteimitglieder die Zeitung, die Druckerei und den Verlag. Je mehr Leser die Zeitung fand, desto größer wurde auch das genossenschaftliche Unternehmen. So konnte 1872 die Leipziger Genossenschaftsdruckerei gegründet werden, die den „Volksstaat“ erstellte. Bereits seit 1870 wurden Genossenschaftsdruckereien und -verlage für die Herausgabe von lokalen Parteizeitungen und anderer sozialistischer Literatur gegründet.

Vor allem in den wirtschaftlichen Krisenjahren 1873 bis 1878/79 bestand die Gefahr der wirtschaftlichen Verschuldung und Pleite. Immer wieder wird in den Blättern die Klage über mangelnde Abonnementszahlung, zu geringe Leserschaft etc. laut. Auf der anderen Seite richteten lokale Parteiorganisationen Lesezimmer ein, in denen Zeitschriften und Bücher bereitstanden; sie trugen zur Verbreitung der sozialdemokratischen Presse und damit der Gedanken bei. Die Zahl der Abonnenten des „Volksstaats“ stieg von 2089 (1869) auf 5500 (1876) an. Dabei erreichte ein Exemplar oft zehn oder mehr Leser.

Der neugegründete Staat Bismarcks versuchte mit immer härteren Strafen, die sozialdemokratische Presse in die Illegalität und in die Kriminalität zu drängen. Dieter Fricke schreibt in seinem Standardwerk zur deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1914: „Es gab wohl kaum einen sozialdemokratischen Redakteur, der nicht einmal eine Gefängnishaft hatte antreten müssen“; er nennt Wilhelm Liebknecht, gegen den 1870 mehr als ein Dutzend Prozesse – politische und private – liefen, August Bebel und Wilhelm Bracke, die mehrmals im Gefängnis saßen.

Den Sozialistengesetzen fielen die meisten sozialdemokratischen Presseorgane zum Opfer. Nur zwei Zeitungen entgingen dem Verbot: das „Offenbacher Tagblatt“ und der „Nürnberg-Fürther Social-Democrat“, der sich schon vor dem Verbot in „Fränkische Tagespost“ umbenannt hatte. Carl Hirsch gab im Exil von Brüssel aus die „Laternen“ heraus, eine Wochenzeitschrift, die im Winzformat 6,5 mal 10,5 Zentimeter (!) erschien, damit sie illegal in Deutschland verbreitet werden konnte. In London gab Johann Most die anarchistische „Freiheit“ heraus, die, um die Polizei irrezuführen, zeitweise von Ausgabe zu Ausgabe ihren Namen änderte – von „Anker“ über „Bismarck“, „Deutschland“ und „Eulenburg“, „Rebell“, „Revolutionär“ und „Soldatenfreund“ bis hin zu „Weihnachtsmann“.

Für die Verteilung des „Sozialdemokrats“ sorgte die „Rote Feldpost“, ein Netz von Vertrauensleuten in ganz Deutschland, das den Vertrieb der sozialdemokratischen Zeitschrift und weiterer Publikationen organisierte – keine leichte Aufgabe für eine Zeitschrift, die offiziell in London, tatsächlich aber oft illegal in Druckereien in Hamburg oder Nürnberg (im Unternehmen von Karl Grillenberger) gesetzt und gedruckt wurde. Die Verkaufszahlen des „Sozialdemokrat“ stiegen von 1416 (1879) auf 6754 (1882) an.

In den Jahren nach 1878 stiegen auch die Auflagenzahlen der sozialdemokratischen Lokalpresse wieder an. Am Ende der Geltungsdauer der Sozialistengesetze (1890) wurden nach Dieter Fricke 60 sozialdemokratische Presseorgane mit insgesamt 254.100 Abonnenten

herausgegeben. Nach dem Ende der Sozialistengesetze nahm die sozialdemokratische Parteipresse gewaltigen Aufschwung; sie stieg auf eine Gesamtauflage von 1.488.345 – also knapp 1,5 Millionen – im Jahr 1909. Darunter waren Zeitungen wie der „Vorwärts“, die „Leipziger Volkszeitung“, die „Neue Zeit“, in der zeitweise Rosa Luxemburg schrieb, „Die Gleichheit“ als marxistische Frauenzeitschrift, redigiert von Clara Zetkin, und – relativ spät – sozialistische Jugendzeitschriften wie die „Arbeitende Jugend“ (seit 1905), deren Redaktion fast ausschließlich aus Jugendlichen bestand, die „Arbeiter-Jugend“ (seit 1909) und „Die Junge Garde“ (seit 1906), deren Motto lautete: „Schutz den jungen Händen gegen die Ausbeutung! Schutz den jungen Köpfen gegen die Verdummung!“

Als satirische Zeitschrift erschienen der „Postillion“ und der „Wahre Jacob“, als Gegengewicht zur kleinbürgerlichen und spießigen „Gartenlaube“ war die Wochenzeitschrift „Die Neue Welt“ geplant (1911: 550.000 Exemplare Auflage). Weitere sozialistische Zielgruppenblätter mit Auflagen über 100.000 waren „Der abstinente Arbeiter“, „Der Arbeiter-Radfahrer“, die „Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung“ und die „Arbeiter-Turnzeitung“.

Diese Zeitungen und Zeitschriften wurden von verschiedenen Pressediensten mit Nachrichten beliefert: das zentrale Pressbüro (seit 1908), die „sozialdemokratische Partei-Correspondenz“ (seit 1906), beide in Berlin, das „Sozialdemokratische Büro für Rheinland-Pfalz“ in Düsseldorf (seit 1911); daneben gab es die „Privatkorrespondenz“ von Friedrich Stampfer und die kleine „sozialdemokratische Korrespondenz“, an der Franz Mehring und Rosa Luxemburg mitarbeiteten (1913 – 1915). Die in der sozialistischen Presse tätigen Journalisten schlossen sich im „Verein Arbeiter-Presse“ zusammen (seit 1900).

### **Die Weimarer Republik: Machtlos gegen die Mediengiganten**

Waren während des ersten Weltkriegs sämtliche Presseerzeugnisse unter Zensur gestanden, so müssten, könnte man vermuten, mit dem Wegfall der Zensur die freien Zeitungen und Zeitschriften nur so aus

dem Boden schießen. Trotz des Artikels 8, Absatz 2 der Weimarer Verfassung, die 1919 verabschiedet wurde, und der die Pressefreiheit ausdrücklich garantierte, wurde diese durch zahlreiche Bestimmungen der Verwaltung – vom Gesetz zum „Schutz der Republik“ nach der Ermordung Walter Rathenaus bis hin zu den Presseverordnungen von 1931 – wieder eingeschränkt. Dabei war die Weimarer Republik gekennzeichnet von einer immer gleichförmiger erscheinenden, reißerisch aufgemachten Massenpresse und einer Zentralisation im Bereich der Medien, die der zunehmenden Konzentration in den verschiedenen wirtschaftlichen Bereichen nicht nachstand.

Inhaber dieses umfassenden Medienkonzerns war Alfred Hugenberg, der im Kaiserreich als Manager der Stahlindustrie (Friedrich Krupp AG) aufgestiegen war und sich im Medienbereich finanziell engagiert hatte. Während des ersten Weltkriegs hatte er verschiedene Firmen und Institutionen geschaffen, die ihm entscheidenden Einfluss auf die wichtigsten Medien – nicht nur die Presse – sicherten: die „Auslandsgesellschaft mbH“ (später: „Allgemeine Anzeigen-Gesellschaft“), eine gegen den liberalen Mosse gerichtete Anzeigenagentur, mit der die Tagespresse von der wirtschaftlichen Seite unter Druck gesetzt werden konnte; den „Deutschen Verlagsverein“, der Scherls Imperium übernahm; die VERA, eine Finanzierungsgesellschaft für Provinzblätter, womit Hugenberg in weiten Teilen Deutschlands ein Monopol über die Lokalpresse errichtete; die „Deulig“ („Deutsche Lichtbildgesellschaft“), die 1927 bei der Übernahme der „Universum-Film-Aktiengesellschaft“, kurz „Ufa“, hierin aufging; die „Telegraphen-Union“ und weitere Organisationen, die der Finanzierung und Kreditbeschaffung dienten. Nach Kriegsende richtete Hugenberg einen „Materndienst“ ein, 1922 die „Wipro“ (Wirtschaftsstelle für die Provinzpresse), die seit 1925 zwei Pressedienste herausgab: einen für die liberale, und einen für die nationale Presse (Hugenberg war nun Mitglied der neugegründeten „Deutschnationalen Volkspartei“). Johannes Binkowski, sicherlich der politischen Linkslastigkeit unverdächtig, urteilte 1985: „Die zentralisierte Verlagsorganisation, die sich

unter dem Druck Hugenberg's herausgebildet hatte, war 1933 ein willkommenes und leicht zu beherrschendes Objekt totalitärer Pressepolitik.“

Gegenüber der täglichen Millionenaufgabe der Blätter, die direkt oder indirekt von Hugenberg abhingen, nahmen sich die liberalen und sozialdemokratischen Zeitungen mit ihren Auflagen von 50.000 bis 100.000 unbedeutend aus. Seit der Abspaltung von der SPD übernahm die KPD die Hauptrolle in der Arbeiterpresse. Die „Rote Fahne“, 1918 von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründet, erreichte 1932 eine Auflage von 130.000. Willi Münzenberg versuchte, einen kommunistischen Gegenkonzern von Verlagen, Zeitungen, Zeitschriften und Filmindustrie zu Hugenberg zu schaffen. Er erreichte immerhin Auflagen von 100.000 („Welt am Abend“) bis 400.000 („Arbeiter-Illustrierte Zeitung“, kurz „AIZ“).

Demgegenüber erreichten die kleinen und kleinsten Zeitungen und Zeitschriften, die kurzzeitig in der Phase der Räterepublik aufblühten, nur winzige Teile der Bevölkerung – Schriften wie etwa der anarchistische Münchner „Ziegelbrenner“, der von 1917 bis 1921 erschien, und dessen Herausgeber und Autor Ret Marut wahrscheinlich mit dem späteren Schriftsteller B. Traven identisch ist (was das Problem um B. Travens Identität nicht löst – denn wer war Ret Marut?). Die „Weltbühne“, wie Siegfried Jacobsohns „Schaubühne“ nach dem Krieg hieß, erreichte unter Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky mit einer Auflage von nicht einmal 10.000 Exemplaren ein zwar intellektuelles, politisch und kulturell interessiertes, aber gleichwohl zahlenmäßig unbedeutendes Publikum.

Wichtiger, vor allem in der Endphase der Weimarer Republik, waren die Plakate und Flugblätter. Sie standen im Dienst der tagespolitischen Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten. Berühmt sind die Wahlplakate der Sozialdemokraten, so eines, das nur Hitlers aufgerissenen Mund unter dem kleinen schwarzen Bart zeigt – oder eines, das den „Arbeiter im Reich des Hakenkreuzes“ zeigt, nämlich aufs Rad geflochten.

Aus der Mitte der Weimarer Republik stammt das Plakat, mit dem die KPD die SPD als Hauptgegner zeigen will. Erst spät erkannten die verbissenen Gegner, dass sie zusammen gegen den gemeinsamen Feind hätten kämpfen müssen.

### **Presse als Waffe im Widerstand**

Die „Gleichschaltung“ der Medien unter der Naziherrschaft war erfolgreich – bis heute eigentlich, denn bis heute hält sich das Gerücht „Unter Hitler hätte es das (gemeint sind Verbrechen, Kleinkriminalität etc.) nicht gegeben.“ Diesen Eindruck erzeugten die Zensurbestimmungen der Nazis, die Presseberichte über Kriminalität und über alles, was nicht in das nationalsozialistische Weltbild passte, nicht zuließen (in den Polizeiberichten und den Statistiken sieht es freilich anders aus). Die „Presse von unten“ war völlig in die Illegalität gedrängt. Ihre Geschichte in der Nazizeit ist eine Geschichte von Verfolgung, Folter, Mord und Tod.

Am besten konnte sich die aus der katholischen Jugendarbeit entstandene Widerstandsbewegung behaupten. Die Zeitung der katholischen Jugend, die „Junge Front“, konnte sich trotz des Verbotes einzelner Nummern bis 1935 halten. Sie wurde in „Michael“ umbenannt, da Reichsjugendführer Baldur von Schirach befand, die einzige junge Front in Deutschland werde von der Hitlerjugend (HJ) gebildet. Im Februar 1936 wurde die auflagenstarke Zeitung endgültig verboten.

Zu einer durchdachten Organisation der Gegenöffentlichkeit hatten die wenigen sozialdemokratischen, christlichen und kommunistischen Gruppen und Grüppchen, die an Widerstand dachten, keine Zeit gehabt. Ein Großteil der oppositionellen Druckereien, kleinen Redaktionen, Widerstand leistenden Gruppen wurde noch zu Beginn der Hitlerdiktatur bzw. in den ersten Jahren von den Nazis entdeckt und gewaltsam zum Verstummen gebracht. So nennt Jürgen Stroech für das Jahr 1934 in Berlin 25 KPD-Unterbezirkszeitungen, 4 Unterbezirksfunktionärsorgane, 4 Erwerbslosenzeitungen, 20 Zeitungen

von Massenorganisationen, einige Jugendorgane, 8 Zeitungen für SPD-Arbeiter, einige Zeitungen für die SA und die Polizei und einige Betriebszeitungen. Die „Rote Fahne“ der KPD und die „Junge Garde“ des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD) wurden zunächst ebenfalls innerhalb Deutschlands erstellt, teilweise sogar in verschiedenen dezentralen Setzereien und Druckereien, wie die voneinander abweichenden Exemplare ein und derselben Ausgabe belegen. Nach den großen Massenverhaftungen und Polizeiaktionen in den ersten Jahren wurden, um weiteren Verhaftungen zu entgehen, vorwiegend lokale Zeitschriften herausgegeben. Daneben erschienen zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften im Exil.

Zur Tarnung erhielten die Zeitungen und Broschüren Umschlagblätter mit Titeln wie „Azurin. Waschblau-Papier“, „Besucht den Zoo“, „Jakob Burckhardt: Größe, Glück und Unglück in der Weltgeschichte“, „Das Festgetränk. Trink deutsches Sekt“, „Gut rasiert, gut gelaunt“, „Kampf dem Ungeziefer“, „Anton Krauß: Staatenbildende Insekten“, „Ein Kronjuwel deutscher Geschichtsschreibung“, „Persil bleibt Persil“, „Dr. Oetker's Pudding-Pulver. Vanille Geschmack“, „Bertelsmann Volksausgaben“ oder „Wer fliegt mit. Segel- und Motorsporttag 1935“.

Das meiste Material musste von den Exilgruppen der Parteien über die Grenze nach Deutschland geschmuggelt werden. Aus der CSSR erhielt die Münchner „Gruppe Faltner“ vom Exil-Vorstand der Sozialdemokraten in Prag Material; umgekehrt gelangten auf diesem Weg die SOPADE-Berichte nach Prag. Ein Spitzel ließ die Gruppe Faltner 1935 aufliegen. Der Arbeitskreis „Revolutionäre Sozialisten“ und die Gruppe „Neu-Beginnen“ druckten ihre Schriften in der CSSR und verbreiteten sie illegal in Deutschland. Über die Schweiz und Österreich erhielten Gruppen in München und Nürnberg antifaschistische Presse und Literatur. In Paris wurden die Schriften des „Internationalen Sozialistischen Kampfbundes“ gedruckt. Das Rhein-Ruhr-Gebiet wurde von Belgien aus mit Literatur und Zeitschriften wie der „Sozialistischen Aktion“ versorgt. Verteilt und vertrieben

wurden die Zeitungen zum Beispiel als Reisegepäck oder durch die Fahrer der Brotfabrik „Germania“ in Duisburg-Hamborn, die dem Sozialdemokraten August Kordas gehörte. Auch diese Organisation deckte die Gestapo 1935 auf und verhaftete rund 600 Sozialdemokraten. Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die wichtige illegale Pressearbeit geleistet hatten, wurden von der Gestapo ermordet.

In Deutschland selbst wurden die Zeitungen „Der rote Stoßtrupp“ (Auflagen bis zu 20.000) und die „Sozialistischen Blätter“ (Auflage 200 bis 500) erstellt. In den nächsten Jahren der Nazidiktatur gelang es in verschiedenen Industriezweigen, freie Gewerkschaftsgruppen und kleine Angestelltenorganisationen mit regionalen Zeitungen zu gründen. Hier arbeiteten endlich Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und verschiedene Einzelgruppen zusammen. Die KPD stellte ihre funktionierende Organisation zur Verfügung und organisierte gemeinsame Aktionen.

In den Kriegsjahren waren es vor allem einzelne Gruppen, die zum Widerstand aufriefen. Die „Weiße Rose“ aus München ist wohl die bekannteste Gruppe jugendlichen Widerstands. Die fünf Studenten verfassten vier Flugblätter mit Aufrufen zum Widerstand gegen den Krieg und den Nazi-Terror. Beim Verteilen des vierten Flugblatts flog die Gruppe am 18. Februar 1943 auf. Bereits am 22. Februar wurden die Geschwister Hans und Sophie Scholl und Christoph Propst, etwas später der Theologieprofessor Kurt Huber, hingerichtet.

Detlev Peukert schildert den Fall des 17-jährigen Hamburger Verwaltungslehrlings Helmut Hübener, der am 27. Oktober 1941 aufgrund eines Urteils des Volksgerichtshofes wegen „Vorbereitung zum Hochverrat und landesverräterischer Feindbegünstigung“ hingerichtet wurde. Er hatte mit Freunden ausländische Rundfunksender gehört und in Flugschriften angesichts der aussichtslosen Kriegslage zum Widerstand aufgerufen.

Die Gruppe Baum, eine Widerstandsgruppe junger Juden in Berlin, setzte nach verschiedenen Flugblattaktionen die NS-Propaganda-

ausstellung „Das Sowjetparadies“ in Brand; auf dem dabei verteilten Flugzettel stand: „Ständige Ausstellung – das NAZI-PARADIES – Krieg. Hunger. Lüge. Gestapo. Wie lange noch?“ Die Mitglieder der Gruppe wurden daraufhin verhaftet, 27 davon ermordet. Als Rache wurden 500 unbeteiligte jüdische Bürger Berlins festgenommen. 250 von ihnen wurden sofort erschossen, die anderen in KZs verschleppt.

### **Nach 1945: Von Flugblatt, Zeitschrift und Zeitung zu den Neuen Medien**

Die alliierte Besatzungsmacht brach gewaltsam mit der NS-Tradition der zentral gesteuerten und zensierten Medien – und fürs erste auch mit der Tradition der Medienkonzerne und ihrer „Mantelblätter“ der Weimarer Republik. Lizenzen für Zeitungen und Zeitschriften, Zeitschriften, öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Fernsehen, bei denen die Zugriffsmöglichkeiten der Post auf den technischen Bereich beschränkt waren. So wurde Deutschland ein „Zeitschriftenparadies“ mit 150 bis 250 kleinen kulturpolitischen Zeitschriften, darunter so namhaften wie dem „Ruf“ von Alfred Andersch und Hans Werner Richter – bis zur Währungsreform. Ab 1949 war es prinzipiell jedem Bundesbürger gestattet, eine Zeitung herauszugeben – was bei den Tageszeitungen kurzfristig zu einer Zunahme der Zeitungszahl von rund 400 auf 568, dann jedoch ziemlich schnell zu einer Abnahme auf 183 selbständige Zeitungen (bis 1964) führte. Bereits 1957 erschienen im Springer-Verlag nicht nur die BILD-Zeitung mit damals über 3 Millionen Exemplaren täglich, sondern auch das Hamburger Tageblatt (340.000) und die WELT (210.000). Die zunehmende Pressekonzentration setzt sich bis heute quer durch alle Medien fort.

Eine unmittelbare Folge der alliierten, insbesondere amerikanischen Erziehungsarbeit in Westdeutschland waren die Schülerzeitungen, die es in dieser Form in Deutschland vorher nur vereinzelt gegeben hatte. Gab es in der Weimarer Republik um 1930 etwa 100 – 200 gleichzeitig erscheinende Schulzeitungen, davon weniger als 100 echte, d. h. von den Schülern selbst erstellte Zeitungen, er-

reichte 1961 nach Hermann Rupprecht die bundesrepublikanische Schüler- und Jugendpresse eine Auflage von „beachtlichen 3 Millionen Exemplaren bei 600 Zeitungen“. In den 50er Jahren waren die Themen und ihre Behandlung in den Schülerzeitungen ein getreues und manchmal erschreckendes Abbild des politischen Klimas. Die unmittelbare politische Vergangenheit war tabu; sie kam bestenfalls in der Form des Wiederaufbaus (Kriegsschäden) und der „Kriegsgräber“ vor. Auch Beiträge zum Holocaust und zu den KZs gab es; sie bildeten freilich die Ausnahme.

Zum politischen Medium wurden die Flugblätter, Zeitungen und Zeitschriften der Schüler und Studenten seit den frühen 60er Jahren, wie die Münchner Studentenzeitschrift „Profil“, die 1961 über den Eichmann-Prozess in Jerusalem berichtete. Wegen eines Fragebogens zur Sexualaufklärung geriet 1967 die Frankfurter Bienenkorb-Gazette, gemeinsame Schülerzeitung der Liebig- und der Bettinaschule, in die Schlagzeilen vor allem der Springer-Press.

Als sieben Mitglieder des SDS („Sozialistischer Deutscher Studentenbund“) beschlossen, gemeinsam in eine Wohnung zu ziehen, war die „Kommune 1“ in München geboren. Mit ihren provokativen, satirischen Flugblättern wurde die Kommune 1 dem SDS bald zu radikal; sie wurde aus dem Verband ausgeschlossen. Ihre Flugblätter gehören heute zur Geschichte der Studentenrevolte.

Das militärische Eingreifen der USA in Vietnam wurde zum Kristallisationspunkt der Studentenrevolte. In Erinnerung an den Spanischen Bürgerkrieg 1936, in dem Sozialisten aus ganz Europa auf Seite der Republikaner gegen Franco kämpften, hieß die Parole „Vietnam ist das Spanien unserer Generation“. Auf dem „Kongress unabhängiger und sozialistischer Schüler“ am 18. Juni 1967 wurde – der Beginn der Schülerbewegung – das „AUSS (Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler)“ gegründet. Am 2. Juni 1967 protestierten die Studenten in Berlin gegen offiziellen Besuch des Schahs von Persien. Dabei wurde Fritz Teufel festgenommen (und wochenlang in Untersuchungshaft gehalten), Benno Ohnesorg von

einem aufgehetzten Bürger erschossen. Am 11. April 1968 wurde Rudi Dutschke von einem Attentäter schwer verletzt; er starb 1979 an den Spätfolgen der Kopfschüsse.

In Gegenbewegung gegen die zunehmende Kriminalisierung der Studentenrevolte spaltete sich die Revolte in zahlreiche kleine und kleinste politische Gruppen und Grüppchen auf. Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Horst Mahler gingen in den Untergrund und riefen zum bewaffneten Kampf auf. Die Zeitschrift „883“ druckte 1970 das faktische Gründungsdokument der RAF ab. Es löste harte und prinzipielle Diskussion innerhalb der undogmatisch-anarchistischen und linkssozialistischen APO-Gruppen (Außerparlamentarische Opposition) aus. Am 18. Oktober 1977 starben Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Irmgard Möller im Hochsicherheitstrakt von Stammheim.

Begleitend zu Schüler- und Studentenrevolte erschienen im deutschsprachigen Raum eine Fülle von Kleinst- und Alternativzeitungen. Peter Engel und W. Christian Schmitt konnten 1974 für die Zeit seit 1965 ca. 250 Alternativzeitungen feststellen. 1986 nennt das Verzeichnis der Alternativpresse, das vom „Informationsdienst für unterbliebene Nachrichten“ (ID) herausgegeben wird, ca. 600 mehr oder weniger regelmäßig erscheinende Zeitungen und Zeitschriften.

In den siebziger Jahren entstanden, bewusst als Gegenöffentlichkeit geplant, zunächst in den Universitätszentren, bald in jeder größeren Stadt, sogenannte „Stadtzeitungen“, wie das „Blatt“ in München, „Klenkes“ in Köln oder „De Schnüss“ in Bonn. Sie erreichten Auflagen bis zu 20.000 Exemplaren, nur selten mehr, und boten den verschiedenen Gruppen, die in der Lokalpresse nicht zu Wort kamen, ein Forum. Themen, die sie aufgriffen, wurden damit auch für die etablierte Presse „salonfähig“ – von der missglückten „Vergangenheitsbewältigung“ über den Umweltschutz bis hin zur Anti-Atom-Bewegung. Die einsetzende Spezialisierung ließ eigene Zeitschriften der Frauenbewegung, von Mietervereinen, Umwelt- und Ökogruppen etc. entstehen.

Die Selbstauflösung der politischen Gruppen spiegelte sich auch im großen „Stadtzeitungssterben“ Ende der 1970er Jahre. Parallel dazu lief der Aufschwung der gefälligeren, kommerzialisierten „Stadtmagazine“ wie „Ketchup“ aus Heidelberg, „Tip“ und „Zitty“ aus Berlin und vieler anderer. Deren Inhalt beschränkt sich bei meist professioneller Aufmachung – Umschlag im Vierfarbdruck, viele Fotos, perfekter Satz, Hochglanzpapier – auf Reportagen aus dem Jugend-, Schickeria- oder Popmusik-Milieu sowie einen umfangreichen Service-, Veranstaltungs- und Kontaktanzeigenteil.

Mit der technischen Weiterentwicklung wurden in den 1980er Jahren weitere Medien für die „Gegenöffentlichkeit von unten“ erreichbar und erschwinglich. Zuerst illegal, später legal, begannen alternative Radiosender wie „Radio Dreyeckland“ oder „Radio Z“ in Nürnberg mit dem Alibigeplapper der Medienkonzerne vom „Rückkanal“ ernst zu machen. Erste Versuche gab es damals bereits auch im Video- und Fernsbereich. In verschiedenen Bundesländern wurden „Bürgerkanäle“ mit guter finanzieller Ausstattung gesetzlich verankert.

Trotz aller Technikfeindlichkeit der Achtziger Jahre waren es Pioniere aus dem alternativen Zeitungsbereich, die als erste Datenfernübertragung und Telekommunikation einsetzten: Die politische Mailbox-Szene schuf das „Computernetzwerk Linksysteme (CL-Netz)“ als eigenständigen Partner der internationalen „Association for progressive communications“ (APC), zu der auch das russische GlasNet, das britische GreenNet oder das ZaMir-Netz im ehemaligen Jugoslawien zählten. Der Begriff der Cross-Media-Vernetzung ist hier entstanden.

*Erstveröffentlichung in Gabriele Hooffacker / Peter Lohk: Wir machen Zeitung. Ein Handbuch für den Journalismus zum Selbermachen, Göttingen (Steidl) 1989.*

### **Ausgewählte Literatur**

- W. Brückner: Populäre Druckgraphik Europas.  
Deutschland vom 15. bis zum 20. Jahrhundert, München 1975.
- F. Brüseke u. H.-M. Große-Oetringhaus: Blätter von unten.  
Alternativzeitungen in der Bundesrepublik, Offenbach 1981.
- P. Engel u. W. Chr. Schmitt: Klitzekleine Bertelsmänner.  
Literarisch-publizistische Alternativen 1965 – 1973,  
Hann. Münden /Scheden 1974.
- G. Freytag: Bilder aus der deutschen Vergangenheit,  
Leipzig 1924, 3 Bde.
- H. Meuche (Hg.): Flugblätter der Reformation und des  
Bauernkrieges. 50 Blätter aus der Sammlung des  
Schlossmuseums Gotha, nebst Katalog von Ingeborg Neumeister,  
Textband und Tafelmappe, Leipzig 1976.
- H. Meyn: Die Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland,  
Überarb. Neuaufl. Berlin 1979.
- K. Schottenloher/J. Binkowski: Flugblatt und Zeitung.  
Ein Wegweiser durch das gedruckte Tagesschrifttum,  
2 Bde., Bd. 1: Berlin 1922, Ndr. München 1985.
- K. V. Riedel: Die Jugendpresse in der DDR,  
in: JPC Hearing 5/1970, S. 5 – 24.
- J. Stroech: Die illegale Presse 1933 – 1939, Leipzig 1979.  
Verzeichnis der Alternativpresse, hg. A. Diederich, W. Schindowski  
u. a., Berlin 1986.
- H. Wäscher: Das deutsche illustrierte Flugblatt,  
2 Bde., Dresden 1955 – 56.

BERND HÜTTNER / CHRISTOPH NITZ

## **Linke Medien vor und nach der Internetrevolution**

**Der Beitrag verfolgt die Spuren alternativer Medien in der Bundesrepublik und der DDR und formuliert Thesen für eine linke Medienöffentlichkeit.**

Linke und alternative Medienmacher/-innen nutzen heute eine immens gewachsene Vielfalt an Medienformaten. Das Repertoire reicht von der klassischen Printpublikation, die kostenlos oder im bezahlten Abonnement vertrieben wird, über die verschiedenen Formate des World Wide Web (Website, E-Mail, Social Web, Weblogs) bis zu den verschiedenen Strategien, in den herkömmlichen Medien mit ihren Inhalten vorzukommen.

### **Alternativmedien in der Bundesrepublik**

Die Theorien einer kritischen Medienarbeit der 1970er und 1980er Jahre gingen davon aus, dass die Massenmedien ihre Funktion kritischer Publizität eingebüßt hätten. Deshalb sei sozusagen eine Rekonstruktion bürgerlicher Öffentlichkeit durch Demokratisierung der inneren Strukturen von politischen Parteien und Verbänden vonnöten. Wichtig sei auch die Herstellung von Authentizität, also der Zusammenhang und Verbindung von Kommunikation und Aktion. Radio Alice, eines der linksalternativen Radios, experimentierte Ende der 1970er Jahre zum Beispiel damit, dass Hörer/-innen während der Sendung anrufen konnten. Diese Praxis, die heute bei jedem Dudelsender Alltag ist, sorgte in den 1970ern für Aufsehen.

Die alternativen Medien entstehen in Westdeutschland in den siebziger Jahren, ihre Existenz ist mit der Studentenbewegung, und den daraus entstandenen neuen sozialen Bewegungen verbunden. Neu entstandene Gruppierungen finden ihre politischen Themen nicht ausreichend berücksichtigt. Das Ziel der ersten Generation der

Alternativpresse ist die Schaffung einer „Gegenöffentlichkeit“ auch, aber nicht nur zur Ergänzung des Etablierten.

Auch an den Schulen und in Jugendstrukturen fand das Bedürfnis nach „anderer“ Information seinen Niederschlag. In den 1970er Jahren entstand eine vielfältige Szene „jugendeigener“ Zeitschriften, die oft vom Wunsch getragen wurden, Anliegen wie den Bau eines eigenen Jugendzentrums publizistisch zu begleiten.<sup>1</sup>

Nachfolgend eine vereinfachte Gegenüberstellung der Prinzipien „etablierter“ und der alternativen Medien:<sup>2</sup>

**Repressiver Mediengebrauch**

Zentral gesteuertes Programm  
 Ein Sender, viele Empfänger  
 Immobilisierung isolierter Individuen  
 Passive Konsumentenhaltung  
 Entpolitisierungsprozess  
 Produktion durch Spezialisten  
 Kontrolle durch Eigentümer/Bürokraten

**Emanzipatorischer Mediengebrauch**

Dezentralisierte Programme  
 Jeder Empfänger ist potenzieller Sender  
 Mobilisierung der Massen  
 Interaktion der Teilnehmer, Feedback  
 Politischer Lernprozess  
 Kollektive Produktion  
 Gesellschaftliche Kontrolle durch Selbstorganisation

Die quantitative Entwicklung verläuft rasant. 1977 gibt es schon ungefähr 100 lokale und regionale Alternativblätter. Die Gesamtzahl steigt dann rasch an. Das Verzeichnis der Alternativ-Presse von 1986 verzeichnet insgesamt ca. 600 Titel (davon über 100 lokale Zeitschriften).

<sup>1</sup>Einen guten Überblick gibt Knoche, Lindgens und Meissner (1979) „Jugendpresse in der Bundesrepublik Deutschland“, da hier empirische Daten zur Struktur und Situation der Jugendpresse vorgelegt wurden.

<sup>2</sup>Buchholz (2005) verwendet den Terminus „konventionelle alternative Medien“ zur Beschreibung dessen, was wir „alternative Medien“ (der ersten Generation) nennen. Die „neuen alternativen Medien“ sind für Buchholz dann allerdings nur noch solche Praktiken, die mit dem Internet zusammenhängen.

## **Oppositionelle Medien sowie Betriebs- und Dorfzeitungen in der DDR**

Bei der Herausbildung neuer linker Printmedien muss auch die Situation in der DDR betrachtet werden, da viele der Publikationen der PDS, später der LINKEN, in diesem Kontext betrachtet werden müssen.

In der DDR wurden 1988 34 periodisch erscheinende Titel von Kirchen und Religionsgemeinschaften registriert. Diese Titel hatten eine Gesamtauflage von 376.000 Exemplaren. Besonders die fünf evangelischen Kirchenzeitungen unterlagen einer Vorzensur durch das Presseamt der DDR. Allein 1988 wurden diverse Ausgaben nicht ausgeliefert, da sie sich mit Themen beschäftigten, die nicht in das gewünschte Bild der DDR passten. Für die Gegenöffentlichkeit in der DDR waren Titel der sogenannten inoffiziellen Publizistik, des Samisdat, von enormer Bedeutung. Titel wie „Arche Nova“, „Lausitzbotin“ oder die „Umweltblätter“ (später „Telegraph“ – einer der wenigen Titel, der auch heute noch erscheint) wurden in geringen Auflagen zwischen 300 und maximal 4000 Stück mit einfachsten Mitteln hergestellt und kursierten in Kreisen der Umwelt-, Kirchen- und Oppositionsgruppen.<sup>3</sup> Während diese Oppositionsmedien am ehesten mit den Alternativpublikationen in der Bundesrepublik Deutschland verglichen werden können, muss man sich einer anderen Gattung zuwenden, wenn man die Wurzeln der eigenen Medien der PDS und somit der LINKEN annähern möchte.

Zur Tradition der Arbeiterpresse gehören Betriebszeitungen. Sie wurden in der DDR mit hohen finanziellen Anstrengungen und hauptamtlichen Redakteuren herausgegeben. Die von Betriebsleitung und Gewerkschaft unabhängigen Zeitungen erschienen meist 14-täglich und hatten 1988 – bei einer Anzahl von 667 Titeln – eine Gesamtauflage von mehr als zwei Millionen Exemplaren.<sup>4</sup> Diese

<sup>3</sup> Vgl. Holzweissig (1999) S. 592

<sup>4</sup> Laut „Die Massenmedien der DDR“ (1979) war der Höhepunkt der Betriebszeitungen 1974 zu verzeichnen, als diese insgesamt 2,5 Millionen Exemplare verbreiten konnten.

Zeitungen sollten „die Werktätigen der DDR zu verstärktem Arbeits-einsatz [...] motivieren, neue Arbeitsmethoden propagieren, [...] und die Politik der SED allseitig erläutern. Sie sind ein zusätzliches Lenkungsinstrument der SED.“<sup>5</sup> In den Wirren der Wendezeit war die Zeit dieser Betriebszeitungen schon Ende 1989 abgelaufen. Am 26. Dezember 1989 machten Vertreter von Betriebszeitungen darauf aufmerksam, „dass zunehmend diesen Presseerzeugnissen die Existenzgrundlage entzogen wird.“ Betriebszeitungen müssten als wichtiges Sprachrohr des gesellschaftlichen Wandels der DDR erhalten bleiben. Wörtlich verwies Bernd Fierke, verantwortlicher Redakteur der Betriebszeitung „fortschritt“ des VEB Herrenbekleidung Fortschritt darauf, dass „die Betriebszeitungen als Interessenvertretung der Werktätigen [eine] wichtige Errungenschaft der revolutionären Arbeiterbewegung [sind].“<sup>6</sup> Die späteren Kreis- und Ortszeitungen der PDS in den neuen Bundesländern rekrutierten einige ihrer meist ehrenamtlichen Redakteure aus der Vielzahl von DDR-Journalisten, die nun Rentner waren oder die gezwungenermaßen ohne Job dastanden oder in einem Metier unterkommen mussten. Vor diesem Hintergrund wird die bis heute geführte Debatte, ob eigene Medien der LINKEN sich an die Bürgerinnen und Bürger richten sollen oder als Mitgliederzeitungen fungieren sollen, verständlicher.

### **Die erste Generation alternativer (Print-)Medien**

Das Adjektiv „alternativ“ bedeutet mehr als nur „alternative“ Inhalte, gemeint sind auch ökonomische Grundlagen und die gesamte Form der Organisation des Produktionsprozesses, verlegerisches und journalistisches Selbstverständnis. Eine sinngemäße Definition lautete: Zeitungen und Zeitschriften, die von demokratisch strukturierten Redaktionskollektiven in selbstverwalteten Betrieben nach dem Kostendeckungsprinzip und unter Verzicht auf Anzeigen produziert

<sup>5</sup>Ebd. S. 20f

<sup>6</sup>ebd. S. 51, vgl. „Für den Erhalt der Betriebszeitungen“ Erklärung der Berliner Sektion Betriebszeitungen des VDJ vom 26.12.1989

werden. Bei in der Regel periodischer Erscheinungsweise verfolgen sie das Ziel der Herstellung von Gegenöffentlichkeit zur traditionellen Presse; sie sind in soziale Bewegung eingebunden und verstehen sich in Abgrenzung zum Status quo. Sie gehen zur Berichterstattung andere Wege in den Bereichen: Ökonomie und Finanzen, Produktionsweise / Arbeitsablauf, Zielsetzung, Journalismuskonzept, Thema / Inhalt, Form / Gestaltung.

Auf die Ebene der einzelnen Medientypen heruntergebrochen ergibt sich für die alternativen Medien der ersten Generation im Zeitraum der 1970er bis 1990er Jahre in Westdeutschland vereinfacht folgende klassische Typologie.

**Initiativzeitungen:** Sie dienen vorrangig der Kommunikation unter Mitgliedern z. B. von Bürgerinitiativen (Forumscharakter und Sprachrohr-Funktion), dominant sind Laien- und Betroffenenjournalismus, oft auch ein unregelmäßiger Erscheinungsrhythmus.

**Volksblätter:** Sie sind thematisch breiter als Initiativzeitungen angelegt und haben ihren Erscheinungsort meist in Universitätsstädten. Sie sind eher „unten“ als „links“.

**Szeneblätter:** Sie gehen auf Studentenbewegung zurück und stehen in einer linken Tradition. Sie haben einen starken Rückhalt in Subkulturen und Teilen der Studentenschaft. Ein klassisches Beispiele ist *Pflasterstrand* (Frankfurt, 1976 bis 1990)

**Stadtmagazine und Stadtilustrierte:** Ihr Inhalt sind die Themen und das Publikum der großen Städte. Sie verfügen über einen ausgeprägten Servicecharakter und eine „professionelle Aufmachung“ mit dem primären Ziel einer hohen Auflage. Bald sind sie die Plattform für den Einstieg großer Verlage in den lokalen Zeitschriftenmarkt mit dann nur kommerziellen Zielen. Ein klassischer und bis heute existierender Titel ist die 1977 gegründete und in Berlin erscheinende *zitty*.

Die **Tageszeitungen** sind jede einzeln zu betrachten. Die *taz* erscheint ab April 1979, sie hat ein Monopol für überregionale alternative Themen, passt sich aber schnell an Strukturen des Journalis-

mussystems an. Heute ist ihre Auflage nicht höher als vor 15 Jahren. *junge welt* und *Neues Deutschland* existieren seit über 50 Jahren und waren zu Zeiten der DDR staatstragende Organe. Sie haben einen bundesweiten Anspruch, das *ND* eine überalterte Leserschaft und die *junge welt* in einer Stadt wie Bremen eine nur knapp dreistellige Zahl an Abonnent/-innen.

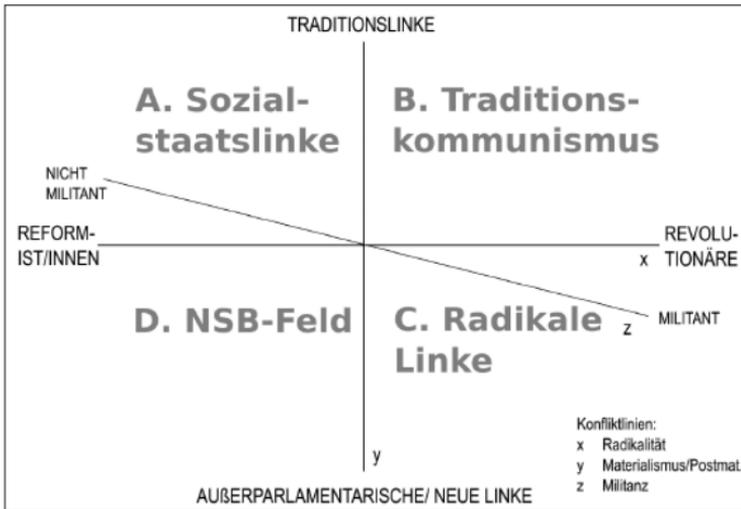
**Fachzeitschriften.** Diese entstehen in der Regel Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre und existieren teilweise bis heute. Sie widmen sich einem Teilbereich, der auch ein Berufsfeld ist und sind dort oft das einzige Projekt, das publizistisch „alternative“ Fragestellungen und Sichtweisen aufwirft. Teilweise Verbands-, aber auch unabhängige Organe. Beispiele für bis heute erscheinende Titel sind *CLIO*, *Contraste*, *Dr. med Mabuse*, *express*, *Forum Recht*, *Unabhängige Bauernstimme*.

**Meinungsorgane.** Hier handelt es sich um pointiert politisch agierende Organe mit einer in der Regel eher kürzeren Lebensdauer. Linke (sofern nicht parteigebunden) und linksradikale Projekte gehören hierzu. Beispiele für ältere Titel der Linken wären *analyse und kritik* oder die *Sozialistische Zeitung SoZ*, das *Blättchen* oder *Ossietzky*, für neuere *arranca!*, *marx 21* oder *Phase2*.

**Verbandsorgane.** Diese werden von Verbänden oder Nichtregierungsorganisationen herausgegeben, finanziert und damit kontrolliert. Adressaten sind Fach- und/oder breitere Öffentlichkeit. Beispiele sind die Titel aus dem 3.-Welt-, Umwelt-, Landwirtschafts- oder auch Kulturbereich.

**Parteiorgane.** Diese Titel werden von im Bundestag vertretenen und anderen Parteien herausgegeben und von eben diesen kontrolliert.

**Wissenschaftstitel.** Ein eigenes Feld sind die Theorie- und Wissenschaftsorgane, die selbstorganisiert vertrieben werden, oder in linken oder in etablierten Verlagen erscheinen. Sie haben teilweise eine Kontinuität, die bis zu „1968“ zurückreicht. Seit der „Wende“ finden sich hier auch Projekte, die ihren Ursprung im Wissenschaftsbetrieb der DDR haben. Beispiele sind: *Das Argument*, *Forum Wissenschaft*, *Jahrbuch Arbeiterbewegung*, *Kritische Justiz*, *Vorgänge*.



*Vereinfachte Darstellung der alternativen und linken „Lager“ in der heutigen Bundesrepublik, nach Ullrich 2008*

### Die Zukunft alternativer Printmedien

Das Ergebnis einer 2006 durchgeführten Untersuchung zum Zustand alternativer Printmedien (Hüttner 2006) zeigte, dass die Szene der alternativen Stadtzeitungen, die als die klassischen alternativen Medien galten, tot ist. Sie sind entweder eingestellt oder haben sich derart kommerzialisiert, dass sie nicht mehr als „alternative Medien“ angesehen werden können.

Es scheint jenseits von kleinen subkulturellen Szenen, den Fachzeitschriften und Meinungsorganen keine relevanten alternativen Printmedien mehr zu geben. Es gibt einen Kern von in der Regel schon längere Zeit existierenden linken Periodika einerseits und alternativen Fachzeitschriften andererseits, jenseits davon wird es aber sehr unübersichtlich, gelegentlich auch kommerziell. In Anlehnung an die obige Typologie der alternativen Medien erster Generation kann festgestellt werden, dass heute davon die Tages- (und auch: Wochen)-zeitungen, die Meinungsorgane und Parteiprojekte, die

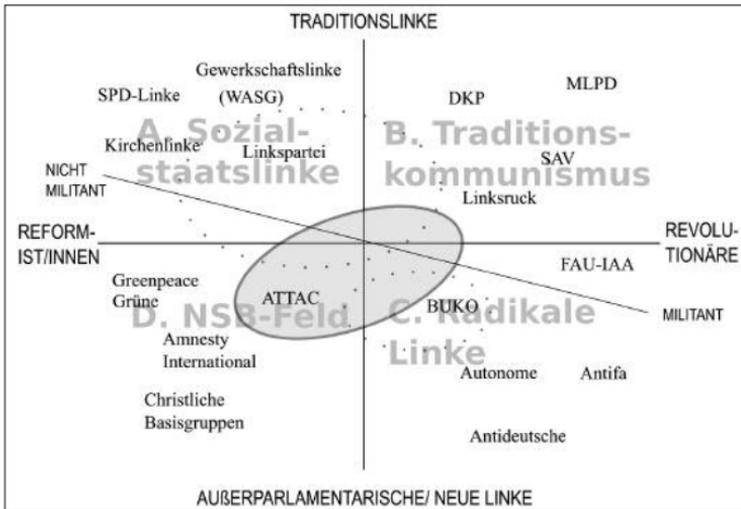
Verbandsorgane und die Wissenschaftsprojekte überlebt haben. Die klassische, lokale und regional ausgerichtet Form der Stadt- und Stadtzeitung gibt es schon länger nicht mehr. Diese lokale Form konnte bislang auch nicht von Projekten die der LINKEN nahestehen, ausgefüllt werden.

Die Anzahl der Titel, die nachgewiesen werden konnten, ist seit den 1980ern stark gesunken. 2006 waren es über 450. Die meisten Titel gibt es immer noch in drei klassischen Themen der neuen sozialen Bewegungen: Demokratie, Ökologie und Internationalismus, sowie andererseits im Segment der linken Meinungs- und Wissenschaftstitel. Alternative Medienarbeit mit Printmedien hat gegenwärtig für die Erreichung einer auch nur marginalen Öffentlichkeit nur geringe Bedeutung. Die „Alternativpresse“ war ein publizistisches Phänomen einer Zeit, in der gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen eine Gegenöffentlichkeit herausforderten. Unbestreitbar gibt es auch einen Funktionsverlust der Alternativpresse: Alternative Themen erhalten Einzug in etablierten Medien. Zweitens sind heute mit dem Internet ganz andere Formen von öffentlichem Auftreten möglich. Nicht zuletzt haben die Professionalisierung und Kommerzialisierung ehemals alternativer Themen die Gesellschaft stark verändert. Ein Merkmal alternativer Medien, wie z. B. die angestrebte Zweiwege-Kommunikation, wird heute besser durch das Internet umgesetzt als jemals von alternativen Printmedien.

Lokale Kommunikation setzt sich heute eher durch Online-Angebote um. Hier gibt es, bis hin zur Kleinstädten interessante lokale und regionale Angebote, die partizipativ organisiert sind und zeitnah agieren können.<sup>7</sup> Diese „Ent-Regionalisierung“ lässt sich im Verzeichnis der Alternativmedien auch an der geringen Anzahl der Titel mit dementsprechenden Verbreitungsgebiet ablesen: Nur 28,5 Prozent (132 von 467 Titeln) erscheinen mit lokalem oder regio-

<sup>7</sup> Siehe z. B. die Liste auf [indymedia](http://indymedia.org)

[HTTP://DE.INDYMEDIA.ORG/STATIC/MOREMEDIA.SHTML#ANCHOR-TERMINE](http://de.indymedia.org/static/moremedia.shtml#anchor-termine)



*Einordnung verschiedener Organisationen innerhalb des alternativen und linken „Lagers“ in der heutigen Bundesrepublik, nach Ullrich 2008*

nalen Anspruch. Die Zentralisierung lässt sich auch an der gestiegenen Bedeutung der Medienstädte ablesen. 2006 erscheinen in Berlin über 21 Prozent der und in nur sieben großen Medienstädten nahezu die Hälfte aller 2006 nachgewiesenen alternativen Titel.

Bei der Beschreibung des Wandels und der Krise alternativer Printmedien sind praktische Aspekte zu berücksichtigen. Neben der Krise des linken Buchhandels ist die Tatsache, dass es immer weniger Menschen gibt, die ehrenamtlich an einem Printmedium mitarbeiten können und wollen, gravierender. Der Zwang zur Existenzsicherung führt zunehmend dazu, dass die für ehrenamtliches Engagement notwendigen Freiräume kleiner werden. Viele Medienprojekte scheitern nicht deswegen, weil sie zu wenig Geld haben (zu wenig Geld hat man immer), sondern weil es niemand mehr gibt, der die Arbeit machen will.

## **Thesen zu alternativen Printmedien der zweiten Generation**

*„Herr, schmeiß Hirn vom Himmel!*

*Geht nicht, die unten können nicht fangen“*

Wandparole, gesehen an der Universität Paderborn, Sommer 1997

Die existierenden alternativen (Print-)Medien sind in vielerlei Hinsicht verbesserungsfähig. Sie stellen aktuell Kompetenzen und Vernetzungen zur Verfügung, wie auch ihre Vielfalt einen gewissen Eigenwert darstellt. Vor allem sind sie die einzigen, die es gibt. Sie wären der Ausgangspunkt für bzw. die Orte der Herausbildung von alternativen Medien der zweiten Generation. Sich eine Wunschvorstellung davon zu machen, wie bessere Medien sein müssten, ist relativ sinnlos, da es nur Sinn macht, an den existierenden Medien und ihrer Situation und Selbstverortung anzuknüpfen.<sup>8</sup>

Es wäre beispielsweise selbstkritisch zu fragen, inwieweit auch alternative Medien einem von oben nach unten gedachten Modell verpflichtet waren und sind, ob es nicht heute möglich und angebracht ist, dass alternative Printmedien ein Umfeld schaffen, in dem die Leser/-innen sich selbst belehren oder aufklären können. Damit verbunden ist der Aspekt, dass in den Medien der ersten Generation die Wirkungsmacht von Information überschätzt wurde und wird. Information führt eben nicht automatisch zu Bewusstsein oder gar Handlung.

Hilfreich bei einer Weiterentwicklung der Endmoränen der alternativen Medien erster Generation wäre ein stärkeres Besinnen auf die eigenen Wurzeln. Eine Stärke der alternativen Medien der ersten Generation war es, dass sie den Alltag diskutieren, wenn nicht politisieren wollten und sich damit vom klassisch-linken Revolutionsmodell abwandten. Eine weitere, dass sie wirklich vernetzt waren, ohne dies zur Ideologie zu erheben, wie es später geschah. Die Forderung, dass Leser/-innen auch Produzent/-innen sein sollten, lässt sich heute im Netz verwirklichen, vor allem über Weblogs, Wikis und die anderen Formen des Social Web.

<sup>8</sup> Was nicht heißt, dass nicht erfolgreich neue Titel gegründet werden können.

Die Alternativen zum Bezug auf die Endmoränen der alternativen Medien erster Generation wären, auf die linksliberale Presse (oder was von ihr übrig geblieben ist) auszuweichen, oder weitgehendst auf das Internet umzustellen. Beide Alternativen sind nicht wirklich überzeugend.

Das Internet ist schnelllebig, und trotz allem technikzentrierten Hype: intransparent. Wie wird denn die Bedeutung einer Information im Internet sichtbar, oder gar geschaffen? Wie kann der Nutzer und die Nutzerin die Relevanz einer Internetseite erkennen und bewerten? Schafft die Tatsache, dass potentielle jede/-r Beiträge ein-senden kann, wirklich mehr Qualität? Schafft der höhere Grad an Partizipation wirklich mehr Einsicht, oder führen die alternativen elektronischen Medien nicht eher zu einer Form der relativ bedeutungslosen Vielleser- und -wisserei? Vom ökonomischen Aufwand her betrachtet, haben sich die Kosten für die „netz-öffentliche“ Darstellung „alternativer“ Inhalte im Vergleich zum Druck einer Zeitschrift ja ungeheuer verringert, sie gehen bei Online-Formen sozusagen gegen Null. Gleichzeitig ist potentiell (aber eben auch nur das) eine unbegrenzte Zahl von Leser/-innen erreichbar.

Sicher: Das Internet verringert die Bedeutung alternativer Printmedien. Politisches Handeln entsteht aber nicht in virtuellen Räumen, sondern an realen Orten. Politisches Handeln erfordert reale Akteur/-innen, erfordert Bildung statt Halbwissen oder Polemik. Die alternativen Medien müssten sich heute angesichts der Informationsflut weiterentwickeln und neu erfinden, z. B. als vertrauenswürdiger gatekeeper, als zuverlässiger Informationsselektor und als Initiator von Debatten. Dies kann und wird nur in einer Kombination aus Print und Online-Praktiken geschehen.

Bei der LINKEN und in ihren vielen lokalen Publikationen gibt es noch zu wenig Reflektion über die eigene Medienarbeit. Will man nun vor Ort Betroffenenberichterstattung machen, oder aus Sorge um die Demokratie eine eher ergänzende Funktion zur sonst ja stark umworbenen Tagespresse einnehmen? Oder soll den eigenen Medien

eine emanzipatorische Funktion zukommen, sollen sie den Leser/-innen ein Instrument zur Selbstermächtigung und zur Reflektion der eigenen Lebenswelt und ihrer Bedingungen sein? Will man die Öffentlichkeit erreichen, oder die eigenen Mitglieder ansprechen?

Die Medien der Partei weiterentwickeln sollen die zumeist ehrenamtlichen Aktiven, die mindestens einmal im Monat eine Zeitung des Kreisverbandes oder ein Blatt für den Ortsteil herausbringen. Hier ist – geschuldet der Entstehung der Partei – ein Ost-West-Gefälle zu beobachten. Die Strukturen der PDS konnten ab 1990 auf die Einrichtungen und Erfahrungen der SED zurückgreifen und mit der Veränderung des Organisationsprinzips der Partei von Betriebs- hin zu Wohngruppen wird ein Netz von lokalen Medien der Sozialisten ab 1990 etabliert.

Im Kommunalwahlkampf 1990 erblickten etwa „Die Neue“ in Karl-Marx-Stadt (heute: Chemnitz), „Unsere Neue Zeitung“ in Erfurt und das „Info“ in Berlin das Licht der (linken) Öffentlichkeit.<sup>9</sup> So rückte der Presse- und Informationsdienst der PDS im Juni 1990 unter der Überschrift „Nordlicht – links und heimatverbunden“ den Start des Wochenblatts für Mecklenburg und Vorpommern in den Focus des Parteiinteresses.<sup>10</sup> Damals mühte sich die Partei allerorten um einen Neuanfang. Entsprechend erwiderte Nordlicht-Chefredakteur Dietmar Baginski auf die Frage, ob „das neue Blatt eine Parteizeitung“ sei „Nein, es ist natürlich keine. [...] In diesem Verlag haben sich Redakteure zusammen gefunden, die alle das Herz auf dem linken Fleck haben, die links drehen und diese Sicht auf die Politik auch verbreiten wollen.“ Immerhin mit einer Startauflage von 60.000 Exemplaren.<sup>11</sup>

Die aus der ehemaligen Staatspartei SED hervorgegangene PDS musste alternative Medien erst einmal lernen. Die erste Ausgabe des *Treptower blättchens* erschien am 13. September 1990 und das mit Jens-Peter gezeichnete Editorial gab die Zielsetzung an mit: „Das

<sup>9</sup> Presse- und Informationsdienst der PDS (PID) vom 22.02.1990

<sup>10</sup> PID vom 28.06.1990

<sup>11</sup> ebd.

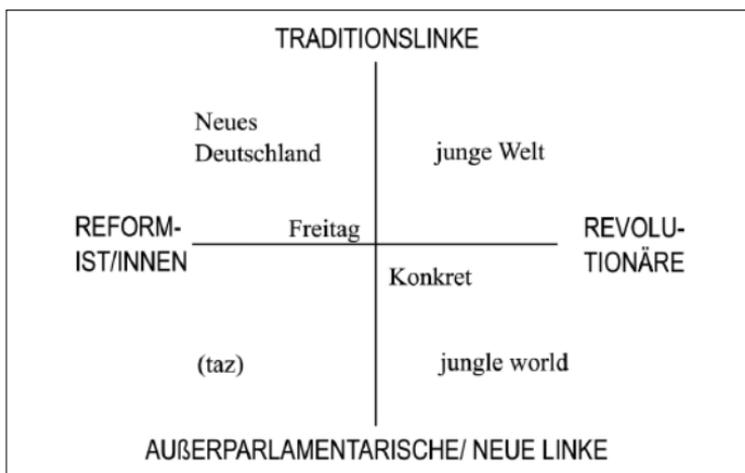
Treptower Blättchen [die Groß- und Kleinschreibungsirritationen ziehen sich durch die Ausgabe] versteht sich in erster Linie als Informationsquelle für alle PDS-Mitglieder, für unsere Sympathisanten, für Interessierte und auch für Andersdenkende im Stadtbezirk.“ Die Zeitung solle über die Aktivitäten der PDS berichten – „im Parlament und außerhalb“. <sup>12</sup> Eine von den herkömmlichen Medien ausgeblendete Partei wollte sich graswurzelartig von unten erneuern und bediente sich deshalb damals neuer Methoden. Wie viel Debatte diese parteieigenen Periodika zuließen, hing von den Redakteuren und den Parteifunktionären ab. Problem blieb allerdings bis heute die oben zitierte doppelte Zielgruppendefinition.

Besonders mit den neuen Möglichkeiten des Internets unter dem Begriff „Web 2.0“ subsummiert, tut sich DIE LINKE noch sehr schwer. Neue Angebote wie Wikis, Blogs – meist unzutreffend mit dem deutschen Begriff „Tagebücher“ übersetzt –, Foto- und Videoportale sowie die so genannten sozialen Netzwerke wie XING, Facebook oder StudiVZ verändern die bis dahin auch im Internet übliche Form der Medienrezeption. Professionelle Akteure erstellen Medienprodukte, die über verschiedene Kanäle dann beim Endverbraucher landen, der bestenfalls darüber entscheiden kann, was er zur Kenntnis nehmen möchte und was nicht – dieses Paradigma wurde 1948 von Harold D. Lasswell in die klassische Formel „Who Says | what | in which channel | to whom | with what effect“ gegossen worden. Das neue Netz verweigert sich der linearen Sender-Empfänger-Perspektive und schafft neben den bekannten Nachrichten-Emittenten neue Akteure, die sich an neue Publika richten. „Die Deutschen verändern ihre Mediengewohnheiten“ – meldete der Branchenverband BITKOM im Oktober 2008, nur DIE LINKE ändert ihre Gewohnheiten nicht. Entsprechend nüchtern fallen die Urteile über die Bemühungen der Partei mit der neusten Mediengeneration aus: „Die Linke als

<sup>12</sup>Treptower blättchen, Mitteilungsblatt der Fraktion und des KV der PDS Treptow, Nr. 1 vom 13.09.1990

Partei ist bisher fast nicht im sozialen Netz aktiv, wenn man von den Aktivitäten der Linksfraktion absieht.“ – so das Resümee von Markus Beckedahl in der 3. Kurzstudie „Politik und Web 2.0“<sup>13</sup>

„Links ist lebendig“ – mit diesem Slogan ging die PDS im Dezember 1990 in den Wahlkampf – dieses Motto gilt es in der Medienlandschaft des 21. Jahrhunderts mit Leben zu erfüllen. Dazu gehört es auch, den Zweck solcher Medien und damit auch die Zielgruppe eindeutig zu definieren: Sollen diese Medien nach innen interne Kommunikation leisten oder sollen sie nach außen wirken.



*Verortung größerer Medienprodukte im alternativen und linken „Lager“ in der Bundesrepublik, , nach Ullrich 2008*

### **Rote reporter/-innen**

Die BAG rote reporter/-innen ist eine bundesweite Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei DIE LINKE. Sie wurde 2006 mit dem

<sup>13</sup>Die Studie „Politik und Web 2.0“ wurde im Sommer 2008 erstmals vorgestellt. Obiges Zitat statt aus der Kurzpräsentation der 3. Kurzstudie am 7. Januar 2009. Zitiert nach: [HTTP://NETZPOLITIK.ORG/2009/POLITIK-IM-WEB-2-0-DIE-3-KURZSTUDIE/#MORE-7004](http://netzpolitik.org/2009/politik-im-web-2-0-die-3-kurzstudie/#more-7004) (Abgerufen am 07.01.2009)

Ziel gegründet, einer ihrer Ansicht nach bestehenden wachsenden Medienkonzentration entgegenzuwirken, die „eine laute Stimme“ für Die Linke nötig mache.

Ziel der Bundesarbeitsgemeinschaft ist die Interessenvertretung „der Medienmacher/-innen innerhalb und außerhalb der Linken. Linke Zeitungen in der ganzen Bundesrepublik werden von meist ehrenamtlichen Aktiven hergestellt. Ihr Engagement gilt es zu fördern und zu unterstützen.“

Die Arbeitsgemeinschaft wurde durch Teilnehmer der Weiterbildungsangebote der Linkspartei.PDS für Medienmacher gegründet. Im Bericht an den 10. Parteitag der Linkspartei.PDS wird dies ausdrücklich erwähnt: „Herauszuheben ist die Akademie für die Macher/-innen der ‚kleinen Zeitungen‘ bei der Linkspartei.PDS, die auch zu einer Vernetzung der kleinen Zeitungen geführt hat und ein gelungenes Stück Selbstorganisation in der Partei darstellt.“<sup>14</sup>

Heute sind mehr als 600 Medienmacher/-innen Mitglied des ehrenamtlich organisierten Netzwerks. Die Linke Medienakademie entstand als gemeinnütziger Verein als Bildungspartner der Arbeitsgemeinschaft.

Den sprechenden Titel haben die roten reporter/-innen sich beim Roten Reporter aus Wülfrath entlehnt. Klaus H. Jann – auch bekannt als „Roter Reporter“ – gründete gemeinsam mit seiner Frau Doris 1970 das Mitteilungsblatt, um für linke Politik zu werben. Aufgabe der kleinen Lokalzeitung sollte es sein, „kritisch über Themen zu informieren, über die sonst keiner zu schreiben wagt.“ Zunächst als Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) auf den Weg gebracht, überlebte der „Rote Reporter“ das Ende der DDR und orientierte sich fortan als Sprachrohr der „Demokratischen Linken Wülfrath“. Jann wurde 2007 mit dem Alternativen Medienpreis in der Sparte Print ausgezeichnet. Der Internetauftritt der Zeitung besitzt

<sup>14</sup>Dokumente der Arbeitsgemeinschaft eingestellt im Internetangebot:  
WWW.ROTE-REPORTER.DE (abgerufen am 07.01.2009)

mit „Klaus sein Tagebuch“ seit 2002 ein fortlaufendes Kompendium der Aktivitäten und eine crossmediale Offerte des Printtitels – und ein Weblog, das schon laufen konnte, als es den Namen noch gar nicht gab.<sup>15</sup>

### **Die Linke Medienakademie:**

#### **Ein Knoten im Netz alternativer Öffentlichkeiten**

Die Linke Medienakademie (LiMA) entstand ursprünglich aus Kursangeboten für Zeitungsprojekte der Linkspartei und ihres Umfeldes. Die fünfte Akademie im März 2008 ist dann der Quantensprung. Sie findet erstmals in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt, zum anderen nehmen 300 Menschen, dreimal soviel wie 2007, teil.

Gesellschaftlicher Druck braucht Prozesse von unten. Der entsteht aus Diskussion und Organisierung an den realen Orten, an den Menschen zusammenkommen. Das ist in Initiativen und Parteien, in Verbänden, Gewerkschaften und Kirchen, im Stadtteil. Wer sich hier engagiert, braucht auch ein mediales Sprachrohr. Das Ziel von LiMA, das in Teilen auch schon erreicht wird, ist es, Menschen aus Gewerkschaften, politischen Initiativen, der Zivilgesellschaft, aus lokalen Onlineprojekten oder freien Radios anzusprechen. Die Akademie für linke Medienmacher/-innen ist ein Ort für diejenigen, die für eine demokratische, soziale und solidarische Republik eintreten und dafür Medienarbeit als wichtiges Feld politischen Handelns ansehen. 2009 konnte – mit diesem Impuls – neben dem bisherigen Partner Neues Deutschland – die taz als Medienpartner gewonnen werden.

Konkret bietet die Akademie drei Dinge: Debatte, Networking und Weiterbildung. Das bedeutet preiswerte Weiterbildung auf Niveau von Journalistenschulen, ebenso wie Einführungen für Aktivisten, die ein Medienprojekt starten wollen. Wichtig ist die politische Diskussion sowie das Networking mit und unter Gleichgesinnten.

<sup>15</sup> WWW.ROTTER-REPORTE.DE

Im März 2009 bot die Akademie in Berlin über 120 Veranstaltungen, die fit machen für den Medienalltag. Diskussionen, Vorträge, Workshops, Intensiv-Kurse sowie Exkursionen in den Bereichen Neue Medien, PR- und Öffentlichkeitsarbeit, Journalistische Genres und Praxis, Bildbearbeitung, Layout und Illustration sowie Wissensmanagement. Neu war 2009 LiMAcampus – ein Tag ausschließlich für junge Medienaktivisten, bei dem Zack Exley, einer der Lead-Organisatoren der Obama-Kampagne im Mittelpunkt des Interesses stand. Mit dem Angebot von Workshops für die Macher freier Radios wurde ein weiterer Baustein gelegt für „eine Medien-Akademie für Linke, nicht nur für DIE LINKE“, wie es das Programmheft im Grußwort betont.<sup>16</sup>

Perspektivisch soll die Akademie als größter Treffpunkt linker und alternativer Medienschaffender etabliert und das Workshopangebot für Jugendliche und Studierende gezielt erweitert werden. Aus diesem Grund unterstützt die Linke Medienakademie e.V. auch den Alternativen Medienpreis, damit dieser auch in Zukunft Journalismus abseits des Mainstreams auszeichnen kann.

## Literatur

- Agon S. Buchholz: Alternative Medien als Instrumente einer Gegenöffentlichkeit, Hausarbeit aus dem Jahr 2005, 130 Seiten, online ([HTTP://WWW.KEFK.NET/POLITIK/ALTERNATIVE.MEDIEN/](http://www.kefk.net/politik/alternativemedia/) abgefragt am 4. 1. 2009)
- Anja Ebersbach/Markus Gläser/Richard Heigl: Social Web, Konstanz 2008
- Wolfgang Flieger Die taz: Vom Alternativblatt zur linken Tageszeitung, München 1992
- Bernd Hüttner: Verzeichnis der AlternativMedien 2006/2007, Neu-Ulm 2006

<sup>16</sup>LiMA „6. Akademie für linke Medienmacher/-innen. Vorträge, Ausstellungen, Workshops, Networking. Programm“, 1. Auflage 2009. Auch im Internet unter [WWW.LINKE-MEDIENAKADEMIE.DE](http://WWW.LINKE-MEDIENAKADEMIE.DE)

- Gottfried Oy: Die Gemeinschaft der Lüge. Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Münster 2001
- Hermann Rösch-Sondermann: Bibliographie der lokalen Alternativpresse: vom Volksblatt zum Stadtmagazin, München/New York/London/Paris 1988
- Christoph Spehr: Gegenöffentlichkeit. Entwicklung und Bedeutung des Begriffs „Gegenöffentlichkeit“, erschienen in Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 5, Hamburg 2002  
[HTTP://WWW.LINKSNET.DE/DE/ARTIKEL/18209](http://www.linksnet.de/de/artikel/18209)  
(abgefragt am 10.12.2008)
- Lea Susemichel, Saskia Rudigier, Gabi Horak (Hg.): Feministische Medien. Öffentlichkeiten jenseits des malestreams; Ulrike Helmer Verlag, Königstein 2008
- Kurt Weichler: Die anderen Medien: Theorie und Praxis alternativer Kommunikation, Berlin 1987

### **Webressourcen**

[WWW.ALTERNATIVMEDIEN.ORG](http://WWW.ALTERNATIVMEDIEN.ORG)

Datenbank zum Verzeichnis der Alternativmedien 2006/7.

[WWW.LINKE-MEDIENAKADEMIE.DE](http://WWW.LINKE-MEDIENAKADEMIE.DE)

Die Linke Medienakademie 2009 ist ein Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

[WWW.ROSALUX.DE/CMS/FILEADMIN/RLS\\_UPLOADS/PDFS/ADS/KLEINE\\_ZEITUNGEN.PDF](http://WWW.ROSALUX.DE/CMS/FILEADMIN/RLS_UPLOADS/PDFS/ADS/KLEINE_ZEITUNGEN.PDF)

Klein- und Kleinstzeitungen der LINKEN und ihres Umfeldes, Kurzübersicht, die regelmäßig aktualisiert wird, enthält im März 2008 ca. 290 Titel. Aufgeführt sind Titel und Herausgeber, keine Adressen.

[WWW.ROTE-REPORTER.DE](http://WWW.ROTE-REPORTER.DE)

Bundesarbeitsgemeinschaft roten reporter/-innen bei DIE LINKE

MARION TICHY / MANUEL WERNER

## Die Nürtinger STATTzeitung

**1980 gründete sich im schwäbischen Nürtingen die „Nürtinger STATTzeitung“, die es bis heute gibt. Sie hat 2006 einen alternativen Medienpreis für ihren Onlineauftritt erhalten. Ihr Werdegang wird hier exemplarisch für das Medium „Stattzeitung“ beschrieben.**

Die etablierte Tagespresse vieler Städte gab in den 70er und 80er-Jahren oft die alternative Szene ihres Ortes nicht wieder. Aus diesem Grund entstanden so genannte Stattzeitungen oder Stadtmagazine als Teil der Alternativkultur. Das „Statt“ im Namen „Stattzeitung“ kommt von „anstatt“. Herzstück dieser Publikationen war meist ein Veranstaltungskalender, der auf die alternative Szene bezogen war: musikalische Aufführungen, Sitzungen von Arbeitskreisen, oder sonstige alternative Veranstaltungen. Aus der Bürgerinitiativenbewegung und der Graswurzelrevolution her kommend gestalteten die Redaktionen zusätzliche Artikel, die der Gegenöffentlichkeit dienten. Dies konnten selbst erstellte Beiträge mit lokalem Bezug sein, oder von anderen Publikationen übernommene Artikel, die Themen beinhalteten, mit denen sich die Linke allgemein beschäftigte. Der Schwerpunkt und das Ziel dieser Stattzeitungen und Stadtmagazine lag auf einer Berichterstattung von unten.

So entstand 1971 in Berlin der „Hobo“, 1973 in München das „Blatt – Stadtzeitung für München“ und in Frankfurt am Main der „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten“. 1976 erschien ebenfalls in Frankfurt der „PflasterStrand“ – um nur einige Beispiele zu nennen.

### Gründe für die Stattzeitungsgründung

Über viele alternative Veranstaltungen und Themen berichtete damals die etablierte Nürtinger Zeitung nicht, sie ließ sie links liegen. Alternative Sichtweisen kamen nicht vor oder zu kurz, alternative Erschei-

nungsformen wurden mitunter spöttisch kommentiert. Der damalige Chefredakteur druckte viele Leserbriefe nicht ab, wenn sie ihm nicht passten. Kritik an der Stadtverwaltung, den Stadtoberen und Stadträten fand damals in der Nürtinger Zeitung nicht statt.

Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre gab es in Nürtingen wie in der ganzen Bundesrepublik zahlreiche Gruppen, die andere Wege gehen wollten, die Alternativen zur herrschenden Politik und den bestehenden Gesellschaftsstrukturen praktisch entwickeln wollten. Sie bildeten die alternative Szene, in der schließlich auch die Grünen gegründet wurden.

Die Initiatoren der Nürtinger STATTzeitung formulierten zu ihrem geplanten Zeitungsprojekt: „Es gibt zahlreiche Gruppen und Personen, die an Problemen und Lösungsmöglichkeiten arbeiten. Die einen blicken hoffnungsvoll auf Nicaragua, und stellen fest, dass sich dort einiges zum Guten tut (tat?). Nur bei uns bleibt alles beim Alten, vieles beim Schlechten. Frauen werden unterdrückt, Kinder misshandelt, Atomkraftwerke gebaut, alte Menschen durch Umsiedlung enturzelt, der Staat vor dem Bürger beschützt, Unangepasste psychiatrisiert, Bücher verboten, Arbeiter an Fließbändern geschändet, usw. Wir meinen wir sollten gemeinsam nach Neuem Ausschau halten und uns bemühen, mehr zu werden. Um wirksam zu werden, müssen wir Formen der Zusammenarbeit finden. Deshalb schlagen wir vor, ein Zeitungsprojekt in Angriff zu nehmen, das folgendem Zweck dient: – Forum der Diskussion in verschiedene Richtung arbeitender Gruppen, – Organ zur Klärung linker Positionen, mit dem Ziel eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln schließlich – Sammlung und Organisieren der verschiedenen kritischen Kräfte zur weiteren Verbreitung kritischer Positionen und zum Aufbau von Aktionseinheiten auf kommunaler Ebene, um den Erkenntnissen und Fähigkeiten einzelner zur vollen Wirksamkeit zu verhelfen.“ Auf diesen Aufruf trafen sich am 16. April 1980 eine Handvoll Interessierter, überwiegend im Alter von Ende 20. Sie sammelten Ideen, entwarfen ein „Statut“ und riefen die „Nürtinger Stattzeitung“ ins Leben. In dem Statut der



*Die erste Ausgabe der Nürtinger STATTzeitung vom August 1980*



*Gegen Atombunker, März 1986*

ersten Ausgabe heißt es: „Die ‚Nürtinger Stattzeitung‘ versteht sich als oppositionelles Blatt gegenüber der herrschenden Politik und Meinung“. Schon im Namenszug ist diese oppositionelle Haltung einer Gegenöffentlichkeit angedeutet. Die erste Ausgabe der „Nürtinger Stattzeitung“ vom Juli/August 1980 bestand aus sechs gefalteten und ineinander gelegten DIN-A-3-Seiten, der Preis betrug 1 DM. Neben „mobilen Einsatzkommandos an Schulen, bei Veranstaltungen und in der Fußgängerzone“ waren auch Buchläden und manche mit der STATTzeitung sympathisierende Geschäfte und Kneipen damalige Verkaufsstellen. Das erste Titelbild im Sommer 1980 zeigte ein besetztes Haus in Nürtingen.

**„Wir haben ja nicht nur Zeitung gemacht, wir waren Teil dieser Bewegung“**

Die STATTzeitung war sowohl Teil als auch Medium der Nürtinger alternativen Szene, sie wollte den damaligen Protestbewegungen und

alternativen Gruppierungen ein Podium bieten und gleichzeitig mit-agieren. Einige damalige Redakteure erinnern sich: „Wir haben ja nicht nur Zeitung gemacht, einige von uns waren bei der Hausbesetzung dabei. Wir haben Skandale aufgedeckt mit verschimmelten Wohnungen und sind in Gemeinderats-Sitzungen gegangen. Wir haben nicht nur geschrieben, sondern auch organisiert, z. B. die Demo gegen die NPD, die große Friedensdemo – Die Demo gegen Apartheid in Südafrika – Wir waren auch ein Stück weit Spaßguerilla. In der Nacht vor der Demo in Bonn am 10. Juni 1982, wo einige von uns losgezogen sind und in Nürtingen ein wenig Farbe versprüht haben und miteinander kollektiv im Garten einer WG übernachtet haben, um am nächsten Morgen ein Riesentransparent an den Zug ran zu machen „Schripp schrapp schrulli, Raketen in den Gully“. Die Redaktion – damals nannte sie sich Redaktionskollektiv – war der Meinung: „Du brauchst eine andere Öffentlichkeit, ... nicht mit diesem Dogmatischen und Parteipolitischen, sondern wirklich unabhängig. Du machst deine eigene Zeitung, das ist dann Gegenöffentlichkeit und keine Hofberichtserstattung wie die Lokalpresse, unzensuriert, greifst andere Themen auf, Presse von unten, jeder kann mitmachen und du machst das. So war es bei mir. Mir war wichtig: Nicht so ein Dogmatismus, sondern man macht das basisdemokratisch. Was wir da Zeit reingehängt haben, da hast du gedacht du machst sonst gar nichts. Wochenlang im Club unten. Da bist du Tag und Nacht.“

### **„Instant(be)setzungen, Friedensdemo, Palazzo Prozzo“**

Große Themen der STATTzeitung in den 80er-Jahren waren die Hausbesetzungen („Instand(be)setzungen“), eine geplante Deponie von Neckarschlamm am Hörnle und die Neuffener Bürgerinitiative dagegen (ab Oktober 1980), ein NPD-Landesparteitag in der Stadthalle mit tausenden Gegendemonstranten und massivem Polizeieinsatz (12. April 1981), Friedensdemos, die Wohnsituation für finanziell Schwache (Juni 1982), eine Bundeswehrausstellung auf dem Festplatz

(29.9. bis 3.10.1982), Bunkerbaupläne (ab 1984 mit Bürgerentscheid am 10. März 1986), der so genannte „Palazzo Prozzo“ (Rathaus-Neubau, ab 1986), die Forderung eines Beratungsangebotes von ProFamilia in Nürtingen (bis 1986), rechtsradikale Vorgänge, und vieles mehr.

### **Öffentlichkeit gegen Bunkerbau**

Einem in den 80er-Jahren in Nürtingen geplanten Atom-Bunker wurde von den Kritikern entgegen gehalten, dass ein solcher Bunker unsinnig ist und zudem kontinuierlich instand gehalten werden muss. Eine STATTzeitungs-Redakteurin ist nach Sindelfingen gefahren und hat Fotos von dem dortigen Tiefgaragen-Bunker gemacht, die zeigten, dass „der niemals ein Schutz sein wird. Der war so marode, da musste man Angst haben wenn man sein Auto unterstellte“. Die STATTzeitung hat auch Veranstaltungen „mit Leuten aus Sindelfingen“ organisiert. Damit hatte sie einen großen Anteil an der Meinungsbildung, die schließlich zur Ablehnung des Bunkerbaus durch den Bürgerentscheid am 16. März 1986 geführt hat.

### **Abtreibungsgegner von der Rolle**

Bei einer Veranstaltung der „Aktion Leben“ im großen Saal der Stadthalle im Januar 1986 wollte der rechtslastige Abtreibungsgegner Dr. Siegfried Ernst – von der STATTzeitung als „reaktionärer Anti-Abtreibungsapostel“ bezeichnet – den Anti-Abtreibungsfilm „Der stumme Schrei“ mit zerstückelten Embryos vorführen. Eine damalige Redakteurin erinnert sich: „Der Saal war knallvoll. Als Dekan Rolf Walker die Filmrolle einlegte, sprang jemand hin, nahm die Rolle und haute ab. Dann sind viele Leute aus verschiedenen Gruppen und Initiativen auf die Bühne und haben Transparente entrollt. Ich habe immer geknipst, geknipst, geknipst als STATTzeitungsreporterin. Die Leute im Publikum waren hellauf entsetzt, was da abgeht. Innerhalb von zehn Minuten war die Veranstaltung gesprengt.“

**Bewusst anders**

Im Dezember 1988 resümiert die STATTzeitung, sie habe berichtet: „über den Kampf britischer Bergarbeiter gegen drohende Arbeitslosigkeit in Nürtingens Partnerstadt Pontyprid statt über Händeschüttelorgien auf Bürgermeisterämtern, über Möglichkeiten alternativer Friedenspolitik statt über Bunkerbaueuphorie, über Nürtingens Stadtrat Dr. Staffa als einen der führenden Köpfe der Szene der neuen Rechten statt über das scheinbar ehrenwerte Gemeinderatsmitglied als verdienstvollen Demokrat und Träger des Bundesverdienstkreuzes, über die Bemühungen, ausgetrampelte Pfade Nürtinger Kulturpolitik zu verlassen statt über den etablierten Stadthallenbetrieb, über Ansätze alternativer Verkehrspolitik statt dem Individualverkehr das Wort zu reden, über die Probleme von Asylbewerbern im Land und über unsinnige gesetzliche Bestimmungen statt über Wirtschaftsflüchtlinge, über Thaddäus Kunzmanns haarsträubende Ansichten zur nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands und zum Völkermord an Millionen jüdischer Menschen statt über die müden Initiativen zu Kinderspielplätzen oder Müllcontainern des Kreisvorsitzenden der Jungen Union.“

**Zustimmendes Interesse bis arrogante Ignoranz und darüber hinaus**

Beim Verkauf in der Fußgängerzone, wo man sich ja als STATTzeitung deutlich exponierte, erlebten die Mitarbeiter damals keine feindseligen Reaktionen, höchstens arrogante Ignoranz. Bei der STATTzeitung waren viele Leute aus dem großen bürgerlichen Lager dabei, die in Nürtingen nicht unbekannt waren, und man hat sich gesagt: „Wenn die dabei sind kann das nichts ganz schlechtes sein“. Viele Arbeitskreise, die aus der evangelischen Kirche hervorgegangen sind, bekamen hier ein Forum, wodurch die STATTzeitung auch Verbindungen zum pietistisch geprägten Nürtingen herstellen konnte. Eine Redakteurin und Verkäuferin konnte sich aber auch von linker SPD anhören: „Dass du dich das traust mit dem Titelbild hier zu sein!“ Auf dem Titelblatt war

eine Gegenkandidatin unter dem Slogan „Aber hallo!“, die die „Farce“ der damaligen Bürgermeisterwahl „pointieren“ wollte.

### **Kritische Pressearbeit oder Verleumdung?**

Scharf angegriffen wurde die Nürtinger STATTzeitung 1985 vom damaligen Kreisvorsitzenden der Jungen Union. Auf einer Veranstaltung mit einem ehemaligen KZ-Häftling hatte er eine Äußerung gemacht. O-Ton der damaligen Redakteurin heute: „Einen absoluten Larry vom Stapel gelassen“. Im Interview mit der STATTzeitung sagte der ehemalige KZler später: „Wenn ich bloß an den einen Jungen denke, wie der provozierend dagestanden ist ... Aus solchen Leuten können sie morgen wieder eine SS machen. Das wären doch die ersten, die sich dazu freiwillig melden würden“. Das wurde so als Zitat veröffentlicht. Der JU-Kreisvorsitzende meinte, das sei Verleumdung! Als Mitglied der Jungen Union, die Mitglied im Stadtjugendring (SJR) war, hat er gefordert, der SJR sollte die finanzielle Unterstützung der STATTzeitung einstellen. Es kam zu einer Aussprache beim Stadtjugendring, in der die STATTzeitung klargemacht hat: „Das ist zitiert und das ist Pressefreiheit“. Die STATTzeitung wurde weiterhin vom Stadtjugendring finanziell unterstützt.

### **Finanzierung der STATTzeitung**

Die STATTzeitung finanzierte sich in ihrer Print-Ära über Spenden und Werbeeinnahmen, die kleine finanzielle Unterstützung vom Stadtjugendring, und durch die Verkaufserlöse. Da die Arbeit ehrenamtlich war, fielen keine Personalkosten an, nur die Druckkosten und Sachmittel schlugen zu Buche. Auch die Web-Ära finanziert sich durch Spenden und Werbeeinnahmen, der Provider sponsert den Auftritt, Sachkosten fallen zum Beispiel für die professionelle Seitenprogrammierung an.

**„Ich wollte etwas, das mich ausfüllte, das mich forderte, das mich weiterbrachte“ – Motive von Redakteurinnen und Redakteuren**

Eine Redakteurin von 1982 bis 1985, Jahrgang 1959: „Ich war schon immer in so einer Protestbewegung tätig – bis heute. Ich war ja da Schülerin und in den Schulen, die es in Nürtingen gab, waren die Direktoren, die Schulleitung und die Lehrer patriarchisch geprägt, war eine konservative Stimmung. Durch die lange Schulzeit habe ich oft Zeit gehabt nachzudenken, habe ab und zu auch mal einen anderen Lehrer gehabt, der mich irgendwie anderweitig geprägt hat und da hatte ich das Bedürfnis da weiter zu machen.“ – Ein Redakteur von 1980 bis 1989, Jahrgang 1962: „Mich hat wesentlich geprägt das Buch von Herbert Gruhl „Ein Planet wird geplündert“ ... Ich habe das ganz genau durchgelesen, das hat mich aufgewühlt. Das Buch war dann irgendwie für mich ausschlaggebend: Du musst etwas tun in diesem damaligen Umfeld, da sind auch die Grünen gegründet worden, da war das eh ein bisschen Mode. So bin ich zur STAT'Tzeitung gekommen. Aber ich bin nicht da hin getraut mit einem ausgeprägten politischen Bewusstsein oder einer Haltung. Die Haltung hat sich bei der STAT'Tzeitung entwickelt. Eine Redakteurin bis 1993 und von 2004 bis heute, Jahrgang 1965: „Ich wollte etwas, das mich ausfüllte, das mich forderte, das mich weiterbrachte ... Ich übertrat die Schwelle des Hintereingangs der Silberburg ... Am Anfang traute ich mich nicht mitzureden ... Hier wurde diskutiert. Ich konnte mich mit netten, aufgeschlossenen Leuten über vernünftige Dinge unterhalten, die uns alle was angingen. Gleich merkte ich, dass ich hier richtig war. Ich lernte, aus mir herauszugehen, mich in einer Gruppe zu bewegen.“

**Zunächst Printausgabe, jetzt ausschließlich im Internet**

Die Nürtinger STAT'Tzeitung war und ist eine Zeitung von unten zum Mitmachen aus ehrenamtlichem Engagement. Im Oktober 1993 kam die letzte Print-Ausgabe der STAT'Tzeitung heraus. Elf Jahre später wurde sie wieder wach geküsst: Seit Sommer 2004 ist die

STATTzeitung wieder da: als Online-Angebot, diesmal kostenlos übers Internet: [WWW.NUERTINGER-STATTZEITUNG.DE](http://WWW.NUERTINGER-STATTZEITUNG.DE).

Neben Archivierungen in Nürtingen und in Archiven der sozialen Bewegungen ist die Printausgabe der Nürtinger STATTzeitung laut Zeitschriftendatenbank (ZDB) der Staatsbibliothek Berlin in der Friedrich-Ebert-Stiftung fast vollständig und ein Teil des Bestandes in der Württembergischen Landesbibliothek in Stuttgart vorhanden.

### **„Übel gut ..., viel cooles Zeug“ – Die Nürtinger STATTzeitung heute**

Wie früher trifft sich die Redaktion heute einmal wöchentlich. Gemeinsam entscheidet sie basisdemokratisch über Artikel und andere Belange, strebt eine Vielfalt der Themen an. Lang und breit das Profil und die Schwerpunkte zu schildern lassen wir an dieser Stelle, ein Mausklick genügt, sich da ein aktuelles Bild zu machen. Derzeit sind in der Redaktion fünf Mitglieder von Anfang bis Ende 40, dazu gibt es –jüngere und ältere – freie Mitarbeiter/-innen. Alle arbeiten ehrenamtlich. Ihr Motto: „Wir richten unseren Focus auf Nürtingen. Wir kümmern uns um alles, was wir für das Leben in Nürtingen wichtig finden. Das beinhaltet die Beschäftigung mit dem Kommunalgeschehen genauso wie den Blick über den Tellerrand und natürlich auch das Wohlfühlen im Privaten, eben das, was Leben lebenswert macht. Größten Wert legen wir auf eine vollständige Veranstaltungsübersicht für Nürtingen. Langfristiges Ziel ist die Vernetzung von Veranstaltern, so dass Termine im Vorfeld abgestimmt werden können. Wer Lust hat, mitzumachen oder auch nur einen einzigen Tipp oder Beitrag schicken will, rennt bei uns offene Türen ein. Allerdings: Die Arbeit für die STATTzeitung ist ehrenamtlich (es gibt koi Geld). Im Gegenzug nehmen wir Mitarbeiter uns die Freiheit und entscheiden über was und wie wir berichten wollen. Einen Anspruch auf Veröffentlichung gibt es nicht. Die Nürtinger STATTzeitung gehört keiner Partei an, ist aber parteiisch, wenn sie glaubt, wegen irgendwas oder für irgendjemand den Mund aufmachen zu müssen.“

Was die WWW.NUERTINGER-STATTZEITUNG.DE auch heute noch motiviert, sind Rückmeldungen von Lesern verschiedensten Alters in der Bandbreite von „Es ist an der Zeit, der STATZzeitungs-redaktion für ihre gründliche, objektive und informative Berichterstattung über den Nürtinger Gemeinderat zu danken. Hut ab – und vielen Dank“ bis „Hey Leute, eure Seite ist übel gut, ich sitz dauernd davor und glotz statt zu lernen. Egal. Auf jeden Fall tolle Zeitung, viel cooles Zeug, weiter so!“



Heute ist die Nürtinger STATZzeitung nur im Internet (Screenshot vom 1. November 2008)

MANUELA MACHER

## Es ist so schön, frei zu sein

oder: Der Versuch, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Freier Radios in 10.000 Zeichen zu packen

**Der terrestrische Rundfunk ist ein richtig tolles Massenmedium. Mit nur einem Sender kann man viele Empfänger bedienen. Schon kurz nach dieser sensationellen Entdeckung begann ab den 1920er Jahren die massenhafte Installation des Hörfunks in Deutschland.**

Zunächst überwiegend als Unterhaltungsdienst gewachsen, kontrollierte hinter den Kulissen bald der Staat das Senden. Eine Ursache dafür soll der sog. „Funkerspuk“ gewesen sein: die Besetzung der „Zentrale des deutschen Pressenachrichtenwesens“ und dem Ausruf eines Sieges der „radikalen Revolution“ in Deutschland durch revolutionäre Arbeiter 1918, woraufhin die junge Regierung die Kontrolle über das Medium verschärfte: unter anderem durch die „Funkhoheit“, dem Hoheitsrecht des Reiches, Sende- und Empfangsanlagen zu errichten, zu betreiben oder Lizenzen zu vergeben. Länder und Reichsinnenministerium kontrollierten bald durch Kulturbeiräte und Überwachungsausschüsse die Programme der immer mehr werdenden Sender, denn verboten waren unter anderem: politische Aussagen.

Das änderte sich spätestens nach der „2. Rundfunkreform“ (1932) und der völligen Verstaatlichung des Rundfunks (1933) erheblich.

Nach Kriegsende begannen die Besatzungsmächte schnell, selbst Programm zu machen, wo Studios und Sender nicht zerstört waren. Im Westen etablierte sich der von den Briten eingesetzte NWDR; Amerikaner – und später auch Franzosen – schlossen sich deren Ideen für einen neuen deutschen Rundfunk an: aus Gebühren finanziert, der Verwaltungsrat ein mächtiges Gremium mit Vertretern aus allen gesellschaftlichen Schichten. 1948/49 wurden die Landesrundfunkanstalten gegründet, 1950 die ARD.

In vielen europäischen Ländern, vor allem in England, vermehrte sich ab den 1960er Jahren eine neue Gegenkultur: „Piratensender“, die lizenzlos freie Frequenzen nutzten oder bestehende Sendefrequenzen zeitweise überlagerten. Auch in Deutschland entstanden illegale Stationen. Die Stimmen, die nun Platz für sich und ihre eigenen, oftmals abweichenden Meinungen forderten, passten den Behörden natürlich nicht ins Programm. Die Piratensender trugen Namen wie „Radio Hafenstrasse“, „Unfreies Westberlin“ oder „Radio Wahnsinn“ und verschwanden leider oftmals genauso schnell, wie sie gekommen waren. Manche aber hielten sich trotz Verfolgung ziemlich lange. Bekannt wurde z. B. „Radio Dreyeckland“, das ab 1977 im Dreiländereck Deutschland-Schweiz-Frankreich sendete – nicht nur wegen seiner Verfolgung durch gleich drei Staatsmächte. Seit Ende der 1980er Jahre sendet Radio Dreyeckland nun legal und gilt heute als das älteste noch existierende Freie Radio in Deutschland.

Mit dem Wegfall des staatlichen Rundfunkmonopols unter der Regierung Kohl wurde ab 1984 zumindest die theoretische Möglichkeit geschaffen, einen privaten Radiosender betreiben zu können. Aber die folgenden Installationen von Landesmedienanstalten als oberste Behörden machten es freien Medien nicht einfacher. „Vertreter gesellschaftlich relevanter Gruppen“ wurden und werden in Gremien berufen, um über die Vergabe von Frequenzen zu entscheiden. Noch heute befinden sich z. B. im bayerischen Medienrat neben vielen Politikern Vertreter von Kirche, Landwirtschafts- und Heimatverbänden und diversen Wirtschaftsvereinigungen.

Als 1987 Radio Z aus Nürnberg als erstes Freies Radio in Bayern eine Lizenz beantragte, gab es mit nur hauchdünner Mehrheit eine Sendegenehmigung vom damaligen Medienrat. Anstoß nahm das Gremium vor allem an dem Vorhaben von Radio Z, eine wöchentliche Schwulensendung ins Programm zu nehmen. Der damalige CSU-Landtagsabgeordnete Dr. Gerhard Merkl meinte: „... Wenn wir heute sagen, die Zielgruppe Schwule darf senden, dann kommen morgen die Lesben und übermorgen die Fixer ...“

Rundfunkfreiheit für alle? Es vergingen nicht einmal vier Monate, bis die Landesmedienanstalt den Alternativsender kurzerhand wieder absetzte. Radio Z konnte erst nach erfolgreicher Klage vor dem bayerischen Verfassungsgericht 1988 einen regulären und legalen Sendebetrieb aufnehmen. Die Prophezeiung des CSU-Politikers Merkl erfüllte sich übrigens recht bald – im positiven Sinne: Nachdem das Schwulenmagazin „Fliederfunk“ in Nürnberg auf Äther gegangen war, ließ auch eine Lesbensendung nicht lange auf sich warten.

„... Es gab viele konspirative Sitzungen mit Tischerücken und Geisterbeschwörungen, um die BLM zu überreden, das Radio zu genehmigen ...“ (Hanno Kress, Gründungsmitglied von Radio Z, 1997)

Wir schreiben das Jahr 2009 und das Freie Radio Z sendet immer noch. Aber: Die Lesbensendung wurde im Sommer 2008 aus Mangel an Mitarbeiterinnen eingestellt und das Schwulenmagazin, das sich inzwischen „Radio-Gays“ nennt, behandelt heute eher Lifestyle als politische Themen.

### **Was ist passiert?**

Birkenstock-Schuhe, früher: Ökolatschen, werden heute von „Supermodel“ und Massen-Lieblings-Schwiegertochter Heidi Klum designt und das Bekenntnis, Müsli zu essen, stempelt niemanden mehr automatisch zum Freak ab. Vieles scheint anders als vor 20 Jahren – Themen, Zeitgeist, Umgang.

Auch die Medienlandschaft hat sich immens verändert. Durch Internet und dessen massenhafte Nutzung wurde nicht nur ein riesiger Markt geschaffen, sondern auch die Möglichkeit, jederzeit und fast überall Informationen abrufen zu können. War es vor 20 Jahren oft nur über einen freien Sender möglich, gewisse Nachrichten oder Musik abseits von Volksmusik und Schlager zu hören, ist es heute (vermeintlich) ein Leichtes, ins Netz zu gehen und sich aus der Fülle von Seiten, Blogs, Internetradios und Foren das Passende auszusuchen.

Freie Radios haben sich inzwischen definiert und untereinander vernetzt. Durch die Gründung des „Bundesverbands Freier Radios“ (BFR) wurde auch die Kommunikation zwischen den einzelnen Radiosendern gestärkt. Der Austausch funktioniert: z. B. ermöglicht er Beiträgen, mehrmals bei verschiedenen Sendern ausgestrahlt zu werden. Diese werden inzwischen auch prämiert: Seit 1999 zeichnet der seinerzeit von Radio Z initiierte „Alternative Medienpreis“ in Nürnberg herausragende Produktionen aus dem deutschsprachigen Raum aus und hat damit ebenfalls zur Stärkung und Vernetzung dieser Kultur beigetragen.

Gleich geblieben ist die unterschiedliche gesetzliche Behandlung Freier Radios durch die Landesmedienanstalten. Während einige Länder ihre nicht-kommerziell ausgerichteten Sender finanziell unterstützen, gründeten andere ihren eigenen Bürgerfunk (von dem böse Zungen behaupten, dann sei er besser kontrollierbar). Andere Länder haben gar keine Freien Radios oder vermitteln ihrem nicht-kommerziellen Lokalfunk das Gefühl, womöglich nur geduldet zu sein.

Mehrere Landes-Mediengesetze sehen leider immer noch keinen eigenen Platz für Freie Radios vor, sondern stellen diese mit kommerziell arbeitenden Privatanbietern gleich. Diesen eigenen Platz, die „dritte Säule“ im (überholten) dualen System, benötigen nicht-kommerzielle Sender aber dringend bundesweit, um gleichberechtigt – aber eben wirtschaftlich getrennt behandelt – neben privat-kommerziellen und öffentlich-rechtlichen Medien existieren zu können.

Doch halt! Dieses Vorhaben ist auf Europa-Ebene inzwischen einen großen Schritt weiter: durch den Einsatz des „Community Media Forum Europe“ (CMFE) wurde den „Community Radios“ 2008 eine eigene, eine dritte „Säule“ im Europäischen Mediengesetz eröffnet! Es ist zu hoffen, dass diese Entwicklung in Zukunft auch in den Mediengesetzen der einzelnen Bundesländer Einzug hält!

### Wie geht es weiter?

Das Wort „Digitalrundfunk“ schwebt ja seit Jahren wie ein Damokles-Schwert über den Radiosendern. Deutschland hat sich gegenüber der Europäischen Kommission verpflichtet, bis 2012 den terrestrischen Rundfunk abzuschalten. Dieses Datum kann aber wohl nicht mehr eingehalten werden, hat man sich bundesweit derzeit noch nicht mal auf ein einheitliches Format einigen können. Doch sicher ist: die Nullen und Einsen werden kommen, wenn auch ein wenig später. Die Umstellung auf die neue Technik wird mit immensen Kosten verbunden sein – und die Schlange der Bittenden vor den Landesmedienanstalten als Zuschussgeber lang.

Dabei hat die Zukunft bereits begonnen: viele Sender sind inzwischen zusätzlich im Internet präsent und fahren somit zweigleisig, da sie sowohl terrestrisch als auch per Stream empfangen werden können. Immer mehr Sendebiträge und Musik-Playlists werden auf die Homepages der Sender in Archive gestellt, um jederzeit abrufbar sein zu können. Das kommt Hörer/-innen entgegen, die nicht zu gewissen Uhrzeiten vor dem Radiogerät sitzen können – aber dennoch an den Informationen interessiert sind. Beides, sowohl der Gebrauch des Internets als zusätzlichen Raum für Informationsverbreitung als auch der Service-Aspekt stehen Freien Radios und ihren Themen sehr gut.

„Zukunftssichernd“ für Freie Radios ist wohl vor allem die Qualität ihrer Sendungen. Gute Sendungen finden ihre Hörer/-innen, unabhängig davon, ob diese von einem Thema wirklich betroffen sind oder nicht. Gute Sendungen, mit Herzblut gemacht, berühren – auch wenn sie vielleicht mit einfachsten Mitteln gestaltet wurden.

Die Gesellschaft hat ein Recht auf freie Meinungsäußerung, auf unabhängige, lebendige Medien, die sich nicht den Regeln des kommerziellen Optimierens unterwerfen müssen, um existieren zu können; die moderne Werte wie Interkultur, Gleichstellung, Unabhängigkeit und Demokratie seit Jahrzehnten leben und vermitteln. Die für Menschen senden, die Informationen aus den eigenen Reihen, von Betroffenen oder Musikliebhaber/-innen selbst, schätzen.

Denn sie werden auch in Zukunft da sein: Menschen, die mehr wissen wollen, als ihnen die immer gleichen Nachrichten-Agenturen anbieten; die müde sind all der 800-Musiktitel-pro-Monat-Rotationen oder einfach keine Lust haben, Teil einer unkritisch konsumierenden Gesellschaft zu sein. Die nicht den profitabelsten Zielgruppen angehören oder überhaupt keiner Zielgruppe angehören wollen. Und die vielleicht sogar selbst senden möchten?

So lange es diese Menschen gibt, haben Freie Radios eine Existenzberechtigung. An ihrem Input liegt es dann auch, was aus der wundervollen Idee des Freien Radios in Zukunft noch so entsteht.

Vor 20 Jahren konnte sich wohl niemand vorstellen, dass heute über 30 Freie Radios in Deutschland senden würden – wer weiß, was in den nächsten 20 Jahren passiert ...

PS: Der italienische Sender „Radio Alice“ aus Bologna war ein wichtiger Vorreiter und Ideengeber für die Entstehung und die Kultur des Freien Radios in Deutschland. Bezeichnenderweise sendet heutzutage der „Zündfunk“, das Jugendmagazin des öffentlich-rechtlichen Senders Bayern 2, eine medien- und werbekritische Kolumne mit eben genau diesem Namen: Radio Alice. Der ungewollte Piratenfunk von damals ist salonfähig bei der Jugend. Vielleicht werden es kommende Generationen doch ein wenig leichter haben?

### **Quellen:**

Äther für alle! Meinungsmacht und Gegenöffentlichkeit am Beispiel von Freien Radios (Ron Steinke, Stephen Rehmke / Medien und Meinungsmacht Heft 1/2006)

Radio Z Nürnberg: [WWW.RADIO-Z.NET](http://WWW.RADIO-Z.NET)

Bundesverband Freier Radios: [WWW.FREIE-RADIOS.DE](http://WWW.FREIE-RADIOS.DE)

ColoRadio Dresden: [HTTP://COLORADIO.ORG](http://COLORADIO.ORG)

RAINER MEYER (DON ALPHONSO)

## Dotcomtod – wir tanzten auf ihren Gräbern

**2002 erhielt die Online-Plattform Dotcomtod den Alternativen Medienpreis. Sie nahm vieles vorweg, was später unter dem Label Web 2.0 bekannt werden sollte. Auch den Zusammenbruch der nächsten Blase.**

Die Geschichte von Dotcomtod ist in Jahren gerechnet kurz. Ge-gründet wurde das Portal für exitorientierte Unternehmensmeldungen von drei Berliner Freunden, die unter den Namen Lanu, Joman und Boo agierten, im Jahre 2001. Beteiligte täuschen sich leicht; die meisten „fühlen“, dass Dotcomtod mit dem Niedergang der namensgebenden Dotcoms im April 2000 startete, aber tatsächlich verbreitete sich die Nachricht dieses Projekts zuerst auf der Fachmesse CeBit 2001, also ein Jahr nach dem Beginn der Krise des Neuen Marktes. Drei Jahre später wurde Dotcomtod wegen rechtlicher Probleme und innerer Querelen unter den Beteiligten abgeschaltet. Ein langes Dasein – war es nicht.

Aber was für ein Dasein! Dotcomtod war das erste von Nutzern gestaltete Internetmedium, das es geschafft hat, in Deutschland der professionellen Konkurrenz über lange Zeit die Schau zu stehlen und die Kompetenz zu vermitteln, die andere nicht hatten oder haben wollten. Ein Haufen käuflicher Hypemedien zum Thema New Economy ging in diesen Jahren unter, große Medienhäuser machten Millionenverluste, aber die kostenlose, nicht kommerzielle Webseite Dotcomtod hörte nicht auf, Nachrichten zu veröffentlichen, die sich sehr oft, zu oft als wahr herausstellten: Entlassungsrunden und panische Geldgeber, Pleiten und verbrannte Milliarden. Es war ein täglich geschriebenes Worst Case Szenario. Die meisten Firmen, die dort Eingang fanden, verließen es später als knallroter, insolventer Exit, und das einzige, was von ihnen blieb, waren Erfolgspunkte für den erfolgreichen Autor, der die Pleite verkündete. Um es brutal, aber ehrlich zu

sagen: Sie krepitierten, damit Dotcomtod leben konnte. Es musste ihnen schlecht gehen, damit die Autoren ihren Spaß hatten. Dieser gnadenlose Zugang zum Gegenstand der Berichterstattung war angesichts der sonst weit verbreiteten Unterstützung von Firmen durch die Medien einzigartig.

Im Kern war Dotcomtod noch nicht mal eine Nachrichtenseite wie sein amerikanisches Vorbild, sondern ein Spiel. Wer sich dort anmeldete, suchte sich einen Tarnnamen wie „Peter H.“, „Che2001“ oder „Q“. Als solcher konnte er dort Meldungen über den Niedergang von Firmen schreiben: Für eine normale Meldung gab es 20, für eine Insolvenz 100 Punkte. Ziel war es, so viele Punkte wie möglich zu sammeln, um damit auf die Topliste der besten Sentinels – so der Name der Mitglieder – zu kommen. Zu Beginn hatte Dotcomtod ein kleines Problem, weil es nur möglich war, andernorts bereits veröffentlichte Nachrichten abzuschreiben. Recht schnell wurde dann aber die Kategorie Insider eingeführt und belohnt: Von da an konnte man auch die Dinge schreiben, die nicht in den Medien standen. Die Insiderberichte machten aus einer Sammelstelle für schlechte Nachrichten die gefürchtete Hinrichtungsstelle, die der Welt sorgsam verheimlichte Schief lagen aufzeigte.

Es gab viele, die daran ein Interesse hatten. Die New Economy ging nicht in Ehrlichkeit und Einsicht unter, sondern mit einer bis dahin in der Wirtschaftsgeschichte nicht gekannten Blase aus Lügen, Verrat, Betrug und Abzockerei. Der Börsenhype hatte viele Milliarden in den Markt gepumpt, jeder wollte dabei sein, und alle hatten den Wunsch, noch schnell zu kassieren. Unfertige Firmen legten am Neuen Markt völlig überbewertete Börsengänge hin, es gab Kriminelle wie im Fall Comroad und pervers überzogene Zukunftsversprechen wie bei Intershop. Die berufliche Existenz vieler schnell angeworbener Journalisten hing davon ab, dass es mit dem goldenen Zeitalter weiter gehen würde. Die Rechnung bezahlt haben die ausgetricksten Kleinanleger, die ausgebeuteten Praktikanten, die Angestellten, die auf vermeintliche Berufe der Zukunft gesetzt und damit

eine sichere Anstellung verloren hatten. Die New Economy erschuf ein Ungleichgewicht beim Reichtum und der Wahrnehmung der Realität. Manche hatten einfach keine Lust auf Lügen, PR und Täuschung. Die gingen dann zu Dotcomtod. Nicht, weil sie Dotcomtod unbedingt mochten. Es gab einfach keine andere Alternative.

Es war diese Kombination aus Fachwissen und zentraler Anlaufstelle, die Dotcomtod zu einem Selbstläufer machte. Dotcomtod war der Ort, an dem man schreiben und diskutieren konnte, was andernorts verboten war. Bei Dotcomtod sah man das wahre Ausmaß der Krise, nicht nur die geschönte Version der Medien. Man hat den Schreibern oft Sozialneid oder Rachegefühle nachgesagt. Soweit ich die Sentinels jedoch kenne, waren es Leute, die irgendwann einfach nicht mehr die Lügen ertragen haben. Es waren Berater und Firmengründer, Designer und PR-Schreiber, Programmierer und Studenten. Man hätte die Sentinels nehmen und mit ihnen ein vorzügliches Team für ein Startup bilden können. Vielleicht war Dotcomtod das letzte Projekt, in dem all das Positive der New Economy – die Aufgeschlossenheit, die Motivation, die Gemeinsamkeit – noch einmal spürbar war. Eine Utopie der New Economy, als sie längst morsch, verfault und schimmelig war.

Natürlich war der Ton bei Dotcomtod nicht das, was man als angemessen oder fair bezeichnen würde. Die Beiträge waren schonungslos, brutal, laut und voller Schadenfreude. Der Tod mancher Firmen wurde über Wochen und Monate begleitet, erhofft und ersehnt. Man kann es zynisch nennen, aber was an den technisch-unmenschlichen Begriffen der Medien – wie etwa „Marktberreinigung“ oder „Reorganisation“ – besser als Pleite oder Entlassungsorgien sein soll, wurde von den Medien nie hinreichend erklärt. Die schuldigen Unternehmer, die nur zu leicht gute Presse für das nächste unverantwortliche Hypeprojekt bekamen, konnten bei Dotcomtod nicht mit Schonung rechnen. Es war das publizistische Rennen zwischen den aufgetupften Pudeln der Häuser Burda, Holtzbrinck, Turi und G+J, und den Wölfen der freien Wildbahn. Es war ein Rennen über eine

lange Strecke, aber das, was heute die allgemeine Meinung über die New Economy ist – eine entsetzliche Fehlentwicklung durch unverantwortliche Zocker und Versager – stand mit vielen Meldungen zuerst bei Dotcomtod.

Bis zum Ende blieb Dotcomtod eine Pflichtseite für alle, die in diesem Bereich tätig waren. Das Problem war jedoch der Erfolg: Mit dem Sterben der Dotcoms, mit dem Untergang der schönen, neuen Wirtschaftswelt und der Flucht seiner Protagonisten in die Old Economy wurde das Betätigungsfeld zunehmend eng. Die Erkenntnis, dass die meisten Firmen Müll waren und der Nemax nie wieder steigen würde, hatte sich allgemein durchgesetzt. Der Mainstream hatte die Botschaft von Dotcomtod akzeptiert, hakte das Thema ab und wandte sich neuen Themen zu: dem Boom der Banken, den sensationellen Eigenkapitalrenditen, dem deutschen Export, dem Aufstieg Irlands, Osteuropas und der Schwellenländer. All das, was gerade in der nächsten, identisch gestrickten Blase zusammenbricht.

Nach rechtlichen Problemen und internen Querelen über die Verantwortlichkeit wurde Dotcomtod 2004 von einem Gründer gegen den Wunsch vieler Mitarbeiter abgeschaltet, und der Nachfolger Boocompany ist trotz einiger aufgedeckter Skandale nie mehr so erfolgreich gewesen. Manche Sentinels gingen eigene Wege. Für ein paar Jahre war Dotcomtod der Ort, an dem man im Netz gewesen sein musste. Es war eine wilde, laute und zügellose Party gegen die etablierten Medien, es war hochgradig erfolgreich und hat seinen Teil dazu geleistet, die New Economy zu beenden. Dotcomtod hat am Ende bestimmt, was der Nachwelt an Wissen über diese Zeit erhalten bleibt. Das ist mehr, als viele lasche, vergängliche Postillen von sich behaupten können.

Medien müssen auch irgendwann sterben. Aber wenn sie schon sterben müssen, dann nur so, wie Dotcomtod. Wir haben auf ihren Gräbern getanzt. Die Legende von den wilden Tagen der Wölfe auf der kotztütenblauen Seite lebt weiter. Eine Webseite mit php und Leuten, die die Wahrheit sagen wollen, reicht aus.

JULIAN FINN

## Musik tauschen, Flatrate zahlen

**Musik kostenfrei aus dem Internet herunterladen, auf mobilen Playern überall verfügbar haben, Musikstücke anderen kostenfrei zur Verfügung stellen: Die Möglichkeiten des digitalen Verbreitens von Musik haben die gesamte Branche verändert. Das Projekt „FairSharing“ für eine [www.kulturflaterate.de](http://www.kulturflaterate.de) erhielt 2006 den Alternativen Medienpreis. Was dahinter steckt, beschreibt der folgende Beitrag.**

Jene, die mit Musik ihr Geld verdienen, hatten schon immer ihre Schwierigkeiten, den technologischen Fortschritt zu umarmen. Schon als Emil Berliner 1887 sein Grammophon erfand, gab es nicht wenige, die dagegen protestierten. Sie prophezeiten: Schon bald werde es Musikern schwer fallen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Musik zuhause für jedermann – eine empörende Vorstellung für die damalige Zeit.

Ein paar Jahre später waren es die Herren der Schallplatte, nun eine große Industrie, die versuchten, ihre Pfründe zu sichern: erst gegen das Radio, mit dem jeder Mensch kostenlose Musik ins Haus bekam, dann gegen das Tonband – schließlich musste man sich damit keine Tonträger mehr kaufen.

Immer wurde das gleiche Argument angebracht: Die neue Technik würde den Markt zerstören und damit auch die Existenzen vieler Musiker. Inzwischen schreiben wir das Jahr 2009 und die Musik ist lebendiger denn je – trotz Musikkassetten und gebrannten CDs, trotz mp3 und Internet.

### Musik ist heute jederzeit und überall verfügbar

Betrachtet man, wie leicht und günstig Musik heutzutage verfügbar ist, könnte man fast von paradiesischen Zuständen sprechen. Menschen aus allen Altersgruppen laden in Sekunden herunter, wonach

ihnen der Sinn steht. Sie nehmen ihre liebsten Klänge mit an jeden Ort der Welt, tauschen sie mit Freunden und begeistern einander damit. Wäre es doch nur so einfach!

Tatsächlich ist es in diesen Zeiten nicht einfach, eine Plattenfirma zu führen. Die Verkäufe stagnieren oder nehmen weiterhin ab, Labels sind gezwungen, ihr Programm auszudünnen oder zu schließen. Das wiederum trifft all jene, die sich mit Sicherheit besser auf ihre Kunst konzentrieren könnten, hätten sie nur die Möglichkeit, den ganzen Tag kreativ zu sein. Der Wunsch, professionell von der Musik leben zu können, ist völlig berechtigt.

Dem gegenüber steht der Anspruch all jener, die es als völlig normal erachten, ihre Kultur zu teilen und zu tauschen. Gerade das gemeinsame Erleben von Musik ist nicht mehr aus unserer Gesellschaft wegzudenken. Das fängt mit dem berühmten Mixtape an, ohne das so manches Herz nicht erobert worden wäre, und hört nicht auf bei der Remix-Kultur von heute. Kultur wird genommen, auseinander geschnitten und beliebig wieder zusammen gefügt. Nicht nur auf den Plattentellern von Großstadtclubs entsteht täglich das Neue aus dem Alten, selbstverständlich erweitert und verbessert durch Eigenes und Fremdes – etwas, das wir als Grundbedürfnis anerkennen müssen: Die Menschen wollen keine stillen Konsumenten sein, sondern aktiv an dem teilhaben, was einen großen Teil ihrer Identität ausmacht.

Das Gesetz hat über die Jahre einen Ausgleich zwischen Urheber und Nutzer vorgesehen, wenn auch nicht immer so, wie es sich der ein oder andere erwünscht hätte. Denn gerade dort, wo beide Interessen vermischt werden, etwa beim Sampling, sind Konflikte im Bereich des Urheberrechts nichts Neues. Mit dem digitalen Zeitalter hat sich dieser Ausgleich aber verändert, der Konflikt verschärft.

### **Plattenindustrie wird zum Feind ihrer Kunden**

Mehr denn je sehen die Plattenfirmen ihre Märkte in Gefahr. Sie fanden darauf lange Zeit nur eine Antwort: Restriktion. Statt die neuen Technologien zu umarmen, wurde mit juristischen Mitteln versucht,

ihnen den Garaus zu machen. Während die Internetwelt Napster für sich entdeckte, arbeiteten Anwälte daran, die erste erfolgreiche Tauschbörse abzuschalten. Während Millionen von Jugendlichen selbstverständlich ihre CDs auf dem Computer in das mp3-Format umwandelten, führte die Musikindustrie allmählich Kopierschutzmechanismen ein. Diese bestrafte jedoch vor allem eine Gruppe von Menschen: die ehrlichen Konsumenten. All jene, die sich weiterhin Tonträger kauften, bekamen nun oftmals Probleme beim Versuch, diese abzuspielen. Alle anderen luden ihre Musik weiter aus dem Internet.

Statt die Tauschbörsen zu umarmen und neue Wege zu finden, mit Musik Geld zu verdienen, versteifte man sich viel zu lange auf die Abwehr auf dem Rechtsweg. Auf das zentrale Napster, dessen Server man nur ausschalten musste, folgten dezentrale Technologien, denen mit Klagen und Gerichtsurteilen nicht mehr beizukommen war, weil es keine einzelnen Server gab, die man ausschalten hätte können.

Also brachte man über massive Lobbyarbeit Gesetze ins Rollen, die den Tausch und die Weiterverbreitung urheberrechtlich geschützter Werke verboten. Dann wurden Anwaltskanzleien beauftragt und Tausende von Abmahnungen und Strafanzeigen verschickt. Mit teils horrenden Schadensersatzforderungen wurde versucht, Exempel zu statuieren, doch der gewünschte Effekt blieb aus.

Es dürfte kaum eine Industrie geben, die ihren Ruf in der Öffentlichkeit binnen Jahren derart ruiniert hat, wie die Urheberrechtsbranche. Einst als „cool“ angesehen, waren Plattenfirmen nun zum Feind ihrer eigenen Kunden geworden, die mit Gesetzen und Einschüchterung versuchten hatten, den alten Status Quo wieder herzustellen. Aber nicht genug: längst werden weitere Maßnahmen gefordert, von härteren Strafen bis hin zur Sperre von Internetzugängen für Urheberrechtsverletzer.

Auch an technischen Möglichkeiten wird gearbeitet. So könnte der PC der Zukunft kein universell programmierbares Gerät mehr sein, sondern vielmehr eine Maschine, die dem Nutzer alles verbietet, was nicht explizit erlaubt ist. Doch was tun?

Mit Sicherheit sind viele der angesprochenen Probleme hausgemacht. Erst seit wenigen Jahren gibt es vernünftige und bezahlbare Download-Angebote, nur allmählich (wenn überhaupt) hat man sich von entmündigenden Kopierschutzverfahren verabschiedet.

Auch die Qualität, die oftmals unter dem Drang nach schnellem und kurzfristigem Erfolg gelitten hatte, mag ihren Anteil an der Krise haben. Dennoch lässt sich nicht verschweigen, dass die Mehrheit ihre Musik am liebsten kostenlos bezieht. Kulturpolitisch gesehen ist dieser Umstand auch durchaus wünschenswert. Mehr Verfügbarkeit bedeutet mehr Vielfalt. Und wer möchte seine Kinder nicht gerne in einer Welt aufwachsen sehen, die von Freiheit und Offenheit bestimmt ist, anstatt von Schranken und Verboten? Doch will die Kulturpolitik auch, dass sich Künstler frei entfalten und von ihrer Arbeit leben können. Ein neuer Ausgleich muss also her.

### **Eine Kulturflatrate könnte so einfach sein**

Die Idee von pauschalen Abgaben ist beileibe nichts neues. Schon von den Klavierspielern in Kaffeehäusern Ende des 19. Jahrhunderts wurde verlangt, dass sie an die Komponisten eine Gebühr abführten, wenn sie deren Werke spielten – verwaltet wurden diese Abgaben von der Genossenschaft Deutscher Tonsetzer unter Leitung von Richard Strauss. Auch das Radio musste zahlen, später wurden für Tonband und Kassette die Leermittelabgabe eingeführt. Damit wurden Kopien im privaten Haushalt pauschal abgegolten, nachdem das Bundesverfassungsgericht geurteilt hatte, dass eine Registrierung von Tonbandgeräten dem Recht des einzelnen auf seine Privatsphäre widerspreche.

Im digitalen Zeitalter gibt es so etwas nicht, doch das könnte sich ändern. In Deutschland etwa fordert unter anderem die FairSharing-Kampagne seit 2005 die Einführung einer so genannten Kulturflatrate: Das private Tauschen und Verbreiten von Musik und Filmen solle erlaubt werden, im Gegenzug würde eine Abgabe auf Internetzugänge und Hardware erhoben. Etwa fünf Euro monatlich für einen DSL-Anschluss und 2,5 Prozent Aufschlag beim Kauf von mp3-player

und PCs ergäben so eine stattliche Summe – 2006 wären ca. 614 Mio Euro zusammen gekommen. Mit dieser Summe ließe sich, zieht man Vertrieb und Marketing ab, der Ausfall ausgleichen, den Musik- und Filmindustrie durch Tauschbörsen erlitten haben. Die Abrechnung wäre dabei sogar einfacher als etwa bei der GEMA, die sich auf Stichproben bei den großen Radiostationen und Diskotheken verlässt und deren Schlüssel so stark zugunsten von erfolgreichen Musikern verzerrt wird.

Würde man das Download- und Abspielverhalten einer großen, aber anonymisierten Menge an Nutzern analysieren, käme man leicht und mit wenig bürokratischem Aufwand an verlässliche Zahlen. Geld würde wieder an diejenigen ausgeschüttet, die gute und beliebte Kunst machen. Der kulturellen Vielfalt wäre von beiden Seiten aus Rechnung getragen.

Dass diese Idee keine Spinnerei ist, hat in den letzten Jahren die Wirklichkeit an vielen Stellen gezeigt. Mittlerweile sind auch Künstler und Musikmanager rund um den Globus an einem derartigen Modell interessiert, teilweise wurden – meist auf kommerzieller Ebene – Pauschalmodelle eingeführt, die allerdings noch nicht den Vorstellungen der Befürworter einer Kulturfltrate entsprachen. Inzwischen hat sogar Warner Music begonnen, sich Gedanken zu machen. Jim Griffin wurde eingestellt, einer der Vordenker, wenn es um die Frage digitaler Musik geht. Er verhandelt mit Universitäten über campusweite Lizenzen, die unter dem Projektnamen „Chorus“ noch 2009 in die Pilotphase starten sollen. Ob das funktioniert, wird sich zeigen.

### **Überwachung und Kriminalisierung verhindern**

Womöglich wird eine verpflichtende Einführung für alle Nutzer vonnöten sein, um zu verhindern, dass weiterhin ein großer Teil der Netzgemeinde kriminalisiert wird. Schließlich besteht die Gefahr weiterhin, dass vor allem Jugendliche verklagt und somit ruiniert werden könnten. Auch muss verhindert werden, dass das Internet überwacht

wird. Das soll auch nicht bei denjenigen geschehen, die ihren monatlichen Obulus nicht entrichten.

Da niemand kontrollieren soll, was der einzelne im Internet treibt, wäre eine Abgabe für alle somit auch fairer – schließlich entstünde keine Ungerechtigkeit. Auch hierfür gibt es durchaus prominente, wenn auch teilweise unbeliebte Beispiele: Alle Fernsehbesitzer müssen GEZ-Gebühren zahlen. Aus Steuern und Abgaben wird Kultur, beispielsweise in Theatern, gefördert. Diese Maßnahmen sind berechtigt und allgemein anerkannt. Bleibt die Privatsphäre geschützt und das Maß gewahrt, könnte eine universelle Kulturflatrate Bestandteil einer modernen und kulturell vielfältigen Gesellschaft sein.

WOLFGANG TISCHER

## „Wie verdient ihr denn Geld?“

**Das „Literatur-Café“ erhielt 2004 den Alternativen Medienpreis.  
Zehn Jahre Literatur im Internet: ein Rückblick.**

Ende der 90er des letzten Jahrhunderts war die Literaturszene im Netz nach wie vor von theoretischen und akademischen Diskussionen geprägt. Jeder wartete gespannt auf neue literarische Formen, die das neue Medium bringen sollte. Und man heulte auf, wenn wieder mal jemand „Literatur im Netz“ mit „Netzliteratur“ verwechselte. Ohne Frage war es DIE ZEIT, die mit ihrem 1996 bis 1998 durchgeführten Internet-Literaturwettbewerb die Szene zusammenführte. 1999 fand auch zum letzten Mal die Softmoderne in Berlin statt. Dieses Festival widmete sich seit 1995 dem Thema Literatur und Internet, Netzliteratur, Hypertext und verwandten Bereichen. Hier traf man sich noch im realen Leben, und dann 1999, so schien es, wurde die literarische Gemeinde komplett ins Virtuelle entlassen. Die Versuche, weitere Wettbewerbe zum Thema zu starten, sollte sie so wie damals nicht mehr zusammenführen.

Die Zeit der New Economy war angebrochen und die Zeit, in der Google begann, das Netz durchsuchbar zu machen. Dass es davor Enthusiasten und Literaturbegeisterte wie Oliver Gassner, Markus Kolbeck und Enno E. Peter gab, die literarische Web-Adressen manuell in Linklisten pflegten, damit andere sie überhaupt finden konnten, klingt da fast schon so, als erzählt Opa vom Krieg.

Die sogenannte New Economy brachte damals viele ins Grübeln – uns vom Literatur-Café eingeschlossen. Überall schienen die Kapitalgeber darauf zu warten, ihr Geld loszuwerden. Konnte es sein, dass ein Traum wahr wird und dass man mit und von einem Internet-Angebot leben kann, das Prosa und Lyrik im Web veröffentlicht? Sollte Kunst endlich Geld bringen? Würde man von einem der großen Web-Firmen aufgekauft werden? Oder würden die schlichtweg mit

ihrer Geld- und Menschenmenge sowas wie das Café kopieren? Bertelsmann wollte damals Amazon mit BOL Konkurrenz machen, und ich erinnere mich noch gut an meinen Buchmessebesuch von 1999. In der Nacht davor erreichten mich Mails, dass der BOL-Geschäftsführer in einer ZDF-Sendung zur Messe das Literatur-Café als seine absolute Lieblingswebsite genannte hätte. Am Tag drauf schlich ich neugierig um den Messestand, nannte meinen Namen und wurde begeistert begrüßt. „Oh ja, mit Ihnen haben wir Großes vor. Bitte warten Sie, wir versuchen den Geschäftsführer per Handy zu erreichen. Er ist irgendwo auf der Messe unterwegs und würde sich freuen, Sie zu sehen.“ Ich wartete und keiner kam.

BOL als Bertelsmann-Unternehmen gibt es nicht mehr. Irgendwer kaufte die Marke, so wie heute Bertelsmann die Marke Brockhaus billig kauft, da sich im Wikipedia-Zeitalter das Sammeln von Wissen auf Papier überholt hat.

Es kam und ging viel in den letzten Jahren. Und all das überlebt zu haben, macht ohne Frage stolz. Schade jedoch, dass gerade auf dem Gebiet der freien und unabhängigen Portale viele gingen. Zwar hatten sich die literarischen Linkportale überholt, doch trauern muss man um Websites wie das von Enno E. Peter und Sabrina Ortmann geführte Berliner Zimmer. Seit Oktober 2006 wird es nicht mehr gepflegt und steht seitdem als Ruine im Netz. Der Grund, warum so viele der privaten literarischen Webangebote sich irgendwann auflösen: Die persönliche Situation ändert sich, Lebensumstände ändern sich. Irgendwann lässt die Begeisterung für das Thema nach oder es ist einfach nicht mehr die Zeit da, die Site zu aktualisieren.

„Wie verdient ihr mit dem Literatur-Café Geld?“, war schon immer die am häufigsten gestellte Frage. Und wenn man antwortete, dass man den technischen Betrieb der Website mit einer Handvoll Anzeigen und Amazon-Links gerade mal so finanzieren kann, dann kommt immer die zweite Frage: „Aber warum machen Sie das dann?“

„Ruhm und Ehre!“, antworte ich dann meist und meine es weniger ironisch, als es sich anhören mag. Denn wenn die Zahl der Besucher

steigt (im Monat haben wir jetzt so viele wie 1998 im ganzen Jahr!), dann weiß man, dass man nicht ins Nichts schreibt und gelesen wird. Und auch Preise wie der Alternative Medienpreis tun gut und sind eine wichtige Triebfeder.

Denn ohne Frage brachte uns auch der nächste Hype der letzten 10 Jahre wieder ins Grübeln: Plötzlich war alles „Web 2.0“. Die Inhalte kommen von den Nutzern. Vernetzungen und Verlinkungen sind das A und O des Webs, eine Website ohne Social Community ist dem Untergang geweiht. Blogs – zumindest die besten und literarischsten unter ihnen – galten als die neuen Sterne am Himmel der Web-Literatur.

Welchen Sinn hat es da noch, mit einer kleinen Zahl an Mitstreitern den Inhalt für eine Website zu produzieren, wo anderen die Inhalte scheinbar zufliegen und die Nutzer selbst für die qualitative Auswahl sorgen? Es schien, als habe sich jetzt der Traum von der Netzliteratur endlich erfüllt. Keine der unzähligen einfachen Fortsetzungsromane im Web mehr, an dem jeder die nächste Folge schreiben darf und die so spannend waren wie die Lektüre des Telefonbuchs, sondern ein Roman, an dem gemeinsam geschrieben, korrigiert, redigiert und bewertet wird. Penguin Books startete mit „A Million Penguins“ Anfang 2007 diesen Versuch – und scheiterte nach wenigen Wochen.

Wer den Hype der New Economy erlebt hatte, der wusste, dass auch der Web-2.0-Stern irgendwann verblasen würde.

Dennoch war es für das Literatur-Café immer wichtig, ganz vorne mit dabei zu sein und die Dinge vor dem Hype auszuprobieren, um möglichst viel davon zu profitieren, aber um auch die tatsächlichen Möglichkeiten besser abschätzen zu können, um nicht falschen Propheten zu glauben. Es gibt ein Literatur-Café-Profil bei MySpace, einen Literatur-Café-Podcast, der mit dem 1. Deutschen Podcast Award ausgezeichnet wurde, und seit Ende 2008 auch einen Account bei Twitter.

Als unabhängiges Web- und Literaturportal gilt es, diese Möglichkeiten zu nutzen, um neue Leser anzusprechen. Doch kann und

solle man diese Möglichkeiten nur in Maßen integrieren und implementieren, denn zum einen ist es finanziell nicht möglich, und zum anderen ist es wichtig, immer Eigenständigkeit und ein klares Profil zu behalten.

Einen großen Relaunch hat das Literatur-Café nie erlebt – und dennoch sieht es vollständig anders aus als vor 10 Jahren. Das Aussehen heute ist zeitgemäßer und blog-ähnlicher geworden, ohne jedoch Blog zu sein, denn nach wie vor werden hier auch Gedichte und Kurzgeschichten präsentiert.

Eine der wichtigsten Änderungen, die Anfang 2007 eingeleitet wurde, war der Weg hin zu journalistischeren und kritischeren Beiträgen, bei denen das Café immer wieder klar Meinung und Stellung bezieht. In dieser Hinsicht ist das Literatur-Café auch zur Anlaufstelle all deren geworden, die auf die Abzocker und Betrüger des literarischen Web-Betriebs hereingefallen sind, wie beispielsweise auf falsche Literaturagenten, die Hoffnung auf eine Verlagsvermittlung wecken und dann doch nur ein überbeuertes Lektorieren des Textes verkaufen wollen.

Die Hoffnung, mithilfe des Internets – wie auch immer diese Hilfe aussehen mag – literarisch und finanziell Erfolg zu haben, grassiert bei vielen heute noch genauso wie vor zehn Jahren, doch mag heute wie überall die Gefahr größer sein, bei Abzockern und Betrügern zu landen. Nicht mehr Linklisten, sondern wertvolle Info-Portale wie das von über 50 Autorenverbänden und anderen literarischen Einrichtungen unterstützte [WWW.AKTIONSBUENDNIS-FAIRE-VERLAGE.COM](http://WWW.AKTIONSBUENDNIS-FAIRE-VERLAGE.COM) sollten auf der Liste der wichtigen literarischen Web-Angebote daher ganz oben stehen.

Aber gibt es sie denn nun, die literarischen Erfolgsgeschichten mit und im Web? Der Online-Literat, der es zum gedruckten Bestseller gebracht hat? Natürlich gibt es Autoren, auf die durch einen Text im Literatur-Café auch große und bekannte Verlage aufmerksam wurden. Doch die Regel ist das nicht, und darauf bauen und hoffen sollte man nicht unbedingt.

Und die Netzliteraten von damals? Von vielen hat man gleich nach dem Gewinn der Internet-Literaturwettbewerbe nie wieder was gehört, und um andere ist es ruhig geworden. Doch wieder andere sind und bleiben im Netz aktiv wie beispielsweise Susanne Berkenheger oder Martin Auer: Letzterer setzte 2007 sein Buch „Hurentaxi“ erfolgreich selbst als Podcast um. Nach wie vor ist er engagiert dabei und probiert im Netz immer wieder neue Dinge aus. Kontinuität, Neugier und gute Ideen, das zeichnet nicht nur eine gute literarische Website aus. Geld verdienen kann man damit auch heute nur bedingt.

Und so bleiben eben Ruhm und Ehre.



HOLGER KULICK

## **In ständiger Not: Online-Medien gegen Rechtsextremismus**

**Entweder drohen Gegner oder der Untergang. Info-Websites, die über das Ausmaß von Rechtsextremismus und Rezepte dagegen berichten, haben viele Leser, aber wenig Mittel. Ihr Dauer-Existenzkampf mindert die Qualität und raubt Energie. Am Beispiel der Plattform [www.MUT-GEGEN-RECHTE-GEWALT.DE](http://www.MUT-GEGEN-RECHTE-GEWALT.DE), die 2007 mit dem Alternativen Medienpreis ausgezeichnet wurde.**

Der Preis hatte seinen Preis. Im Frühjahr 2007 erhielt das Online-Portal über Rechtsextremismus [www.MUT-GEGEN-RECHTE-GEWALT.DE](http://www.MUT-GEGEN-RECHTE-GEWALT.DE) einen der drei Alternativen Medienpreise in Nürnberg. Es war ein denkanstoßreiches Event mit Pressekonferenz, Imbiss und Getränken. Dabei entstanden auch Fotos, die anschließend auf die Homepage der Medienakademie gestellt wurden. Eins davon tauchte Wochen später wieder auf. In einem Drohbrief. Der Umschlag war an mich persönlich adressiert in der Amadeu Antonio Stiftung in Berlin, sie berät und fördert seit 1998 kleine Projekte gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Die MUT-Redaktion, die im April 2003 mit Starthilfe vom *stern* gegründet wurde, arbeitet unter dem Stiftungs-Dach. Im Umschlag waren zwei Din-A-4 Ausdrücke aus dem Internet. Das eine Blatt zeigte einen Stadtplanauszug aus Berlin-Mitte mit dem vermeintlichen Redaktionsstandort, mit Kugelschreiber verächtlich durch einen Davidstern markiert. „Jüdisch“ sollte das wohl heißen (obwohl die Stiftungsmitarbeiter höchst multi-religiös sind und die Einrichtung weder einer Partei noch Religionsgemeinschaft zuzuordnen ist). Das zweite Blatt zeigte den Farbausdruck jenes Fotos, das mich am Café-Tisch in Nürnberg zeigt. Unten drunter stand in handschriftlichen Druckbuchstaben: „We know you we kill you!“.



*Keineswegs selten: Drohbrieff an die MUT-Redaktion*

Wer eine dünne Haut hat, den erschreckt sowas zutiefst. Das ist auch das Ziel der Absender (in dem Fall war es eine fiktive Adresse in Köln). Diese – im wahrsten Sinne des Wortes – Schreibtisch-Täter erfahren ihre Selbstbestätigung in der Verunsicherung und Verängstigung von Personen, die sie sich zum Feind erklären, nur weil ihnen deren Meinung, Gesicht, Tätigkeit oder Herkunft nicht passt. Wichtigstes Kennzeichen ihres Tuns ist das Handeln aus feiger Anonymität heraus.

Auf dieses Spiel darf man sich nicht einlassen, sollte die Briefe allerdings nicht wegwerfen oder „schau mal“ zu vielen Leuten in die Finger geben, sondern rasch an die Polizei weiterleiten, die zwar in der Regel erfolglos gegen Unbekannt ermittelt, aber mittlerweile doch Spezialisten hat, die solche Post mit anderen Drohbrieffen vergleichen, DNA-Spuren sichern und hoffen, dass sich der Täter irgendwann doch einmal verrät.

In einer Redaktion wie [WWW.MUT-GEGEN-RECHTE-GEWALT.DE](http://WWW.MUT-GEGEN-RECHTE-GEWALT.DE) ist man allerdings in der Regel abgebrüht genug, denn per Mail

kommt ein Vielfaches solcher direkter und indirekter Drohungen ins Haus, deren Wortwahl Bände über die Absender spricht. Formulierungen wie „Sie Gutmensch sollten besser auf sich aufpassen“ oder „... ich will verdammt sein wenn diese antideutschen multikulti pseudo Demokraten nach unserer Machtübernahme lebendig davon kommen ...“ sind da keineswegs selten.

Manchmal wird nicht die MUT-Redaktion beschimpft, sondern Personen oder Personengruppen, über die wir schreiben, werden im Forum der Website zu Opfern von Verbalinjurien. Eine solche Mail etwa ging im Juli 2008 ein und behandelte das Thema Gerichte und Richter, die Neonazis verurteilen. Darin schrieb der fiktive Absender:

„... ich will auch nicht alle Richter über einen Kamm scheren, es mag ja auch in dieser Berufsgruppe noch den einen oder anderen anständigen Menschen geben, doch so manche Richter in diesem Land haben tatsächlich den Tod verdient. Da würde ich mich echt freuen, wenn der eine oder andere einem Attentat zum Opfer fiel! Es zeigt sich in diesem Dreckstaat doch immer mehr, daß nur noch Gewalt der einzige Weg zu Recht und Gerechtigkeit sein kann! ...“ [Fehler im Original]

Solche Forumsbeiträge werden in der Regel nicht veröffentlicht, um ihren Autoren nicht Genugtuung zu verschaffen. Stattdessen werden auch sie der Polizei gemeldet, wenn der Absender – in diesem Fall war es so – einigermaßen ersichtlich ist. Denn nicht selten lässt der Header der e-mails doch Rückschlüsse auf die Absender zu.

### **Guter Rat ist gefragt**

Im Alltag einer Internetredaktion wie [WWW.MUT-GEGEN-RECHTEGEWALT.DE](http://WWW.MUT-GEGEN-RECHTEGEWALT.DE) nehmen solche Mails allerdings nur einen Bruchteil der Post ein. Denn nur ein kleiner Teil der Leser sind solche ‚Gegner‘, sehr viel größer ist der Stammleseranteil aus Initiativen, Verwaltungen, Schulen und Universitäten, ja sogar dem Bundestag, aber auch vielen Privathaushalten. Vor allem diese Zahl ist in den letzten Jahren enorm gewachsen und unterstreicht die Seismografenfunktion des MUT-

Portals. Immer mehr Menschen gehen googelnd auf Ratsuche im Internet, wenn sie in ihrem Privat-, Berufs- oder sonstigem Umfeld erstmals mit überzeugten Neonazis zu tun haben. Mal sind Sohn oder Tochter in die rechtsextreme Szene abgeglitten, mal Freunde, Geschwister, Arbeitskollegen, Mitschüler und vor allem Personen, denen man das vorher nicht zugetraut hat.

Zur Illustration einige Beispiele aus nur einem MUT-Alltag im Januar 2009. Morgens fragt per e-mail eine Frau aus Kassel an, was sie tun könne, wenn ihr Freund, ein Neonazi, sie immer wieder schlägt. Wir machen eine Frauenberatungsstelle in ihrer Nähe ausfindig und empfehlen ihr einen dringenden Gang dahin, das Frauenhaus bereiten wir parallel auf den Kontakt vor. Dann ruft ein Priesterschaftsanwärter aus München an. Er war im Auto mit einem afrikanischen Kollegen unterwegs und wurde einfach so im Stadtverkehr von der Polizei gestoppt. Ohne Vorhalt, gegen die Straßenverkehrskontrolle verstoßen zu haben, ohne Hinweis auf eine Fahndungsmaßnahme. Aber die Beamten wollen sein Papiere sehen und die von ‚dem Schwarzen‘ auf der Rückbank auch. „Dürfen die das eigentlich, einfach so ohne Anlass? Kann ich mich da beschweren?“ will er wissen. Ja er kann und sollte das auch, raten wir ihm, denn die Beamten haben offensichtlich aus einem Vorurteil heraus gehandelt, dass ein Dunkelhäutiger per se schon verdächtig sei. Rassismus pur bei der Polizeibehörde.

Eine weitere Anfrage klingelt in der Mailbox. Ein MUT-Leser aus Reutlingen hat in der Nacht zuvor eine Wiederholung von *stern-tv* gesehen. Dort lief ein Beitrag über Rechtsrock-Musik. Als Sänger der Neonazi-Band ‚Noie Werte‘ (die ganz offen judenfeindliche Texte singt), hat er einen Anwalt erkannt, dem er Tage später seinen Scheidungstermin anvertraut hat. Jetzt wackelt sein Vertrauen gewaltig und er fragt „was tun?“. Wir raten ihm, den Namen des Anwalts und den Begriff Neonazi einmal zu googeln und nachzulesen, ob es sich tatsächlich um eine und dieselbe Person handelt. Ob er dann noch von ihm vertreten werden will, das sei seine eigene Gewissensentscheidung

und hänge von seiner Grundhaltung ab, ob er dessen Hobby letztlich mitbezahlen will. Diese Entscheidung nehmen wir ihm nicht ab.

Es ist nicht die letzte Anfrage an diesem Tag. Eine Schülerin aus einer Kleinstadt in Baden-Württemberg mailt, das bei einer Probe-wahl in ihrer Klassenstufe unerwartet die NPD am besten abschnitt und will MUT zu einem über Neonazis aufklärendem Workshop in ihre Schule einladen, wir sagen zu. Und aus Pforzheim kommt die Anfrage eines Bürgers, der sich gerne gegen Rechtsextremisten enga-gieren möchte, die dort Ende Januar aufmarschieren wollen, aber er findet keine passende Gegeninitiative. Wie man so was denn grün-det, will er wissen, wir verweisen ihn auf einen Ratgeber auf unserer Website, in dem das alles steht: [HTTP://WWW.MUT-GEGEN-RECHTE-GEWALT.DE/SERVICE/UM-RAT-GEFRAGT/WIE-GRUENDE-ICH-EINE-INITIATIVE-UND-GEHE-AN-DIE-OEFFENTLICHKEIT/](http://www.mut-gegen-rechte-ge-walt.de/service/um-rat-gefragt/wie-gruende-ich-eine-initiative-und-gehe-an-die-oeffentlichkeit/).

Der letzte Ratsuchende an diesem Tag gibt eine harte Nuss zu knacken. Auf YouTube hat er sich über Nazivideos beschwert – mit einem Aufklärungsvideo über Nationalsozialismus. Dummerweise war seine Adresse rückverfolgbar und jetzt rächt sich die Neonazi-szene an ihm. Inzwischen stehen zahlreiche Filme über ihn im Netz, zum Teil unverfänglich getarnt unter Überschriften wie „Zu Besuch in Bad L...“. Das entsprechende Video fängt mit touristischen Bildern des Ortes an, dann ist aber plötzlich nur noch eine Plattenbausied-lung zu sehen und die Kamera zoomt aus verschiedenen Winkeln an ein Fenster heran, zeigt dann groß einen Nachnamen auf einem Brief-kasten und dann das Straßenschild. Ein getarnter Videosteckbrief, aber YouTube reagiert nicht auf Bitten, ihn zu entfernen. Der User macht nun das einzige richtige. Er geht zur Kripo und will den Fall öffentlich machen. Hilfe sagen wir ihm im Rahmen unserer Mög-lichkeiten zu.

### **Längst mehr als ein Informationsmedium**

Im Rahmen „unserer Möglichkeiten“ ist leicht gesagt. Im Rahmen dessen, was an einem oft 20-Stunden-Tag zu bewerkstelligen ist – von

einer Einmannredaktion und mangels Finanzen ohne Aussicht auf Ausbau. Gäbe es nicht viele freiwillige Autoren und befreundete Journalisten, die gelegentlich Beiträge einfach so spendieren, das MUT-Portal wäre nicht das MUT-Portal. Und längst ist es mehr, als ein reines Informationsmedium über Projekte und Bürgerinitiativen, das es zu seiner Gründung war. Damals, im Frühjahr 2003 hatten zwar zeitgleich mehrere Zeitungen eigene Schwerpunktseiten über Rechtsextremismus ins immer stärker wachsende Internet gestellt, aber es gab bundesweit nichts übergreifendes, das kontinuierlich Initiativen ein Sprachrohr und Vernetzungsmöglichkeiten bot. Uli Hauser, ein auf diesem Themenfeld sehr engagierter *stern*-Redakteur hatte seine Redaktion überredet, Gelder für Projekte mit „Mut gegen rechte Gewalt“ zu sammeln. Aus dem anfangs durch *stern*-Leser und 10 Großspender üppig gefüllten Fonds wurden das staatsunabhängige Neonazi-Aussteigerprojekt EXIT aufgebaut und das tagesaktuelle MUT-Portal in redaktioneller Verantwortung der Amadeu Antonio Stiftung. Die Ziele: Nicht nur über das Ausmaß von Rechtsextremismus zu berichten, sondern zugleich über die, die Mut haben, etwas dagegen zu tun, und zwar friedlich und kreativ. ERMUTIGEN war und ist das wichtigste Ziel. Simone Rafael, eine Online-Absolventin der Henri-Nannen-Schule übernahm für zwei Jahre den Aufbau, dann, das war im Frühjahr 2005 übernahm ich die Redaktion, ich hatte zuvor für Spiegel Online gearbeitet.

Gab es bei ‚SPON‘ ein großes Team mit aller journalistischer Sorgfaltskontrolle, hier gab es das nicht, keinen Korrektor, kein Vieraugenprinzip, keinen Hausjuristen. Die Hilfe wacher Leser war überlebenswichtig und gottseidank gibt es mehr davon im Netz, als manch einer denkt. Zudem half der Verband der Jugendpresse kräftig, mit Workshops und einer gemeinsamen Projektzeitung MUT zu unterstützen. Und die Finanzierung? Von damals bis heute ist dies der größte Balanceakt. „Unbefristet“ lautete die Ausschreibung für den Anstellungsvertrag, aber länger als ein halbes Jahr reicht die Perspektive selten. Eine langfristige Finanzierung gibt es nicht, allenfalls durch

akquirierte Projekte oder mitbetreute Fremdwebsites für die dann zusätzlich gearbeitet werden muss. In Fall von MUT gelang es, die Ausschreibung für den Aufbau einer Fach-Website der Bundeszentrale für politische Bildung zu gewinnen: [WWW.BPB.DE/RECHTSEXTREMISMUS](http://WWW.BPB.DE/RECHTSEXTREMISMUS). Aber wenn diese Möglichkeit ausläuft, fehlt das Netz unter den Füßen. Sponsoren für ein solches Projekt sind nur mühsam zu finden. „Wichtiges Projekt, aber uns zu politisch“ heißt es häufig, wenn bei potenziellen Zuschussgebern aus der Wirtschaft angefragt wird. Und Spenderkultur für gesellschaftspolitische Projekte? In Deutschland herrscht auf diesem Gebiet leider Mangel, auch wenn keine Wirtschaftskrise herrscht.

### **Zahlreiche Einmannredaktionen**

So imponiert es um so mehr, dass im Lauf der letzten Jahre eine ganze Reihe weiterer, hochinformativer Online-Angebote dazugewachsen sind, die sich in diesem Themenfeld bewegen, aber sie arbeiten alleamt unter ähnlich geldknappen Bedingungen ziemlich selbstaubeuterisch. Hervorzuheben sind beispielsweise die Recherchen auf [WWW.REDOK.DE](http://WWW.REDOK.DE) und [WWW.BNR.DE](http://WWW.BNR.DE), die hintergründigen Einfälle auf [WWW.ENDSTATION-RECHTS.DE](http://WWW.ENDSTATION-RECHTS.DE) sowie der treffsichere Analyseblick auf der Website [NPD-BLOG.INFO](http://NPD-BLOG.INFO). Doch dahinter steckt in der Regel nur das unermüdliche Engagement einzelner Personen mit dicker Elefantenhaut. Im Rahmen der neuen Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus kamen zwar eine Reihe weiterer Portale hinzu, deren Lebensdauer aber absehbar beschränkt ist – auf den Zeitraum, auf den sich ihre staatliche Förderung limitiert. (Die aus meiner Sicht wichtigsten journalistisch arbeitende Internetprojekte finden sich in einer Zusammenstellung auf [HTTP://WWW.MUT-GEGEN-RECHTEGEWALT.DE/SERVICE/UM-RAT-GEFRAGT/WEBSITES-GEGEN-RECHTSEXTREMISMUS/](http://WWW.MUT-GEGEN-RECHTEGEWALT.DE/SERVICE/UM-RAT-GEFRAGT/WEBSITES-GEGEN-RECHTSEXTREMISMUS/)).

Um so mehr überraschte, dass im Mai 2008 die ZEIT mit großem Werbeaufwand und Partnern von DFB bis ZDF ein fantastisch ausgestattetes Internetportal mit vier Angestellten plus mehreren Mode-

ratoren neu ins Leben rief, das „Netz gegen Nazis“. Dieses Engagement war zunächst ein Beleg dafür, dass die Sensibilität für das Thema endlich ganz in der Mitte der Gesellschaft und ihren Medien angekommen war, bis hinein ins liberale und auch konservative Milieu. Beim feierlichen Launch im Berliner Palais am Festungsgraben nahm allerdings kaum ein Beobachter wahr, dass die Initiatoren aus dem Holtzbrink-Verlag stets betonten, dies sei nur ein Projekt für rund ein halbes Jahr. Dass dies ernst gemeint schien, war unvorstellbar in der Onlinemedienbranche, dementsprechend war die Irritation zum Jahresende groß, als die Redakteurs-Stellen erst zusammengestrichen und die verbliebenen dann nicht verlängert wurden. Rettung ging aus den beiden Redaktionen von „NGN“ und MUT die Initiative aus, beide Websites zu fusionieren, aber dafür waren auf beiden Verlagsseiten keine Mittel mobilisierbar und auch der letzte Wille fehlte, zumal die neue Rezession begann. Eine verpasste Chance.

Hätten nicht die Amadeu Antonio Stiftung und die Weinheimer Freudenberg Stiftung im letzten Augenblick letzte Finanzreserven mobilisiert und die ZEIT nicht noch ein letztes Sparschwein geknackt, das ZEIT-Portal gäbe es schon gar nicht mehr. Zunächst mit einer halben Stelle ausgestattet wird es seit Januar 2009 ebenfalls unter dem Dach der Amadeu Antonio Stiftung weiter geführt. Die Konsequenzen sind allerdings typisch. Braucht man das MUT-Portal dann noch? Soll es sich nur noch auf die Darstellung von Initiativen oder PR konzentrieren? Natürlich wurden prompt auch solche Überlegungen laut und Gehaltsreduzierungen angekündigt, sofern es nicht gelinge, in Eigeninitiative Sponsoren oder Förderprogramme an Land zu ziehen. Denn Geld für zwei ähnliche Formate unter einem Dach gibt es absehbar nicht mehr. Also: Erfindungsreichtum ist wieder gefragt, der Zeit und Qualität kostet.

Die organisierte rechtsextreme Szene hört solche Botschaften sicher gerne. Mehr als 1800 rechtsextrem geprägte Websites werden mittlerweile im Netz gezählt, sie arbeiten mit immer perfekterer Ausstattung und in modernsten Layouts und immer intensiver auf den

Videobereich fokussiert. Doch darauf ein Auge zu haben, Aufklärung zu betreiben und Gegenrezepte zu entwickeln, darf nicht nur den Verfassungsschutzämtern überlassen werden, die ja mit ihren zahlreichen V-Leuten leider ein Teil des rechtsextremen Systems selber sind. Dazu bedarf es einer sehr viel engagierteren Öffentlichkeit, als das bislang in der Bundesrepublik der Fall ist. Das Leserinteresse ist groß, das zeigt unsere Erfahrung. Doch das Interesse, solche Angebote zu finanzieren, ist gering. Diese Bedrohung durch Gleichgültigkeit ist leider größer, als die durch Drohbriefe und böse Mails aus dem Netz.

Passend landete folgende Mail gerade eben in der MUT-Mailbox, von einem vielsagenden Absender namens „Ano Nym“. Sie kommentiert ein Interview mit dem Sänger der Prinzen, Sebastian Krumbiegel, das bei MUT unter der Überschrift steht: „Den MUTigen Rückenstärkung geben“ (die Rechtschreibfehler in der Mail sind nicht korrigiert): „Ihr werdet es niemals schaffen die Npd zu Verbieten oder den gedanken von Rassentrennung der in uns allen existiert zu tilgen und vorallem werdet ihr es nicht schaffen wenn ihr es mit so einem Versager wie dem sänger ‚Der Prinzen‘ Versucht, ihr Überrascht mich doch immer wieder mit eurem Leichtsinn,ihr seit sowas von Lächerlich. (und abgesehen davon hat eure Seite noch keinen vor Stahlkappen oder Baseballschlägern geschützt)“.

Alles hat seinen Preis. Vor allem Wegschauen und Nicht-Kümmern.



*„Restrisiko“ gewann 2005 in der Sparte Hörfunk*



*Die Preisträger im Jahr 2006*

DOKUMENTATION

## **Der Alternative Medienpreis: Alle Jahre, alle Preisträger**

**Sämtliche Preisträger sind auf der Website [WWW.ALTERNATIVER-MEDIENPREIS.DE](http://WWW.ALTERNATIVER-MEDIENPREIS.DE) dokumentiert. Dort kann man unter dem Menüpunkt Mediathek die Websites anklicken und viele der Radiosendungen anhören. Ebenfalls vollständig online sind die „Laudationes“, die Preisreden auf die ausgezeichneten Beiträge, mit der Begründung der Jury.**

### **Preisträger 2000**

#### HÖRFUNK

1. Preis: Chuzpe – Audio for the Jewish masses, Radiosendung der israelitischen Kultusgemeinde München, Rainer Meyer
2. Preis: Nennen wir es mal Krieg, radio gAZelle, Dirk Peters
3. Preis: Johann Georg Elser – Geschichtsrezeption in der BRD, Radio LORA München, Bettina Klein, Sobo Swobodnik

### **Preisträger 2001**

#### INTERNET

2. Preis: e-politik. Netzreportagen, Gunnar Herrmann, Nikolaus Röttger, Florian Wachter
2. Preis: Labournet. Solidarität im Computerzeitalter, Dave Hollis, Mag Wompel
3. Preis: Die ultimative Müllseite, Jürgen Graf
3. Preis: [WWW.FRAUENNEWS.DE](http://WWW.FRAUENNEWS.DE), Jana Adakeljan

#### HÖRFUNK

1. Preis: Die Stunde des Films, Redaktion Retropolis, Afk München – 94,5 MHz, Antonia Arnold, Rainer Meyer
2. Preis: Redaktionsgruppe Rasant – Sendekonzept von Menschen mit Behinderung, Bürgerfunk Bielefeld, René Eschengerd
3. Preis: Dünnes Eis. Radio Flora (Hubert Brieden, Heidi Dettinger)

### **Preisträger 2002**

#### INTERNET

1. Preis: Dotcomtod, Anbieter und Distributor für exitorientierte Unternehmungsmeldungen, Mirko Pawlak
2. Preis: Sagmal, Interviews mit Machern des Internets, Robert Herbig
3. Preis: Abschiebehaft.de, Vernetzung gegen Abschiebehaft, Redaktionskollektiv

#### HÖRFUNK

1. Preis: Uta Kniescheswki, Martin Dehnke: Die Droge Zucker, coloRadio, Dresden
2. Preis: Auswirkungen der NS-Zeit auf die Gegenwart, Doris Schmied, m94,5/Afk, München
3. Preis: Interview mit einem Totalverweigerer, Andre Plümer, Radiogruppe AJZ, Bielefeld

### **Preisträger 2003**

#### INTERNET

1. Preis: Politik-Digital, Christoph Dowe u.a.
2. Preis: Zyn! Markus Klein u.a.
3. Preis: Portal für Menschen mit Körperbehinderung, BSK e.V. (Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderte), Peter Reichert und andere.

#### HÖRFUNK

1. Preis: Radio-Ballett Hamburg, Gruppe LIGNA, Ole Frahm, Michael Hueners, Torsten Michaelsen
2. Preis: Mephisto, Eine irgendwie reiche Welt, Monika Ahrens, Sabine Spiehl, Daniel Stender, Marcus Weber
3. Preis: Karsten Blum, Ems-Vechte-Welle: Karneval und Krieg



*Syl Glawion von Radio Z und Peter Lokk von der Nürnberger Medienakademie mit Preisträgern 2002*



*Die Preisträger im Jahr 2003*

### **Preisträger 2004**

#### INTERNET

1. Preis: Morgenwelt, Magazin für Wissenschaft und Kultur, Volker Lange, Dagmar Lorenz, Gerd Bruckhaus
2. Preis: Das Literatur-Café, Der literarische Treffpunkt im Internet, Wolfgang Tischer
3. Preis: Nadir-Dataspace, Bücher- und Zeitschriften, Datenbank, Walter Schröder

#### HÖRFUNK

1. Preis: Das Denken und sein Staat, Mareike Maage und Caroline Melerski, experimentelles Radio bauhaus.fm, Weimar
2. Preis: Miese Entertainer, Dirk Peters und Hellmuth Stamm, Radio gAZelle Wuppertal
3. Preis: Antirassistisches Grenzcamp Köln, Thies Marsen, Zündfunk München

### **Preisträger 2005**

#### INTERNET

1. Preis: Tunespoon, Florian Brandl, Kirsten Franke, Plattform für Musikvideos, FH Furtwangen
2. Preis: Frida-Magazin, Gabriele Bärtels
3. Preis: Ökonews, Doris Holler-Bruckner, Lukas Pawek, Robert Wilfurth

#### PRINTMEDIUM

1. Preis: Beitragsserie IPS (Inter-Press-Service), Ramesh Jaura, Nigeria
2. Preis: Kritik am Bau, Artikelserie in der Monatszeitschrift Scheinschlag, Johannes Touché
3. Preis: Homosexualität im Alter, Harald Raabe, Redaktion Pro-Alter

#### HÖRFUNK

1. Preis: Tschernobyl, Redaktion Restrisiko, bermuda.funk, Freies Radio Rhein-Neckar
2. Preis: Cat Stevens – Der Terrorist, Karsten Blum, Ems-Vechte-Welle
3. Preis: PolizeiGesetzNovelle, Salon Rouge, Radio FSK Hamburg

## **Preisträger 2006**

### INTERNET

1. Preis: DieSeher. Filmfehler-Portal, Oliver Pauser und andere
2. Preis: Fairsharing. Kampagne für eine Kulturfltrate,  
Oliver Moldenhauer und andere
3. Preis: Nürtinger Stadtzeitung: Gia Ost und Marion Tichy

### HÖRFUNK

1. Preis: City Control – Soundtrack für die überwachte Stadt,  
Andreas March, Peter Ullrich, Rike Wegner, Redaktion  
Raumpatrouillen und Leipziger Kamera
2. Preis: Rezept der Woche, Alfred Görgens, Radio Tonkuhle  
Hildesheim
3. Preis: Ein Tag gegen die österreichische Staatslüge. Die wahren  
Opfer haben Namen! Herby Loitsch und Gudrun Schlosser,  
Radio ORANGE, Wien

## **Preisträger 2007**

### INTERNET

1. Preis: Holocaust-Chronologie, Knut Mellenthin
2. Preis: Kinderstrasse, Wolfgang Schlenker
3. Preis: Mut gegen rechte Gewalt, Stern und Amadeu Antonio  
Stiftung, Holger Kulick und Simone Rafael

Lobende Erwähnung: CeiberWeiber, Österreichs erstes  
Frauen-Onlinemagazin

### PRINTMEDIUM

1. Preis: Transit, Crossmediales Erinnerungsprojekt Testimon und  
Rijo Research, Gerhard Jochem, Daniele List,  
Sussane Rieger und Monika Wiedemann
2. Preis: roter reporter, Klaus H. Jann, Johannes Touche
3. Preis: Venceremos: Porträts zur anderen Globalisierung,  
Katharina Mouratidi



*Die Preisträger im Jahr 2007*

### **Preisträger 2008**

#### **PRINTMEDIUM**

1. Preis: Zeitungsprojekt Sul Serio, Berlin
2. Preis: Das letzte Familienfest, Reportage von Thorsten Mense, erschienen in der „Jungle World“

#### **INTERNET**

1. Preis: Minisprech, ein Projekt von Sabrina Tibourtine
2. Preis: [WWW.POT2NULL.DE](http://www.pot2null.de), ein Projekt von Annette Rueß und Katja Marjahn

#### **AUDIO / VIDEO**

Audiopreis: Radiofeature „Chicles, Cigarillos ... Kinderarbeit“  
von Georg Wimmer, Radiofabrik, Salzburg

Lobende Erwähnung Audio: „Welcome to Europe“,  
Radio F.R.E.I. Erfurt

Videopreis: „Pankahyttt“ – eine TV-Sendung auf dem  
partizipativen österreichischen Fernsehsender Okto

Lobende Erwähnung Video: „Nur einmal gut essen gehen“,  
ein Beitrag über Arm und Reich in Deutschland vom  
Nürnberger Medienladen e. V.

## Die Laudationes

**Zu jedem Preis gehört eine Preisrede, lateinisch: laudatio. Eine Auswahl der schönsten Laudationes.**

### LAUDATIONES HÖRFUNK

Laudatio auf Preisträger 2003, Sparte Hörfunk, 1. Preis

#### **Radio-Ballett, Gruppe Ligna**

Wirklich alternatives, überzeugend realisiertes Radio-Konzept. Bei den mehrstündigen Sendungen der Gruppe Ligna (Michael Hüners, Torsten Michaelsen, Ole Frahm) im Radio „Freies Sender Kombinat (FSK)“ liegt ein bereits im Ansatz alternatives Konzept zu Grunde. Radio soll bei bestimmten Anlässen und Gelegenheiten nicht allein den rezipierenden Hörer ansprechen, motivieren und überzeugen, sondern radiohörende Menschen unmittelbar und live zu einem bestimmten Verhalten anleiten. Ligna nennt das „Interventionistisches Radio“.

Für das „Radioballett“ im Mai 2002 wählte sich die Gruppe Ligna den Hamburger Hauptbahnhof und leitete die mit tragbaren Radios ausgestatteten Besucher, die der Aufforderung zum Kommen gefolgt waren, zu Bewegungen „in der Grauzone zwischen erlaubten, zwielichtigen und verbotenen Gesten“ an. Das Radioballett sollte „die zunehmende Privatisierung und Kontrollierung öffentlicher Räume thematisieren“ – eine Aktion, die nicht nur die am Bahnhof eingesetzte Polizei, den das Hausrecht wahrnehmenden BGS und private Sicherungsdienste ratlos machte, sondern auch die Hauptverwaltung der Deutschen Bahn AG, die mit einem Antrag auf Einstweilige Verfügung in zwei Instanzen erfolglos ein Verbot der angekündigten Aktion auf ihrem Gelände beantragt hatte.

Während das Radio-Ballett seine Wirkung am Ort des Geschehens nicht aus der dort eigentlich nur über die Kopfhörer der Beteiligten empfangenen Sendung bezog, sondern aus der durch die Radio-Anweisungen bewirkten geisterhaften Erscheinung, setzte das

„öffentliche Radiohören“ vor allem auf die durch Multiplikatoren verbreitete Sendung selbst. Das „Radiohören“ fand zehn Tage vor Weihnachten in Hamburger Haupt-Einkaufsstraßen statt und war eine erfinderisch gewählte erlaubnisfreie Form der politischen Demonstration, weil die rund 500 „Flaneure“ mit ihren auf die FSK-Sendung eingestellten und aufgedrehten Radiogeräten als Einzelne herumschlenderten („das Radio wurde so zu einem transportablen, zerstreuten Lautsprecherwagen“). Das Motto der Einladung hatte gelautet: „Kauft keinen Scheiß! Kauft Radios!!“

Dass Ligna mit beiden Versuchen, „Radio als Medium der Intervention zu nutzen“, erfolgreich war, lassen die Sendungsausschnitte erkennen. Ausdrücklich zu erwähnen und als Teil der prämierten Leistung zu würdigen sind die mitgeschickten ausführlichen Begleittexte zu beiden Sendungen. Ein Beitrag mit dem Titel „Zum Konzept interventionistischen Radiohörens“ analysiert anspruchsvoll und begrifflich durchdacht die Unterschiede zu bisher praktizierter „(inhaltlicher) Gegenöffentlichkeit und Bewegungradio“. Zitat: „Wenn sich im Konzept der Gegenöffentlichkeit deren politische Wirksamkeit außerhalb der Radiosendung entfalten soll, geht es im Konzept interventionistischer Öffentlichkeit darum, das Radiohören selbst politisch wirksam werden zu lassen.“

*Walther von La Roche, aus der Begründung der Jury*

Laudatio auf Preisträger 2005, Sparte Hörfunk, 2. Preis

### „Cat Stevens – Der Terrorist“

Alles wird schlimmer. Besonders der internationale Terrorismus. Schläfer können überall sein. Niemand weiß, wo und wann sie zuschlagen. Aber eins ist klar: Unsere Gesellschaft muss sich dagegen wehren. Lieber einmal zu oft zuschlagen, als einmal zu wenig. Das ist Krieg, da kann man sich keine Feinheiten leisten. Wir oder die. Wer Yussuf Islam heißt, hat Pech gehabt. Selbst schuld.

Yussuf Islam hieß früher mal Cat Stevens. Und dieses Cat Stevens hat uns jahrelang mit seinen Schnulzen gequält. Im Beitrag „Cat

Stevens – der Terrorist“ macht er aber plötzlich Spass, denn hier wird nicht Cat Stevens bestraft, sondern echte Folterer. Folterer, denen Menschenrechte zwischen Abu Gureib und Guantanamo Bay vollkommen egal sind. Und Sicherheitspolitiker, die allein aus dem Namen ein Bedrohungspotential ableiten.

Karsten Blum von der Ems-Vechte-Welle greift in seinem Beitrag den Tonfall und die Sprache derer auf, die uns angeblich schützen wollen. Er schlüpft kongenial in ihre Rolle, er ahnt ihren Tonfall nach, er wird einer von ihnen. Und er erklärt uns, dass Cat Stevens schon immer gefährlich war, dass seine Lieder von Anfang an kein anderes Ziel hatten, als das christliche Abendland zu attackieren und zerstören. Eine fulminante Hexenjagd, ein leichtes Schaudern, weil es so echt klingt, so CNN, so N-TV, so Becksteinig und Schönbohmic. Karsten Blum lässt in den sechs Minuten den neuen McCarthies die Hosen runter, er zeigt ihre Lächerlichkeit, die Dummheit ihrer Argumente und das Versagen der normalen Medien, das immer gleiche Terrorgeschwätz kritisch zu hinterfragen. Vor allem – er führt sie eben nicht als Bedrohung vor, wie sie es mit anderen tun, sondern als peinliche, lachhafte Witzfiguren. 6 Minuten, und man kann nur noch lachen über unsere Sicherheitsfetischisten. Dafür geht der Alternative Medienpreis 2005 in der Kategorie Hörfunk an Karsten Blum!

*Rainer Meyer, Aufbau-Verlag, New York*

Laudatio auf Preisträger 2006, Sparte Hörfunk, 3. Preis

**„Ein Tag gegen die österreichische Staatslüge. Die wahren Opfer haben Namen!“**

Unmittelbar nach der Machtergreifung der – sogenannten – blauschwarzen Koalition war ich als Reporter in Österreich. Nicht als irgendein Reporter. Nein, als Korrespondent einer jüdischen Zeitung von der amerikanischen Ostküste. Das waren die wilde Zeiten der internationalen Boykotte, und da habe ich sie alle persönlich kennen gelernt. Den Schlüssel mit seiner immer indifferenten Art. Den Haider, als er grad mal wieder zurückgetreten ist. Aber auch die Sozis,

die damals gerade den Skandal eines SS-Arztes an der Backe hatten. Die Benita Ferrero-Waldner, die sich dreist jedem an den Hals warf. Und alle, alle wollten sie nur eines verkünden: Wir in Österreich, wir sind ja gar keine Nazis, die hat es bei uns nie gegeben, wir sind nur die Opfer, erst vom Hitler und jetzt wieder von der Ostküste, schreibs des auf Herr Meyer und sagen sie es ihren Lesern bei den Juden, gei?

Ich war damals auch zu Besuch in dem Keller, in dem Radio Orange residierte. Nach einer Woche Wien war das wie das Erwachen aus einem Alptraum. Orange, das ist ein Ort der Rettung in der österreichischen Hölle zwischen Beisrassisten, mitleidserheischenden Politikdarstellern, feiger Berufsjournalle und dummdreisten ORF-Gedudel. Radio Orange hat uns Juroren diesmal nur ein kleines Bröckchen ihrer Arbeit schicken können. Ein paar Minuten aus einer sage und schreibe 24-stündigen Sondersendung zum Thema: Österreich und seine Opferrolle. Orange attackiert damit den zentralen Gründungsmythos des Landes, auf den sich die Politik so gern beruft, sie verweigern das nette Zuckerl für ein Land, das sich damit an der harten Realität vorbeilutscht. Eine Realität, mit dem man das Land konfrontieren muss, damit es aufwacht aus dem Koma von Walzertraum und Kronenzeitung, damit irgendwann den braunen Schreiberlingen, den Politikern, den Mitläufern und Wegschauern, wenn in Österreich mal wieder einer in Schubhaft erstickt oder bei einer Kontrolle erschossen wird, damit diesem übel irgendwann der Boden entzogen ist. 24 Stunden hat Orange gegen den Konsens der Republik angesendet, mal ernst, mal witzig, mal wütend und doch immer als Angebot an die Menschen, diesen entscheidenden Schritt zu tun, und nach fast 70 Jahren die Zeit der Lügen zu beenden. Da hat sich ein ganzer Sender ins Zeug gelegt, sie haben am Mikrofon geschuftet, sie haben gekämpft, das ist wirklich etwas, das ich meinen Lesern von der Ostküste erzählen kann, und das ist ein guter Grund für den Alternativen Medienpreis! Herzlichen Glückwunsch!

*Rainer Meyer, Redaktion „Aufbau“, New York*

Laudatio auf Preisträger 2006, Sparte Hörfunk, 2. Preis

**„Rezept der Woche“**

Der Alternative Medienpreis 2006 geht an Alfred Görgens von Radio Tonkuhle aus Hildesheim für das Rezept der Woche. Rezept der Woche – das hört sich schlicht an und wer es nicht kennt vermutet ein klassisches: Man nehme, mache dies, rühre hier und fertig ist ... Doch Alfred Görgens bestätigt uns, dass nicht nur das Auge, sondern auch das Ohr mitisst. Sein Rezept der Woche ist Kino für die Ohren. Wir lernen den Privatkoch kennen, einen träumenden Macho, der wie seine Detektivkollegen als „lonesome cowboy“ immer abgebrannt ist. Er kennt sein Revier Hildesheim wie seine Westentasche und hat – klar – eine Schwäche für schöne Frauen und eben gutes Essen.

Dramaturgisch geschickt bringt Alfred Görgens ein kleines Rezept in seiner Geschichte unter. So bekommt man hier z. B. Appetit auf Griesbrei in Variation. Getreu dem Motto „Viele Köche verderben den Brei“ arbeitet Alfred Görgens mit minimalen stilistischen Mittel. Eine tragende Stimme, sparsame Geräusche, eine einprägsame Melodie – fertig ist ein kleines Hörstück, das sich durch den ruhigen Fluss angenehm von akustischem Overkill im Privatradio abhebt. Viele wichtige Themen wurden in den Beiträgen für den Alternativen Medienpreis behandelt, aber wie sagte schon Brecht sehr richtig: Erst kommt das Fressen und dann die Moral!

Nachkochen kann man übrigens bedenkenlos – der Autor des Beitrags ist im wirklichen Leben Koch. Mahlzeit und herzlichen Glückwunsch!

*Kiki Schmidt*

Lobende Erwähnung 2008

**„Welcome to Europe“**

Willkommen in Europa, welcome to Europe – man vermutet hinter diesem Titel erst einmal eine konventionelle Reportage über unseren Kontinent. Tatsächlich aber hat der Autor anderes im Sinn; andere Inhalte und andere Stilmittel. Die vermeintliche Reportage entpuppt

sich schnell als eine kunstvolle Klangcollage, begleitet von (meistens) englischen Texten. O-Töne und Atmosphäre verdichten sich zu einem Hörerlebnis, das darauf verzichten kann, mit den vermeintlich üblichen Stilmitteln des modernen Radios auszukommen: keine Musikbetten, keine fantasielose Aneinanderreihung von Sprechertexten und O-Tönen. Stattdessen ein Stück, bei dem es sich lohnt, auch zwischen den Zeilen – oder besser: zwischen den Tönen – mitzuhören. Das reicht im übrigen völlig aus: Es genügen zwei Sätze und ein wenig Atmo, um den Unterschied zu kontrastieren zwischen dem Land/den Ländern, das sich Zuwanderer/Gäste möglicherweise von Europa als archetypisch erwarten. Und dem, was sie erwartet, wenn sie an die unwirtlichen Außengrenzen kommen, vor allem dann, wenn sie nicht als erwünschte Touristen kommen.

Das Stück verzichtet dabei aber jederzeit auf erhobene Zeigefinger, auf Betroffenheitsrhetorik und Moralisiertes. Statt dessen lässt es einen angenehmen interpretatorischen Freiraum – einen, der es lohnend macht, „Welcome to Europe“ ins digitale Archiv zu legen und immer wieder zu hören.

*Christian Jakubetz*

## LAUDATIONES INTERNET

Laudatio auf Preisträger 2001, Sparte Internet, 3. Preis (2) für  
WWW.FRAUENNEWS.DE

**Eine engagierte Frau**

Wie das ist, Netzpionierin zu sein: Jana Arakeljan hat es erlebt. Ihre Site war Ziel von Viren-Attacken und Hack-Versuchen; allesamt Angriffe von rechts. Denn ein Schwerpunkt der „Frauennews“ liegt auf Informationen und Buchtipps zu „Frauen im Dritten Reich“. Mit mehr als 500 Titeln ist die Bücherliste, die Jana Arakeljan zusammengestellt hat, eine der umfassendsten zu diesem Thema.

Frauen im Netz gibt es zwar seit den achtziger Jahren. Doch waren Rena Tangens beim Chaos Computer Club, Kerstin Freund beim Z-Netz oder Gabriele Hooffacker beim CL-Netz, jeweils in zentralen Rollen, eher die Ausnahme in den sonst von Männern dominierten Netzen. Anfang der Neunziger Jahre entstanden Frauen-Netzwerke wie „Femnet“ oder WOMAN – davon ist fast nichts übrig geblieben. Um so erfreulicher, dass das Thema Frauen-Vernetzung auf den Seiten der „Frauennews“ eine dauerhafte Heimstatt gefunden hat. Mit der Auszeichnung ist ein Wunsch der Jury verbunden: nämlich, einen Teil des Preisgelds in eine gute Web-Designerin zu investieren, die Navigation und Layout der Seiten optimiert. Seit 1996 gibt es die Frauennews inzwischen. Jana Arakeljan betreibt sie allein und ehrenamtlich, sie sind, wie sie in ihrer Selbstdarstellung schreibt, „meine Freude und auch mein Ruin“. Das wollen wir nicht hoffen – der dritte Preis für die Frauennews soll diese informativen Seiten fördern und unterstützen.  
*Rena Tangens*

Laudatio auf Preisträger 2001, Sparte Internet, 2. Preis (2) für  
WWW.LANOURNET.DE

**Solidarität im Computerzeitalter**

Wenn es das Labournet nicht gäbe, müsste man es erfinden. Während mancherorts Betriebsräte und Gewerkschafter noch mit den Mitteln

von vorgestern arbeiten, hat die Arbeitgeberseite längst technisch aufgerüstet. Doch sie hat die Rechnung ohne das Labournet Germany gemacht. Denn Mag Wompe und Dave Hollis vom Labournet haben sich schon vor einigen Jahren gedacht: „Computerkommunikation war für die Arbeitgeber ein äußerst wichtiger Bestandteil des Globalisierungsprozesses. Wir sind überzeugt,“ – so die beiden Labournet-Gründer – „der Macht der multinationalen Konzerne nur gegenüberzutreten zu können, wenn wir diese Technologie voll ausnutzen. Die Arbeiterbewegung wurde auf der Tradition von Organisation und Solidarität aufgebaut. LabourNet Germany hat zum Ziel, diese Tradition aufs Computerzeitalter zu übertragen.“

Auf ihrer Internetseite versuchen sie

- möglichst schnell über Arbeitskämpfe zu berichten,
- Belegschaftszeitungen und Flugblätter zu verbreiten,
- eine breite Diskussion über Arbeitsbedingungen, Kampfmöglichkeiten und Gewerkschaftsstrategien anzuregen,
- eine Vernetzung der Betroffenen zu initiieren.

In erster Linie macht das Labournet Termine und Aktionen bekannt, die sonst wenig oder kein Gehör in den Medien finden. „Solidaritätsarbeit“ und „Informationsarbeit“ nennen die beiden Initiatoren das. Doch das ist nicht alles. Ihre Veröffentlichungen sollen die Surfer ermutigen, selbst aktiv zu werden. „Wir hoffen, dass mehr daraus entwickelt wird: z. B. Informationsaustausch, Zusammenarbeit, Meinungsaustausch oder sogar Nachahmung gelungener Aktionen.“ Hier steht, wenn der Bundeskanzler (am 20. April 2001) zum „Sprücheklopfer der Monats“ ernannt wird, hier kann man Muster-Flugblätter herunterladen (Motto: „Wer Arbeit will, findet auch welche“), oder Vorlagen für Info-Tafeln „Argumente gegen Vorurteile. Link zu 8 Vorlagen zum Hochkopieren und Gestalten von Info-Stellwänden“. Gute Link-Sammlungen gibt es zu Adressen und Hilfen für Erwerbslose im Internet, z. B. [WWW.ERWERBSLOS.DE](http://WWW.ERWERBSLOS.DE). Gute Links gibt es auch zu Themen rund um Arbeit, Arbeitslosigkeit, Gewerkschaft, Sozialversicherung usw., und eine sehr aktuelle und informative Termin-Seite.

Labournet informiert „aus den Branchen“, z. B. der Automobilindustrie, und zu den einzelnen Konzernen. Vom journalistischen her positiv zu bewerten sind die Quellenangaben, woher die jeweiligen Informationen stammen, meist „mit Links“. Ein Beispiel aus Nürnberg: Wenn die Buchhandlung Gondrom bundesweit drei Filialen schließt und die Nürnberger Niederlassung alle Mitarbeiter entlässt, dann dokumentiert das das Labournet nicht nur. Hier gibt es Adressen für Solierklärungen und Proteste und schließlich entsteht eine ganze Chronologie eines solchen Falls. Labournet veröffentlicht der Pressemitteilungen der entlassenen Mitarbeiter und richtet Soli-Seiten ein. Sogar Musik der Gruppe Chumbawamba zum Herunterladen gibt es unter dem Punkt „Gewerkschaften und die neuen alten Rechten“. Hier wird also nicht gejamert, sondern man findet Aktionsbeispiele und Unterstützung für die politische Arbeit.

*Gabriele Hooffacker / Rena Tangens*

Laudatio auf Preisträger 2001, Sparte Internet, 3. Preis (1)

### **Die ultimative Müllseite**

Was die Müllabfuhr für eine Stadt vollbringt, das macht die Müllseite für das deutschsprachige Internet. Die Müllseite beschickt eine Sondermüll-Zentraldeponie für Netzbeschmutzungen jeden Kalibers. Viele Kriterien sind es, die ein Webangebot würdig erscheinen lassen, in den erlauchten Kreis der Müllseite-Verlinkten aufrücken zu lassen, ich zitiere:

- wohltuende Bescheidenheit der Ideen
- Mut zur unfreiwilligen Komik
- unbedingten Verzicht auf Inhalte, die irgendeinen Besucher womöglich geistig überfordern könnten
- ungebremste Selbstdarstellungskraft
- Großzügigkeit im Umgang mit den Regeln der Grammatik, des Satzbaus und der Orthographie
- Sinnabstinez beim Einsatz neuester technischer Mittel
- Enthaltensamkeit gegenüber ästhetischen Grundprinzipien

- Courage im Umgang mit rudimentär vorhandenen HTML-Kenntnissen.

Unter den solcherart angeprangerten Seiten befinden sich die Web-Angebote von Familien und Privatpersonen mit der Aussage „wir sind auch im Netz“, Seiten von Spielmäzzen und entsprungenen Psychiatriepatienten mit der Aussage „kuck’ mal, wie toll ich bin und was ich alles kann!“, aber auch Seiten von Unternehmen, die ihr Angebot durchaus ernst meinen und – besonders ulkig – Seiten von Leuten, die sich für Vollprofis halten, aber schon an Rechtschreibung und HTML-Syntax scheitern.

All diese Absonderlichkeiten finden sich hier nett kommentiert, chronologisch sortiert nach ihrem Auffindungszeitpunkt.

Etwas Wichtiges zeigt die Müllseite sehr treffend: Das Internet kann nicht nur Informationen übertragen, sondern auch ein breites Spektrum emotionaler Regungen auslösen. Betretenes Schweigen, brüllendes Lachen, fassungsloses Kopfschütteln und entsetztes Schließen der Augen sind nur einige der Reaktionen, die die gesammelten Seiten bei mir hervorriefen. Und es wird wirklich allerhand angeboten in den Abgründen des guten Geschmacks.

Hintergrundsounds, die sich prima zum Paralisieren gefährlicher Hunde eignen würden, erschallen ungefragt aus den Lautsprecherboxen unschuldiger Surfer. Grausigste Farbspielereien lassen Monitore implodieren und Brillengläser beschlagen. Hektisch zuckend, hopsen alberne Animationen über die Bildschirme entsetzter Betrachter. Aber wir sind nicht allein. Die Müllseite steht uns bei. Und wenn ich einem Müllseiten-Link folge und auf der angelinkten Seite den in Bits geronnenen Schrei lesen darf: „irgendson idiot hat unsare Seiddee bei der Müllseite angemeldet!!“, dann ist dies ein Schrei, den ich gerne höre.

Danke, Müllseite! Danke, dass es dich gibt.

*Sven Mainka*

Laudatio auf Preisträger 2002, Sparte Internet, 1. Preis

### **Dotcomtod**

Wenn es keinen anderen Weg gibt, kritische Informationen an die Öffentlichkeit zu bringen, dann bleibt nur noch das Internet als offen angelegtes Medium. Die weichgespülten Zahlen und Berichte in den offiziellen Statements der Firmen erinnern einfach zu fatal an die legendäre Musikkapelle auf der sinkenden Titanic. Dotcomtod spielt hingegen bewusst das Lied vom Tod. Ohne Schnörkel, ohne Zensur.

Das liest sich ganz aktuell so: Boo, bereitgestellt am 22.04.02 über die geplanten Entlassungen bei Ericsson: „Ist schon komisch, kaum hat Nokia mal nicht die gewohnte super-positive sondern eine nur positive Ankündigung, da finden sich beim Wettbewerb plötzlich Leichen im Keller, die zuvor keiner gerochen hat: Ericsson will nach den andauernden Verlusten im Mobilfunk-Geschäft zusätzliches Kapital in Höhe von 13 Milliarden Kronen durch Aktienemissionen beschaffen. Aktien laufen aber momentan mies, insbesondere die von Ericsson. Trendwende aufwärts ist ebenfalls nicht in Sicht. Wie soll das funktionieren? – Na ganz klar: Leute feuern, das hilft immer – 10.000 schon dieses Jahr, noch mal 10.000 in 2003. Die kaufen dann aber kein Handy mehr – oder höchstens eins von Nokia.“

Wen wundert, dass die potenziellen Pleitiers schäumen, weil die potenziell Betrogenen die Informationspolitik selber in die Hand nehmen? Doch wenn die Hyänen schon die Witterung aufgenommen haben, sollen sie wenigstens einen zerzausten Vorstand und keine ahnungslosen Mitarbeiter vorfinden, sagen sich die User von Dotcomtod. Die Angestellten haben sich hoffentlich schon vorher selbst aus dem Staub gemacht oder dafür gesorgt, dass der Vorstand geht. Schließlich fängt der Fisch am Kopf zu stinken an. Dotcomtod sorgt für Information von unten in bester alternativer Tradition und gewitzter Hase-und-Igel-Manier: Wenn die großen, schwerfälligen Medien außer Atem zur Berichterstattung über einen neuen Scherbenhaufen des Neuen Marktes laufen, steht Dotcomtod schon lässig da und sagt: „Ich bin schon da!“ – Es ist zu wünschen, dass Dotcom-

tod noch lange als Korrektiv unserer schönen neuen Wirtschaftswelt da sein wird.

*Sven Mainka / Bettina Schubarth*

Laudatio auf Preisträger 2003, Sparte Internet, 3. Preis

### **bsk-ev.de**

Es ist schon seltsam, dass jemand eine Auszeichnung bekommt, weil er oder sie einfach nur etwas richtig macht. Unser Dritter Preis geht an den BSK e.V. Der BSK (Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter) ist eine bundesweit wirkende Selbsthilfevereinigung, die sich als Interessenvertretung von Menschen mit Körperbehinderung versteht. Klar, da muss auch eine Website her. Und der BSK hat nicht nur das Äquivalent einer selbstausgedruckten Visitenkarte mit Abreißperforation im Netz, sondern einen richtigen hübschen Prospekt. Und ein kleiner Button findet sich auf der sparsam farbigen Einstiegsseite: „Barrierefreies Webdesign mit Niveau“.

Ja, der BSK, der den „Planungsberater für barrierefreies Bauen und Wohnen“ herausgibt, der seit vielen Jahren die Pflichtlektüre für Architekten und private Häusle(um-)bauer ist, hat auch seine Website barrierefrei bauen lassen. Und da ist endlich umgesetzt, was auch das W<sub>3</sub>C „World Wide Web Consortium“ seit langem fordert: Auch für Menschen mit Behinderungen müssen die Informationsangebote des WWW zugänglich sein. Also Menschen, die blind oder schwer sehbehindert sind und auf eine Braille-Zeile oder Vorlesegerät angewiesen sind. Oder Menschen, die keine Töne hören können oder so schwer motorisch gestört sind, dass sie besondere Geräte benötigen, um an der Netzkommunikation teilnehmen zu können. Barrierefreies WWW kann bedeuten, dass in den Alltag von behinderten Menschen, also Menschen, die *besondere* Fähigkeiten haben, ein weiteres Stück Freiheit hineinströmen kann.

Bilder und Animationen können mit ALT-Attributen beschrieben werden. Bei Image-Maps können benutzerseitige Map-Elemente und Texte für Hotspots benutzt werden. Wenn Multimediakrempel

unbedingt notwendig sein sollte, lassen sich Untertitel und Transkriptionen anfertigen – Videofilme können zusätzlich mit Audio-Deskriptionen versehen sein.

Link-Texte sollen selbsterklärend sein. „Hier klicken“ als Linktext wirkt gedankenlos und unhöflich. Ein klar strukturierter Aufbau der Site und Seite nützt auch Menschen ohne Behinderungen – und wenn CSS (Cascade Style Sheets) verwendet werden, ist das ganz besonders toll. Diagramme sollen im Fließtext beschrieben werden. Wer auf Skripte, applets und plugins nicht verzichten möchte, sollte Alternativen verfügbar machen. Für Rahmen verwende noframes und verständliche Titel; Tabellen sollen Zeile für Zeile lesbar sein, Inhalte zusammengefasst werden.

Das kleine scheckkartengroße Merk-Kärtchen, das von der „Web Accessibility Initiative“ herausgegeben wird, empfiehlt, jede so gebaute Seite zu validieren. Dazu finden sich Software und Richtlinien unter [HTTP://WWW.W3.ORG/TR/WCAG](http://www.w3.org/TR/WCAG). Mir bleibt an dieser Stelle zu sagen, dass ich mich freue, euch und eurem Webdesigner ein Dankeschön für euer gutes Beispiel auszusprechen. Und euch diesen Preis überreichen zu dürfen.

*padeluum*

Laudatio auf Preisträger 2003, Sparte Internet, 2. Preis

**zyn.de**

Mit den Satireproduzenten ist das ja so 'ne Sache. Einerseits zeichnen sich die führenden Vertreter dieser Lebensform durch eine luzide Weltsicht aus. Schaut man sich die bekanntesten Satireprojekte, die es im deutschen Internet gibt, mal etwas genauer an, lässt sich eine weitere Gemeinsamkeit aber auch nicht übersehen. Nämlich, dass der ungebrochene Glaube an die eigene Großartigkeit zum festen Repertoire gehört. Was, wie gesagt, allerdings absolut branchentypisch ist. Und deshalb kann man gar nicht mal richtig böse sein, wenn zyn sich in aller Öffentlichkeit als „das einzige deutsche Satiremagazin“ feiert.

Eine Laudatio auf zyn zu halten, ist aber trotzdem nicht ganz ungefährlich. Zum einen, weil der Alternative Medienpreis von einer Jury zuerkannt wird, und der natürliche Feind der Satire bekanntlich jede Jury ist, die Satire zu bewerten hat. Üblicherweise wird bei Preisverleihungen aber auch eine ganze Litanei von Verdiensten und Superlativen erwartet. Vom Objekt der Ehrung übrigens erfahrungsgemäß am allermeisten. Wie sich aber verhalten, wenn man es mit einem Produkt zu tun hat, das sich durch Parolen wie „Gnade bringt uns nicht weiter“ positioniert? Da stellt sich natürlich schon die Frage nach der angemessenen Form. Und sei es nur deshalb, weil mit dem Vorwurf zu rechnen ist, sich durch lobende Worte einschleimen zu wollen.

Versuchen wir mit aller Vorsicht aber trotzdem mal so etwas wie eine Würdigung. Zyn kann mittlerweile auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Für jeden Kaninchenzüchterverein eher ein unspektakulärer Zeitabschnitt. Für ein Internetprojekt aber geradezu ein biblisches Alter. Und zwar zumal dann, wenn dieses Projekt nicht durch die Knute von Honorarzahungen zusammengehalten wird.

Wie es bei zyn gelungen ist, einen redaktionellen Stamm von 60 Personen aufzubauen und bei der Stange zu halten, gehört zu den großen Mysterien der Neuzeit. In keinem Internetsatireprojekt, das im letzten Jahrzehnt an den Start gegangen, ist es jemals zu einer derartigen Zusammenrottung von Individuen gekommen. Wenn man dann noch bedenkt, dass das Einzelkämpfertum gerade in dieser Branche sehr weit verbreitet ist, kann es im Fall von zyn eigentlich nur zwei Erklärungen geben: Entweder hat das eine diktatorische Binnenstruktur möglich gemacht oder eine massive Dauerbegleitung der Teamprozesse durch einen ganzen Trupp von Psychologen, Mediatoren, Unfallärzten und anderen Krisenreaktionskräften.

Obwohl bereits im Internetgreisenalter, ist zyn immer noch schnell und treffsicher. Es lässt sich bestimmt heute noch darüber streiten, ob es vor ein paar Jahren unbedingt des praktischen Beweises bedurfte, wie viele Leute sich sofort für die Unfallbilder einer

verblichenen britischen Prinzessin interessieren. Atemberaubende Reaktionsgeschwindigkeit ist aktuell aber auch wieder beim Irak-Krieg bewiesen worden. Und Punktgenauigkeit noch dazu. Oder wie ist es sonst zu bewerten, dass unter eindeutigen Beweisen für die Existenz von Massenvernichtungswaffen erstens eine Powerpoint-Präsentation vor dem UN-Sicherheitsrat und zweitens entsprechende US-Lieferscheine zu verstehen sind? Und schließlich ist natürlich noch festzuhalten, dass *zyn* nach wie vor der Versuchung widersteht, auch im Print-Bereich nach allen Seiten auszuteilen. Eine Selbstbeschränkung, die angesichts des freimütig eingestandenen Strebens nach der Weltherrschaft auf den ersten Blick gar nicht so recht einleuchten will. Tatsächlich jedoch der endgültige Beweis, dass zwischen Zynismus und Realitätssinn eine logische Verbindung besteht. Und auch dafür setzt es heute einen Preis.

*Jürgen Graf*

Laudatio auf Preisträger 2003, Sparte Internet, 1. Preis

### **politik-digital.de**

Das soll funktionieren: mit Informationen rund um das Thema Internet und Politik bekannt werden und das auch noch finanzieren zu können? Ein Team aus Politikwissenschaftlern, Journalisten und Technikern macht vor, wie es geht. Politik-digital heißt das Online-Angebot, das sich so positiv von vielen Politik-Angeboten im Web abhebt, dass es die Internet-Jury des Alternativen Medienpreises nahezu einstimmig auf Platz 1 gesetzt hat. „Wir wollen durch High-End-Journalismus überzeugen“, hat vor einiger Zeit einer der Gründer von politikdigital.de, Peer-Arne Böttcher, in einem Interview mir gegenüber das Konzept beschrieben. „Politisch sind wir neutral“, haben die pol-di-Macher von Anfang an betont. Auf politikdigital.de ist das Ergebnis täglich zu überprüfen: Veröffentlicht werden vor allem Essays, Interviews und Hintergrundberichte, fünf bis zehn Stück pro Woche. Bekannt wurde das Team mit den Webseiten zum Mega-Wahljahr 1998 unter der Adresse [WWW.WAHLKAMPF98.DE](http://WWW.WAHLKAMPF98.DE).

„Irgendwann stellten wir fest, dass wir rund 7000 Stunden in wahlkampf98.de investiert hatten“, erinnert sich Peer-Arne Böttcher. „Da fingen wir an, zu überlegen, wie wir das Ziel, regelmäßig guten Journalismus zu liefern, effektiver erreichen können“. Dazu gehören vor allem die richtigen Partner. Im Vorstand vom Trägerverein „pol-di“ sitzen beispielsweise der Politikwissenschaftler Christoph Bieber; im Kuratorium der Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar oder die Politikwissenschaftler Hans Kleinsteuber und Claus Leggewie. Partnerschaften sorgen auch für die Finanzierung, so diejenige mit tageschau.de, der Bundeszentrale für politische Bildung, der Bertelsmann-Stiftung sowie mit zwei Multimedia-Agenturen.

Zu den Politik-digital-Autoren zählen u. a. Prof. Dr. Herbert Kubicek, Universität Bremen, oder Jörg Tauss, Mitglied des Bundestages (SPD). Aber es gibt auch unfreiwillige Autoren auf politik-digital.de. Zum letzten Wahlkampf wurde dort ein „Phrasendrescher“ installiert. Dort kann man auswählen, welchen Anteil die eigene Lieblings- oder Hass-Partei haben soll, auf einen Button namens „bla“ klicken, und schon spuckt der virtuelle Politiker Zitate aus wie ein echter, wahlweise als „Biertisch-Rede“, „betrunken“ oder einfach als „TV-Interview“. Der Witz dabei: Die Zitate stammen alle aus wirklichen Texten echter Politiker zum Bundestagswahlkampf 2002. Und so hört sich das dann an: (SPD) „Wir wollen eine umfassende Bildungsreform zusammen mit allen Beteiligten verwirklichen. Ziele dieser Reform sind mehr Leistung und mehr Chancengleichheit, die Gleichwertigkeit aller Bildungsgänge und das Prinzip Förderung statt Auslese.“ (Grüne) „Die Binnenschifffahrt als Massentransportmittel ist dann eine umweltverträgliche Alternative zum Straßenverkehr, wenn die Schiffe den Flüssen angepasst werden – und nicht umgekehrt.“ (CDU/FDP): „Angesichts dieser Herausforderungen stehen wir in der Pflicht, die sozialen Sicherungssysteme zu reformieren, um sie stabil zu halten. Das Ziel muss sein, (und ab hier beginnt die FDP) dass für die Preisbildung in der EU Angebot und Nachfrage entscheidend sind.“ Und das stammt alles aus Originalzitaten.

Was die Politiker selbst so sagen, klingt auch nicht viel anders. In einem von politik-digital.de organisierten Chat antwortet Angela Merkel 2003 auf die Frage eines Users: „Liebe Frau Merkel, wie würden Sie die Arbeitslosigkeit bekämpfen?“ so: „Abbau von Bürokratie und starren Regelungen, um damit die Konjunktur anzukurbeln. Aus Wachstum entstehen auch wieder mehr Einnahmen, und nur so nimmt die Neuverschuldung ab.“ Schöner hätte es auch der Phrasendrescher nicht sagen können. Wenn Sie jetzt neugierig geworden sind: Im regelmäßigen Chat, den politik-digital.de zusammen mit tageschau.de veranstaltet, sind demnächst Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (am 12. Mai) und Herrmann Otto Solms, FDP-Finanzpolitiker, (am 22. Mai) zu Gast. ComputerBild (!) hat über politik-digital.de geschrieben: „Auch wenn sich gerade keine hohen Tiere blicken lassen, lohnt sich der Besuch“. Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

*Gabriele Hooffacker*

Laudatio auf Preisträger 2004, Sparte Internet, 2. Preis  
**literaturcafe.de**

Wenn man das Literatur-Café so ansieht, ahnt man gar nicht, wie alt es schon ist, gemessen an Internet Jahren. Denn das Literatur-Café hat im Juni 1996 eröffnet und bereits zwei Monate später erste urkundliche Erwähnung.

Das Café entstand zu einer Zeit, als eilig in Krawatten geschlungene Jung-Business-Manager nur sagen konnten „Was ist Dein Business-Plan“ und „Ihr braucht ein Mission Statement“. Unbeeindruckt von den Protagonisten des B2B, B2C und A nach B setzte Café-Betreiber Wolfgang Tischer ein einfaches Konzept um: Literatur im Web präsentieren. Die Internet-Kultur-Zeitschrift pl@net erfreute sich damals am „feinen Design“ und der „guten Menüstruktur“ des Literatur-Café. Der Autor sah damals virtuellen Zigarettenqualm von Gitanes Mais, ein Gläschen Rotwein, einen Leser, der ab und an bedächtig in die Ferne blickt ...

„Nur die Inhalte fehlen,“ nölte der pl@net-Schreiber. Das hat sich geändert. Nach und nach etablierte sich das Literatur-Café zum eigenständigen Kultur-Betrieb. Weit abseits des Internet-Booms. Es bot – und bietet – Autorinnen und Autoren jeglicher Herkunft und jeglicher literarischer Ambition Gelegenheit, ihre Werke zu veröffentlichen. Von der Kurzgeschichte über das Gedicht bis hin zum Roman. Doch nicht nur die Präsentation hochgeistiger Literatur gibt es im Café. Hinzu kommen Workshops für angehende Literatinnen und Literaten, humorige Seitenhiebe auf die deutsche Rechtschreibung, Warnungen vor dubiosen Verlagen oder herbe Buchkritiken.

Das Café achtet auf die Sprache und auf Qualität. Nicht jeder Text schafft es auf den Server. Bitter für den Autoren, gut für die Site. Denn solche Qualitätskontrolle tut gut in Zeiten, da sich jeder in Ciao.com, Doyoo.de oder in „blabla bäbä“ frei dem Blubberquark hingibt. In Zeiten, da Zeitschriften und Fernsehen von Recycling und Oberflächlichkeit leben, in solchen Zeiten tut es wohl, wenn eine Website ihr Niveau hält. Wenn eine Website ihre Ansprüche nicht der Sucht nach mehr und mehr Visits opfert.

A propos Visits: Da steht das Café nicht einmal schlecht da. 5000 Besucher schauen täglich herein. Wie viele Texte online sind, kann man kaum nachzählen. So um die 1.000 schätzt Wolfgang Tischer. Da hat man eine Menge Zeit zum Stöbern und zum Lesen. Und vielleicht steht dabei auch ein Glas Rotwein neben der Tastatur. Eine Gitane Mais allerdings würde ich dazu nicht empfehlen. Das Zeug kratzt ganz schön im Hals. Seit 1996 hat sich eine Menge getan im Internet. Das Literatur-Café ist noch da. Es ist beständig, präsent, unterhaltsam, humorvoll, kulturtreibend und literarisch. Und es ist ein verdienter Medienpreisträger.

Herzlichen Glückwunsch.

*Martin Goldmann*

Laudatio auf Preisträger 2004, Sparte Internet, 1. Preis

**morgenwelt.de**

Die meisten Online-Medien der 90er Jahre, die etwas taugten, waren ihrer Zeit so weit voraus, dass sie starben, bevor die Welt ihre wahre Größe erkannte. Das Online-Magazin Morgenwelt ist eine Ausnahme. Es ist nach einem big sleep in diesem Jahr wiederauferstanden.

1996 vom damaligen NDR-Journalisten Volker Lange gegründet, hat sich das Wissensmagazin schnell in die Herzen der Netznutzer geschlichen ...

... weil die Morgenwelt-Autoren in aller Regel professionelle Journalisten sind, die ihr Handwerk verstehen. Im Online-Journalismus ist das nicht selbstverständlich.

... weil Morgenwelt-Beiträge oft einen authentischen Tonfall haben (der wiederum im Wissenschaftsjournalismus nicht selbstverständlich ist): Die Autoren wissen, wovon sie schreiben. Sie sind in vielen Fällen vor Ort gewesen, und sie können erklären, was sie gesehen haben.

... weil Morgenwelt-Beiträge oft einen originellen Ansatz haben – wie zum Beispiel jener über die Historie der Anatomie, verknüpft mit der Geschichte der Mathematik (er ging gerade online, als ich diese Laudatio schrieb)

... weil die Plattitüde, „über den Tellerrand hinauszuschauen“, von diesem Medium erfüllt wird: Morgenwelt berichtet nicht nur aus den USA und Großbritannien, sondern auch aus Polen, Singapur oder Südafrika.

Die meisten Online-Medien, die etwas taugen, basieren bis heute auf einem gewissen Maß von Selbstausschöpfung – gerade dann, wenn sie echtes Geld verdienen. Als ich Volker Lange 1997 zum ersten Mal traf, hat mich sein unsittlicher Antrag nicht sonderlich betört: Ob ich seinem neuen Magazin nicht ein oder zwei meiner Beiträge kostenlos zur Verfügung stellen wolle? Ich lehnte ab. Nicht etwa, weil ich das Projekt schlecht fand – das Angebot war damals (wie heute) konkurrenzlos, und manche Größen des Wissenschaftsjournalismus publi-

zierten dort. Mir erschien es aber irgendwie unprofessionell und allzu selbstausbeuterisch, meine Arbeit kostenlos anzubieten.

Mittlerweile weiß ich es besser – mit dem Vertrauensvorschuss der Autoren kamen bald die Aufträge. Das Morgenwelt-Team produzierte Nachrichten für den WDR oder Scientific American, für die Online-Angebote von Tageszeitungen und Magazinen – oder auch für BASF. Bald fand sich eine Stiftung, die sogar eine englischsprachige Version von Morgenwelt finanzierte – „futureframe“. Immer aber blieb Morgenwelt ein Liebhaber-Projekt: über taz-übliche Honorare sollen die Einkünfte der Redaktion nie hinausgegangen sein. Nach solcher Blüte kam der Kollaps. Die Neue Ökonomie verschwand, mit ihr der Glaube an Qualitätsmedien im Netz. Das Projekt Morgenwelt, das immer nur so viel Geld ausgab, wie es zuvor eingenommen hatte, wurde rechtzeitig geschlossen. Diesen Schritt habe ich damals sehr bewundert.

Ebenso wie den Schritt, Morgenwelt wieder auferstehen zu lassen. Seit Januar 2004 arbeitet die Redaktion wieder, und schon ist es fast so, als hätte sie niemals geschlafen. Ich bin sehr stolz darauf, einer Jury anzugehören, die Morgenwelt einen Preis verleihen darf – auch wenn ich mich der Stimme enthalten musste, weil ich meine dämlichen Dünkel überwunden und erst kürzlich etwas darin publiziert habe.

Die besten Preisverleihungen sind nämlich eine Win-Win-Situation: Der Preis ehrt die Preisträger. Aber ebenso darf sich der Preis geehrt fühlen, wenn er solche Preisträger gefunden hat.

*Jochen Wegner*

Laudatio auf Preisträger 2005, Sparte Internet, 3. Preis

### **oekonews.at**

oekonews.at ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert und preiswürdig:

1. Das Themenspektrum ist im wahrsten Sinne des Wortes „alternativ“: Es geht ausschließlich um erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit. Auch wenn sich die Website „Tageszeitung“ nennt, ist sie

weit entfernt von einer klassischen Tageszeitung. Alleine die Ressortnamen lesen sich schon spannend: Bioenergie heißt es da zum Beispiel, solares Bauen oder nachhaltige Fortbewegung. Diese Themen verschwinden meist sehr schnell wieder von der Agenda der Massenmedien (wenn sie denn überhaupt einmal auftauchen) oder sie werden in die Ratgeber-Ecken verbannt. Es tut gut, ein professionelles Medium im Netz zu finden, das diese Themen regelmäßig pflegt und politische, ökonomische und soziale Zusammenhänge herstellt.

2. Design, Usability und Content Management sind für ein Non-Profit-Projekt ausgesprochen professionell.
3. Die ursprüngliche Idee zu diesem Projekt war eine Vernetzung aller Energievereine, Stammtische und Öko-Unternehmen mit Auflistung diverser Veranstaltungstermine. Dieser Vernetzungscharakter blieb erhalten – und damit nutzt die Website den interaktiven Charakter des Internet, der gerade im alternativen Medienbereich enorme Vorteile bietet.

Höchstwahrscheinlich gibt es noch weitere Gründe, oekonews.at für preiswürdig zu halten. Davon zeugt zumindest die imposante Auflistung von bisher erhaltenen Preisen: Der „Umweltjournalistenpreis“ ist dabei oder der „österreichische Solarpreis“ – und jetzt auch der „Alternative Medienpreis“. Meine Gratulation!

*Klaus Meier, Hochschule Darmstadt*

Laudatio auf Preisträger 2005, Sparte Internet, 1. Preis

### **tunespoon.tv**

Das Konzept, qualitative Musikvideos ohne nervige Klingeltöne, Datinglines oder Moderatorenblabla zu senden, ist aufgegangen. Es hat zumindest für den Gewinn des Alternativen Medienpreises gereicht.

Naja, eigentlich sollen Projekte von Studierenden ja den Projekten da draußen, in der richtigen Welt nicht die Preise wegnehmen. Aber wer eine Alternative zu den Berieselungen und Nervungen von

MTViva bietet, hat dann doch schon mal verdient, dass eine geregelte Ausnahme gemacht wird.

Also. Eigentlich ist das alles ganz einfach. Wenn Madonna und Michael Jackson ein neues Video gemacht haben, und MTViva das einfach nicht senden will, weil die mehr Independent und Underground und weniger Mainstream senden wollen, dann können Michael und Madonna ihr Video bei Tunespoon einreichen. Und da kommt's dann in die Rotation und wird gesendet. Empfangen können wir das – aber das haben Sie sicher schon erraten – mit unserem Webbrowser auf dem Rechner. Abspeichern und später angucken können wir die Videos nicht. Denn die sollen ja später auch noch gekauft werden. Denn die Musikerinnen und Musiker müssen ja schließlich auch was zum Abbeißen haben. Deswegen gibt's auch Infos zum Anklicken bei Tunespoon. Und manchmal einen direkten Bestelllink zu Amazon. Interessant auch die Zusammenarbeit mit Tonspion.de. Diese Website sammelt seit 5 Jahren Links zu kostenlos downloadbaren MP3-Musikstücken. Sie stellen nun Musikvideos zusammen und senden sie über Tunespoon. Und hier lassen sich dann auch direkt die entsprechenden MP3s runterladen.

Toll. Nur verdienen dran tun die Künstler nichts und haben nichts zum Abbeißen. Deshalb sollten Tunespoon das Preisgeld nur zur Hälfte verfeiern. Die andere Hälfte sollten unsere glücklichen Preisträger/-innen an die Fairsharing-Kampagne spenden. Die setzt sich für eine Kultur-Flatrate ein, die Künstler für das, was Konsumenten runterladen, entlohnt. Auf Fairsharing.de könntet Ihr (und auch Euer Partner Tonspion) auf Euren Webseiten und in Euren Newslettern verlinken. Und für die Durchsetzung solcher Konzepte Gehirnschmalz und Engagement fließen lassen. Dann wäre ich recht zufrieden. Denn das Ziel ist ja, dass nicht nur Verwertungsprofis eine Werbeplattform haben, sondern dass Künstler einfachere Verwertungsmöglichkeiten für ihre Werke bekommen. Und von ihrer Kunst existieren oder gar leben können.

*padeluum, Bielefeld*

Laudatio auf Preisträger 2006, Sparte Internet, 3. Preis  
**nuertinger-stattzeitung.de**

Kennen Sie Nürtingen?

Mit dem Auto fahren Sie hier von Nürnberg aus zweieinhalb Stunden dahin. Etwa 253 Kilometer. Nach Südwesten. Ins Schwäbische, nach Baden-Württemberg. In den Landkreis Esslingen. Mit dem Zug benötigen Sie eine Stunde länger. 40 bis 50 Euro kostet das mit der Bahn.

Nein, nicht mit der Schwäbischen Eisenbahn. Die Strecke der Schwäbischen Eisenbahn verlief ein kleines Stück weiter östlich. Aber Nürtingen hat einen Bahnhof. Stuttgart findet sich auf der Landkarte 20 km weiter nördlich. Mit der Bahn sind das 30 Minuten. Na, jetzt wissen Sie so in etwa, wo Nürtingen liegt.

Um die 42.000 Einwohnerinnen und Einwohner hat Nürtingen. 300 Meter hoch liegt der Ort, pardon: die Stadt. Nürtingen hat einen SPD-Oberbürgermeister mit silbernem Bart und silbernen Haaren. Sie lachen, aber im Stadtrat sitzt eine Mehrheit aus Freien Wählern und CDU. Als weitere berühmte Männer der Stadt werden Hölderlin, Peter Härtling und Harald Schmidt aufgeführt. Die Stadt hat auch eine offizielle Website. Die Existenz von Nürtingen ist damit jetzt hinreichend bewiesen. Und neben dem Nürtinger Tageblatt, also der „richtigen“ Zeitung, gibt es auch eine anständige STATTzeitung. Mit zwei „t“ geschrieben, wie sich das für anständige und ordentliche Alternativzeitungen gehört. Allerdings wird die Nürtinger STATTzeitung, also die, mit zwei „t“, nicht auf Papier gedruckt. Zumindest nicht mehr. Auf den Webseiten der STATTzeitung findet sich der alles erklärende Hinweis: „Die Nürtinger STATTzeitung ist ein Verein, der seit 1980 besteht. Früher wurde die STATTzeitung gedruckt und auf dem Wochenmarkt und in Kneipen verkauft. 1993 erschien die letzte Ausgabe der STATTzeitung. Der Verein wurde mangels Engagement nicht aufgelöst.“

(kleine Kunstpause)

Ja, Sie haben richtig gehört: „Der Verein wurde mangels Engagement nicht aufgelöst“. Auch Bielefeld, die Stadt aus der ich heute angereist bin, hatte einst eine Alternativzeitung. Die hieß Stadtblatt – mit „dt“ – die erschien, in den Siebzigern gegründet, zuerst monatlich, zuletzt wöchentlich und irgendwann war dann halt auch Schluss. Bielefeld, malerisch am Teutoburger Wald gelegen, gehört mit 330.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zu den 20 größten Städten Deutschlands. Das habe ich der offiziellen Website entnommen, womit die Existenz Bielefelds jetzt hinreichend bewiesen ist. Auch dieses im Vergleich zu Nürtingens Einwohnerzahl fast 8 mal größere Bielefeld schaffte nicht, sich sein politisches Wochenblatt zu sichern. Ich habe es höchstpersönlich selbst nachgerechnet: Eine Politische Zeitung war in einer Stadt mit 330.000 potentiell desinteressierten Kundinnen und Kunden nicht zu realisieren.

Wo die Bielefelder mit Heulen und Szeneklappern versuchten (aber nicht schafften), das Stadtblatt zu retten, waren die Nürtinger Alternativ-Zeitungsmacherinnen einfach ... hm ... schwäbischer. Mangels Engagement verpeilten sie, die STATTzeitung offiziell zu beerdigen. Und machten einfach weiter. Sie zogen ins Internet um und nach Lust und Laune, bei Bedarf und wenn man grad Zeit und Nichtsbesseräszutun hatte, wird ein Artikel geschrieben ... und der Terminkalender wird gepflegt, Gaststätten und Cafés bewertet und ein paar Anzeigen lassen sich auch auf der Startseite finden. In zwei Monaten wird das Internet-Projekt zwei Jahre alt. Wie war's zum Einjährigen zu lesen: „Einige Feindbilder von früher haben sich [...] entschärft. Die Stadtvertreter sind bürgernäher geworden und haben an Arroganz eingeübt, und auch die Nürtinger Zeitung hat sich von der Hofberichterstattung etwas fortbewegt.“

Die STATTzeitung hat ihr Ende überlebt. Es können schon einmal ein paar Tage vergehen, bis ein neuer Artikel veröffentlicht wird. Und das schöne, wenn man nicht auf Papier drucken muss, es reicht doch auch. Es wird nur dann etwas geschrieben, wenn es etwas mitzuteilen gibt. Ansonsten ist Ruhe.

Die Gelegenheit für einen neuen Artikel ist nun günstig. In eigener Sache kann in der Nürtinger STATTzeitung mitgeteilt werden, dass die Nürtinger STATTzeitung den „Alternativen Medienpreis“ gewonnen hat.

Und alle Eure Leserinnen und Leser können gratulieren. Und wir hier im Saal auch.

*padeluum, Bielefeld*

Laudatio auf Preisträger 2006, Sparte Internet, 2. Preis  
**fairsharing.de**

Der Name „fairsharing“ erinnert nicht umsonst an „Carsharing“, das bekannte Stadtauto-Modell, bei dem sich mehrere Leute ein Auto teilen. Da kann es zu Engpässen kommen: Vielleicht ist gerade kein Auto frei, wenn sich einer der Beteiligten spontan entschließt, einen Ausflug zu machen.

Beim Fairsharing kann das nicht passieren: Wenn ich übers Internet Audio- oder Videodateien mit anderen austausche, werden die dadurch nicht weniger. Das ist ähnlich wie bei guten Ideen: Ich bekomme um so mehr, je mehr Leute sich am Austausch beteiligen. Und so entstanden Tauschbörsen im Internet, verbunden durch sogenannte Peer-to-peer Netzwerke: Jeder, der sich einklinkt, kann etwas herunterladen und er kann Daten auf seinem eigenen PC dem Netzwerk zugänglich machen. Soweit wunderbar.

Nun, die Plattenindustrie jammert. Aber das tun die immer. Sie hat juristische und technische Restriktionen erfunden, um ihr Eigentum zu schützen – das nennt man dann „Digital Rights Management“, kurz DRM. Das hat mit der Grundidee von Fairsharing nichts zu tun, und deshalb wird es von fairsharing „Digitale Rechte Minimierung (DRM)“ genannt. Aber halt, einer ist doch der Dumme, nämlich der Künstler, die beispielsweise die Musik produziert. Und da setzt die Idee der „Kulturfltrate“ ein, die fairsharing verbreitet. Statt P2P-Netzwerke zu verbieten und ihre Nutzer massenweise zu kriminalisieren, fordert fairsharing die Kulturfltrate: für fünf Euro im Monat

legal im Internet tauschen, so viel man will. Urheber werden für das Tauschen ihrer Werke entlohnt, und die Gesellschaft kann die Vorteile von P2P-Netzwerken und Internet nutzen, ohne durch DRM gehemmt zu werden. Dabei verweist fairsharing auf das Modell „Radio“ als besseres Vorbild für den Umgang mit P2P-Netzwerken. Das „Raubkopieren“, sprich Aufnehmen von Musik, die im Radio gesendet wird zu privaten Zwecken, sei dort nämlich völlig legal. Ebenso dürfen die Radiostationen Musik über den Äther schicken, ohne dafür mit jedem einzelnen Rechteinhaber eine Abmachung treffen zu müssen. Dennoch geht die Musikindustrie daran nicht kaputt, was zum großen Teil daran liegt, dass die Urheberrechte ja nicht aufgehoben werden. Stattdessen erhalten die Rechteinhaber Geld aus dem Topf der staatlichen Verwertungsgesellschaft GEMA.

Übertragen auf den Online-Bereich hieße das, dass das nicht-kommerzielle Tauschen von Musik und Filmen legalisiert wird und dafür eine Gebühr zur Entschädigung der Rechteinhaber erhoben wird – die Kultur-Flatrate. Erhoben werden könnte diese Gebühr auf Computer und vor allem auf Internet-Zugänge, differenziert nach deren Schnelligkeit. Mit digitaler Technik lässt sich relativ leicht anonym feststellen, welche Musik wie oft heruntergeladen und gehört wird, so dass eine neue „Verwertungsgesellschaft Online“ nicht wie die Gema auf ungenaue und oft ungerechte Schätzungen angewiesen wäre. Noch genauere Zahlen kann man erreichen, wenn man zusätzlich Mittel der Meinungsforschung (Sampling) anwendet.

Natürlich gibt es auch Nachteile. Einer ist, dass jeder Internet-Nutzer die Flatrate zahlen müsste, unabhängig davon, ob er Musik herunterlädt oder nicht. Ein zweiter Nachteil ist, dass eine neue Verwertungsgesellschaft aufgebaut werden müsste, die natürlich auch Kosten und Bürokratie verursacht. Die eigentlichen „Nachteile“, die eine Einführung der Flatrate behindern, liegen woanders: Verlieren würden nämlich die Plattenfirmen, die bisher wesentlich mehr Kontrolle über den Markt haben. Ebenfalls verlieren würden die Hersteller von DRM-Technologie und in geringem Maß auch die Online-

Musik-Shops (die ihr Geld dann mit Mehrwert verdienen würden, genauso wie dies bei Open Source Software auch heute schon funktioniert). Diese mächtige Lobby blockiert mit Kampagnen (z. B. „Raubkopierer sind Verbrecher“) bisher den innovativen Vorschlag der Flatrate. Gewinnen würden bei der Kultur-Flatrate die Musikerinnen und Musiker. Da gibt es ganz wenige Hochverdienende, die Superstars, und viele gute Musiker, die nicht bekannt werden, weil sie nicht so viel Geld fürs Marketing ausgeben. Eine interessante Erkenntnis habe ich bei fairsharing gefunden: Der „Superstareffekt“ müsste sich abschwächen, wenn die Akquisitions- und Suchkosten für neue Musik zurückgehen. Das lässt sich anhand der vielen neuen Popmusiker und Bands nachweisen, die in den späten 90-er Jahren in den Charts auftauchten. Die entscheidenden Schlüsseltechnologien sind – nach der Erfindung des grafischen Webbrowsers 1992 – der MP3-Softwareplayer im 1997 und die P2P-Netzwerke im Jahr 1999. Für das Modell der Kultur-Flatrate erhält fairsharing.de heute einen Preis in der Sparte „Online“ des Alternativen Medienpreises. Herzlichen Glückwunsch!

*Gabriele Hooffäcker*

Laudatio auf Preisträger 2006, Sparte Internet, 1. Preis

### **die-seher.de**

Wenn es bestimmte Autos oder Flugzeuge zur Zeit, in der ein Film spielt, überhaupt noch nicht gegeben hat, ist beim Drehen irgendwas schief gelaufen. Das gilt auch für die wundersame Veränderung der Augenfarbe, die die weibliche Hauptdarstellerin in James Camerons Titanic allen Erkenntnissen der Biologie zum Trotz im Laufe ihres Filmlebens hat durchmachen müssen. Und natürlich ganz besonders für die Mutter aller Filmfehler: Die Armbanduhr am Handgelenk eines alten Römers in Ben Hur.

Ungereimtheiten dieser Sorte passieren derart häufig und regelmäßig, dass den Machern von die-seher.de vermutlich auch in Zukunft der Nachschub nicht ausgehen wird. Was allerdings nur eine



*Oliver Pauser vom Filmfehler-Portal „Die Seher“ gewann 2006 in der Sparte Internet.*

Seite der Medaille ist. Eine beachtliche Leistung stellt dieses Webangebot schon allein deshalb dar, weil es konsequent auf die Beteiligung seiner Besucher setzt, die immer wieder neue Filmfehler entdecken. Genauer gesagt: Die immer wieder meinen, Filmfehler entdeckt zu haben. Wo die Arbeit der Redaktion dann erst richtig anfängt. Es muss zum Beispiel recherchiert werden, ob eine zum Teil aus dem Wasser herausragende Schiffsschraube nicht doch genügend Vortrieb erzeugt oder ob Helmut Rahn zu Beginn der Fußball-WM 1954 bereits verheiratet war. Womit also auch immer wieder urjournalistische Qualitäten gefragt sind.

Gut zu wissen, dass beim führenden deutschsprachigen Filmfehlerportal neben der sachlichen Kompetenz aber auch der Unterhaltungswert nicht zu kurz kommt. Und zwar auch dann, wenn man augenzwinkernd der eigenen Illusionen beraubt wird. Was aber nicht weiter tragisch ist. Schließlich hat man insgeheim sowieso schon gehaut, dass selbst der manische Perfektionist Stanley Kubrick nicht immer alles unter Kontrolle gehabt hat. Was damit genau gemeint ist,

soll hier natürlich nicht verraten werden. Ein Preis soll ja auch neugierig machen, das damit geehrte Angebot zu besuchen.

*Jürgen Graf, Frankfurt*

Laudatio auf Preisträger 2007, Sparte Internet, 3. Preis

**mut-gegen-rechte-gewalt.de**

Mut gegen rechte Gewalt ist eine Aktion des Magazins Stern und der Amadeu Antonio Stiftung. Sie informiert über den Rechtsextremismus in Deutschland, zeigt Reaktionen der Gesellschaft und berichtet über Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus und für Demokratie. Die dazugehörige Webseite will „mutige Menschen und gelungene Projekte vorstellen“ und soll zu mehr Zivilcourage ermutigen sowie wirksame, unbürokratische Hilfe gegen den Rechtsextremismus leisten. Inhaltlich geht es um vier Schwerpunkte:

1. Information über das Ausmaß von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland,
2. mutmachende Berichte über Initiativen und engagierte Einzelpersonen um andere anzustiften, sich ebenfalls kreativ und friedlich gegen Rechtsextremismus zu engagieren,
3. politische Debatte über Konzepte gegen Rechtsextremismus,
4. Spendenaktionen und Beratung für Ratsuchende (seien es Betroffenen, Eltern, Journalisten, Kommunalpolitiker, davon wird nur ein Bruchteil veröffentlicht).

Außerdem gibt es Schülerzeitungsseminare unter dem Titel „Medien mit Mut“, um zum couragierten Behandeln des Themenfeldes auch in Schülerzeitungen oder auf Jugendseiten von Lokalzeitungen anzustiften. Ein Ergebnis ist die Jugendzeitung *extrem*, die in Kooperation mit der Jugendpresse Deutschland entstand.

Im „Rechtsblog“ werden aktuelle Erlebnisse beschrieben und Linktipps gegeben. Besonders beunruhigend finde ich die Chronik rechtsextremer Gewalt 2007, die ständig fortgeschrieben wird.

Die Internet-Redaktion besteht seit dreieinhalb Jahren. Sie wurde der Berliner Amadeu-Antonio-Stiftung zur Förderung zivilgesell-

schaftlicher Initiativen und demokratischer Kultur 2003 vom „stern“ spendiert. Heute ist sie zu hundert Prozent von Spenden abhängig. Zu den 1 ½ festen Mitarbeitern (Holger Kulick als Redaktionsleiter und Simone Rafael mit einer halben Stelle) gibt eine große Zahl unentgeltlich schreibender Autorinnen und Autoren, zusätzlich stellen viele große Zeitungen gerne Texte zum Thema zur Zweitverwertung kostenlos zur Verfügung, wenn sie darum gebeten werden. Die Initiatoren selbst über ihre Arbeit: „Schätzungsweise ein Drittel ist Stammleserschaft, ein Drittel stößt eher durch Zufall auf die Seite, ein Drittel sucht gezielt Rat im Internet und stößt dabei auf die Seite, diese Proportionen lassen sich aus den Lesermails rückschließen. Was dabei auch deutlich wird: der Beratungsbedarf über dieses Thema nimmt – bundesweit – kontinuierlich zu, denn Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind leider kein Problem der Vergangenheit, sondern nach wie vor bedrückend allgegenwärtig. Die Arbeit von „mut-gegen-rechte-gewalt.de“ war der Jury einen dritten Preis in der Sparte Internet wert. Herzlichen Glückwunsch!

*Gabriele Hooffacker*

Laudatio auf Preisträger 2007, Sparte Internet, 2. Preis

### **kinderstrasse.com**

Kinder beschreiben „ihre“ Straße. Für die Nürnberger Südstadt hört sich das so an (drei Beispiele): „Meine Straße heißt Humboldtstraße. Unser Haus ist gelb, es hat fünf Etagen. Es sind zwei Plus neben unserem Haus. Ich würde lieber auf einer anderen Straße wohnen, wo es reich ist, und wo man einen Hund halten darf. Wenn ich eine eigene Straße hätte, hätte ich sie ‚Maibachstraße‘ genannt.“ (Darja, 2. Klasse)

„In meiner Straße ist es langweilig, vor unserem Haus ist nicht viel Platz. Unser Hof ist klein, und der Hummelsteiner Weg ist lang und gerade. Es sind zwei Ampeln vor der Hummelsteiner Schule. Ich möchte meiner Straße einen Spitznamen geben, und der heißt ‚Hummelstraße‘. In unserem Haus ist eine Wirtschaft, und manchmal riecht es eklig.“ (Marina, 3. Klasse)

„Mein Name ist Sercan, und ich wohne in der Wiesenstraße im Stadtteil Steinbühl. Meine Straße ist benannt nach viele Wiesen. Es gibt in der Wiesenstraße einen Kiosk, einen ‚Big is Chic‘-Laden für etwas dickere Leute, und einen Bäcker gibt es auch noch. In meinem Haus wurde sogar einmal ein Selbstmord verübt, was ich nicht unbedingt toll finde. Die Schule, in die ich gehe, ist circa 50 Meter von mir entfernt und heißt Wiesenschule. Also, unsere Straße ist überhaupt nicht kriminell, außer dem Mord nebenan. (...) Ich bin mit dem Namen meiner Straße zufrieden.“ (Sercan, 6. Klasse)

Das Projekt „Kinderstraße“ nimmt die Kinder ernst: Im Unterricht schreiben sie kleine Texte über ihre Straße. So entstehen Dokumentationen für jede Klasse. Und das nicht nur für Nürnberg, München und andere deutsche Städte. Das Projekt ist weltweit angelegt. Es gibt Straßenbeschreibungen aus halb Europa sowie aus Mittel- und Südamerika. Eine Gesamtdokumentation aller Texte geht an jede beteiligte Schule und wird gleichzeitig auf im Internet auf „WWW.KINDERSTRASSE.ORG“ veröffentlicht. Später sollen auch gedruckte „Reiseführer“ entstehen. Jedes Kind, das sich am Projekt beteiligt hat, kann somit seinen Text in der Gesamtdokumentation oder im Internet wieder finden, und dort die Texte seiner Freunde, Klassenkameraden oder anderer Kinder aus seiner oder aus anderen Straßen lesen.

Die Initiatoren hoffen, dass das Projekt auch stadtplanerische Folgen hat, weil sich hier erstmals eine größere Anzahl von Kindern zu Wort melden und davon berichten, was ihnen an ihrer unmittelbaren Umgebung gefällt und was nicht. Die Webseiten zielen darauf ab, den Blick von Kindern auf ihre unmittelbare Umgebung zu schärfen und ihre Sprachkompetenz zu stärken. Die Präsentation der Inhalte ist sehr kindgerecht. Gerade wegen der sehr einfachen, aber nie langweiligen Gestaltung ist es geeignet, kreative Ideen zu wecken. Das Projekt ist pädagogisch und didaktisch außerordentlich wertvoll und verdient von daher eine breite Förderung ebenso wie ein starkes Medienecho, um in möglichst vielen Regionen ein jugendliches

Publikum zur aktiven Beteiligung anzuregen. Besonderer Wert wächst dem Projekt durch seinen Perspektivenreichtum zu: Im europäischen Kontext könnten die Webseiten auch die Bereitschaft von Kindern wecken, Einblick in andere Sprachen und Kulturen zu nehmen. Deshalb gibt es dafür den 2. Preis in der Sparte „Internet.“ Herzlichen Glückwunsch!

*Andrea Hinkelmann/Gabriele Hooffacker*

Laudatio auf Preisträger 2007, Sparte Internet, 1. Preis

### **Holocaust Chronologie**

Normalerweise liebe ich es ja, meine Laudatio zu den jeweiligen Preisträgerinnen und Preisträgern etwas launiger zu halten. In diesem Fall wird das schwierig. Denn die Chronologie, die Knut Mellenthin in über 15 Jahren geschaffen hat und hier ins Web eingestellt hat, und mit der er von der Jury auf den ersten Platz gewählt wurde, beschäftigt sich mit dem Massenmord an unseren (jüdischen) Mitmenschen. Es ist die Chronologie des Holocausts.

Ich wollte eigentlich meine Laudatio so anfangen, dass ich typisch deutsche Gedanken zum Thema aufgreife. Mit diesem klammheimlichen, tief in mir eingebrannten Überzeugungen, dass *ich* ja auch zu den Menschen gehöre, die die Gnade der späten Geburt für sich beanspruchen dürfen. Ich hätte doch *niemals* einem Menschen Gewalt angetan, völlig undenkbar, ich bin schließlich auf dem Münchner Pausenhof der Agolfinger Schule immer der gewesen, der – da aus Berlin kommend ein echter Saupreiß – immer verprügelt worden ist.

Ich bin ja somit auch mehr ein Opfer, und bis heute im Widerstand. Sonst würde ich jetzt vielleicht einen Adolf-Grimme-Preis vergeben, statt eines Alternativen Medienpreises. Aber bei all diesen pointierten Ansätzen verklemmten sich mir beim tiefer gehenden Betrachten der Chronologie des Holocausts die Finger in den Tasten meines Laptops.

Allein schon der Anfang, der erste Eintrag: Am 30.01.1933 wird Hitler zum Reichskanzler ernannt. Nur vier Tage später wird die Ver-

sammlungsfreiheit beschränkt. 22 Tage später brennt der Reichstag. Einen Tag danach: unterzeichnet Präsident Hindenburg die von der Regierung beschlossene „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“, die angeblich zur Abwehr staatsgefährdender kommunistischer Gewaltakte dienen soll. Durch diese Notverordnung werden zahlreiche Verfassungsartikel außer Kraft gesetzt, die grundlegende persönliche und politische Rechte garantierten.

Gut einen Monat nach der Machtübernahme gibt es blutige Übergriffe auf Juden auf dem Kurfürstendamm in Berlin. Tags drauf veröffentlicht die „Neue Wiener Presse“ die Zusage des konservativen Vizekanzlers Papen, Juden würden in Deutschland behandelt wie alle anderen Staatsbürger ...

Noch einmal zur Erinnerung: Das alles geschah innerhalb eines einzigen Monats! Und das ist gar nicht lange her, vor 74 Jahren hat es begonnen und 12 lange Jahre ging es in dieser Dynamik weiter. Wir scheinen das alles zu kennen, haben es vielfach wahrgenommen, in vielen Filmen, Sachbüchern, Prozessdokumentationen ... – und ich, der ich mich gebildet dünke, spüre dennoch in mir, dieses „ich war’s doch nicht“. Aber wenn ich es nicht war, wer war es dann?

Diese Chronologie zeigt mir das, was einige Lehrer und viele Filme mir nicht so recht beibringen konnten: Diese unglaubliche Dynamik, mit dieser verbrecherischen Regierung etabliert wurde. Eben noch ein fauler Kompromiss und die Hoffnung, dass es schon nicht so schlimm werden würde und gleich drauf Lastwagen, Rampen, Güterwaggons und Lager. Und sie zeigt mir ganz ganz deutlich, im Vergleich zu meiner heutigen täglichen Arbeit, dass ich es niemals geschafft hätte, dieser Dynamik etwas wirklich Wirksames entgegen zu setzen.

Ich wäre auch zum Täter geworden, durch Weggucken, Schweigen, ohnmächtiges Dabeistehen und leises Weinen (das wäre fast noch ehrenhaft) oder durch Leugnen, Mitlaufen, Kompromisse eingehen, sich irgendwie arrangieren, achselzucken, so wie wir uns heute schon wieder mit unglaublichen Terrorwarnungen auseinandersetzen und

so tun, als glimme da auch nur ein Fünkchen Wahrheit, das irgend etwas von den Einschränkungen rechtfertigen würde.

Ich wünschte mir, dass viele diese Chronologie im Web sehen. Viele sollen sich angucken, in welcher Geschwindigkeit böse Banalitäten das ganz banale Böse ausmachen. Viele sollen sich noch im Nachhinein schämen für ihren Anteil daran, auch wenn sie später geboren worden sind. Im Nachhinein geboren zu sein rechtfertigt keine Unschuldsumutung. Aus der banal erscheinenden Auflistung werden die Zusammenhänge und die Denkweise der Hauptverantwortlichen für den Völkermord an den Juden deutlich. Ich möchte den Tod der in den Lagern umgekommenen und gequälten nicht funktionalisieren. Aber mein gesellschaftliches Engagement verführt mich, Parallelen zum Heute und Konsequenzen daraus zu ziehen. Statt eines Applauses bitte ich Sie nun um eine Schweigeminute.

*padeluum, Bielefeld*

Laudatio auf Preisträger 2008, Sparte Internet, 2. Preis

**www.pottznull.de**

Das Web hat ein Herz für Ökonomen. Vor allem für solche, die es erst noch werden wollen. Auch ohne tiefer gehende technische oder betriebswirtschaftliche Kenntnisse ist im Handumdrehen ein Online-shop eingerichtet. Wer nichts wird, wird Wirt – das war einmal. Heute wird er Webhändler.

Globale Wirtschaft im Internet – das ist ein Reizthema. Vielleicht liegt das auch daran, dass Wirtschaft im Netz selten mit Händen zu greifen ist und statt dessen umso handgreiflicher erscheint. Das schnelle Netz lässt mit seinen Web2.0-Börsenschnittstellen und bunten Diagrammen globale Finanz- und Warenströme unaufhaltsam erscheinen. In den Fernsehnachrichten hat man es immerhin mit Menschen zu tun: Stehe nun Ackermann ante portas oder sinne Hans-Werner Sinn über Lohnentwicklung nach. Vor solch geballter Kompetenz geht der Laie vielleicht in die Knie. Aber er kann seinen Zorn oder seine Zustimmung adressieren.

Ohne Frage – die Welt braucht sachkundige Informationen aus Chefetagen und Vorständen, braucht Einschätzungen, Prognosen, Analysten und Mahner. Wirtschaft im Web kann aber mehr. Das zeigen die diesjährigen Preisträgerinnen in der Sparte Internet: Katja Marjan und Annette Rueß. Beide sind gestandene Wirtschaftsjournalistinnen, erfahren im Umgang mit „... Managern, Macht und Marktwirtschaft ...“ – um das Projekt [www.pott2null.de](http://www.pott2null.de) zu zitieren, das die Internet-Jury des Alternativen Medienpreises 2008 auszeichnen möchte.

Pott2null.de ist Wirtschaft von unten. Marjan und Rueß, tatkräftig unterstützt von Luigi, dem feuerroten Potts-Blitz, suchen die Macher in der Provinz. In New York kann vielleicht der Tellerwäscher zum Millionär werden. In Unna wird aus einem Betriebsschlosser ein Großunternehmer, der seine Bodenhaftung nicht verliert. Die Wirtschaftsjournalistinnen portraituren ihn mit allem, was das aktuelle Web hergibt: vom mehrfach querverweisenden Text über Fotos und Videos bis hin zur Diskussionsplattform. Werbebanner und PR-Formeln sucht der Webkommerz-Kritiker in diesem unorthodoxen Unternehmer-Portrait vergeblich. Pott2null ist keine Spielwiese für Marketing-Kampagnen. Es dokumentiert das wahre Wirtschaftsleben der Normalsterblichen. Da geht nicht alles glatt, da gibt es nicht nur jubelnde Käufermassen und erz-findige Trendsetter. Im bevölkerungsreichsten Bundesland ist nicht jeder Kioskbesitzer ein Visionär. Die Stationen der Pott2null-Tour begnügen sich nicht mit reinen Momentaufnahmen. Laufende Diskussionen werden mit Vorgeschichte, aktuellem Stand und Ausblick dargestellt – wie etwa die Bewerbung der Stadt Essen um den Titel der Kulturhauptstadt Europas 2010. Leserkommentare schaffen einen reichen Informations- und Meinungspool. Das ist Web 2.0 im Pott Zwei Null, typischer „user generated content“ und klingt nach wenig Arbeit für die Macherinnen. Den Seiten von Pott2null.de merkt man aber an, dass große Ausdauer, viel liebevolle Detailgestaltung und professionelles Redaktionshandwerk hinter dem Projekt stehen.

Und das, obwohl Marjan und Rueß – immerhin Fachleute in Sachen Ökonomie – ihre journalistische Ruhr-Tour kaum als Wirtschaftskapitäne beschließen dürften. Wie die Eingangsanimation der Website verrät, sehen sie sich eher als Pilotinnen, die keine Landung auf dem rauen Pflaster des Kohlenpotts scheuen. Nach ihrer Landung mit dem königsblauen Ruhrflieger begrüßt sie ein derb-freundlicher Zeitgenosse: „Mit dem gewinns’e aber keinen Blumenpott“. Den nich’. Aber den Alternativen Medienpreis 2008.

*Thorsten Steinhoff*

## LAUDATIONES PRESSE

Laudatio auf Preisträger 2005, Sparte Printmedium, 3. Preis

### **Homosexualität im Alter**

Zum Größten, was gedruckte Medien schaffen können, gehört es, Leserinnen und Leser in Erstaunen zu versetzen, sie für ein Thema ganz neu zu interessieren – gehört es, Bilder in deren Köpfe zu zaubern.

Beim Lesen dieses Beitrags haben mich zwei Assoziationen geradezu verfolgt: Der Fall Mooshammer und die Bilder vom Christopher Street Day. Der eine ist der Typ des Schwulen, der es nie geschafft hat, sich zu seiner sexuellen Neigung zu bekennen. Der dann, wenn er altersbedingt nicht mehr wie gewohnt schillern kann, seinen Platz in der Gesellschaft verliert und seine letzten Jahre isoliert lebt. Der keinen Halt mehr hat – und erst wahrhaftig erkennbar wird, nachdem er Opfer eines Verbrechens geworden ist. Das andere Bild sind die via CSD transportierten Vorzeige-Protagonisten der schwullesbischen Bewegung: jung, flippig, frech, erfolgreich. Es ist aber wohl so: Mit über 40 hat Mann in der Szene nichts mehr zu suchen. Älteren lesbischen Frauen geht es nicht viel besser. Auch sie stammen aus einer Zeit, in der Homosexualität geächtet war. Befreites Leben ist schwierig, Verstecken häufig.

Der gut recherchierte Beitrag weist nach, dass sich alte homosexuelle Menschen in der Gesellschaft nicht gut aufgehoben fühlen. Sicher auch deshalb, weil sie kein Thema sind, gibt es kaum Altenpflege-Angebote, die auf ihre Bedürfnisse abgestimmt sind. Der Artikel leistet zweierlei: Er zeigt auf, dass es möglich wäre, dieses Defizit ohne riesigen Aufwand zu mildern. Und er setzt einen Kontrapunkt zu der auf Jugendlichkeit gepolten Selbstdarstellung insbesondere der schwulen Szene. Man könnte sagen, er weist darauf hin, dass es ein Leben nach dem Szeneclub gibt.

Trotz der Länge vermag der Beitrag zu fesseln. Er bezieht seine Spannung aus dem Wechsel von Orten und Personen. Er ist gut geschrieben und bietet Interessierten durch die vielen Adressen einen

sehr guten Service. Alles in allem ein innovativer Beitrag – der anderen Medien als Anregung und Informationsquelle empfohlen sei.

*Klaus Schrage, dju*

Laudatio auf Preisträger 2005, Sparte Printmedium, 2. Preis

### **Kritik am Bau**

In dem Bändchen „Was ist das hier? 130 Anekdoten über Peter Hacks und dreizehn anderweitige“ ist ein Text mit „Städtebauliches“ überschrieben. Er geht so: „Nach dem Anschlag auf jene beiden Hochhäuser auf der Insel Manhattan, welche als die ‚Welthandelsmitte‘ bekannt waren, fragte Hacks bei dem in Lebensdingen beholfeneren Klaus Steiniger an, ob der sich in der Lage sehe, ihm zu der Postanschrift des Diplomingenieurs Osama Bin Laden zu verhelfen. Er habe, schrieb er zur Erklärung, einiges Dringende zur Neugestaltung des Potsdamer Platzes mit demselben zu besprechen.“ Wünsche nach solcher Art von fliegender Architekturkritik sind, soweit ich sehe, in Berlin nicht selten. Auch in gemäßigten Zeitungen war schon zu lesen, dass man an den Bauten einiger Stararchitekten rund um den Potsdamer Platz wegen unzumutbarer Ästhetik ungefähr in zehn Jahren die ersten Spitzhacken und Sprengkommandos zu erwarten habe. Selten ist ein Chance, eine Stadt mit neuen zweckmäßigen Bauten auszustatten, so vertan worden wie in Berlin nach 1990. Worum es ging, war spätestens nach dem Tod eines hohen Beamten der Senatsbauverwaltung Anfang der neunziger Jahre klar: Einen Tag, nachdem er im Regionalfernsehen erläutert hatte, dass jedes zu vergebende „Filet“-Grundstück an der Friedrichstraße ungefähr einen Marktwert von einer Milliarde DM habe, wurde er per Briefbombe ins Jenseits befördert.

Die Resultate des „Wiederaufbaus“ sind dementsprechend. Die Friedrichstraße hat ungefähr die Anziehungskraft einer Gletscherpalte. Neubauten wie das VW-Forum an der Ecke Unter den Linden bringen mit ihrer Festungs- und Schießschartenarchitektur selbst konservative Kritiker in der FAZ zur Raserei. Gebaut werden – wie auch

sonst im Land und auf der Welt – ausschließlich Gebäude, in denen es sich schwer arbeiten und kaum wohnen lässt. Die Berliner nutzen sie daher nach meinem Eindruck wenig und überlassen sie gern dem Tross, der mit dem Regierungsumzug in Gestalt von Lobbyisten, Journalisten, Diplomaten, Bundesbeamten und -angestellten etc. in die Stadt kam. Das fällt nicht weiter auf, da die meisten Nutzer dieser Gebäude nur wenige Tage pro Woche in der Hauptstadt weilen. Ein großer Teil der Neubauten, gegenwärtig wohl 1,8 Millionen Quadratmeter Büro- und Gewerbefläche sowie 100 000 Wohnungen, steht leer. Gebaut wurde aus spekulativen Gründen. Entsprechend sehen die Gebäude aus. Die Stadt Berlin garantiert daher Anlegern vieler Fonds trotz Leerstand märchenhafte Renditen und hat dafür eine Risikovorsorge in Milliardenhöhe getroffen, was den finanziellen Super-GAU für die Landeskasse bedeutete.

Mafiabauten in Palermo sind eine vergleichsweise gemütliche Geschichte. In diesem Umfeld bewegt sich, wer in Berlin über Neubauten schreibt. Johannes Touché hat mit seiner Serie „Kritik am Bau“ das distanziert-ironische Verhältnis vieler Berliner zu den Produkten des zeitgenössischen Stararchitektentums sehr schön eingefangen. Ob Potsdamer Platz oder Rummelsburg – es handelt sich um Musterfälle des Pleiten-, Pech- und Pannenbauwesens der Metropole. So hat das Verwaltungsgericht Berlin gerade in Frage gestellt, ob das Grundstück am Potsdamer Platz an Herrn Beisheim mit rechten Dingen geraten ist – von Wertheim zu Metro via KarstadtQuelle, vom „arisierten“ jüdischen Besitz zum größten Handelskonzern Europas, dem ein Ursprung aus SS-Vermögen immer noch nachgesagt wird.

Rummelsburg gehört zu jenen Vierteln, die im Zusammenhang mit der gescheiterten Olympiabewerbung Berlins entstanden sind. Sie wurden geplant, ohne an die Bewohner zu denken bzw. an deren Geldbeutel. Berlin ist auch die Armutsmetropole der Bundesrepublik. Der Bedarf an teuren Neubauwohnungen hält sich sehr in Grenzen. Von unbewohnbaren Städten dieser Art lässt sich mit Brecht sagen: Von ihnen wird bleiben – nichts. Ich finde Touchés Artikel gut re-

cherchiert, zurückhaltend, aber mit feinen Florettstichen geschrieben. Vielleicht schreibt er später einmal auf, warum diese irren Betonkästen in der Baufilz- und Pleitemetropole nach 1990 en masse entstanden und – trotz gigantischen Leerstands – weiter hingeklotzt werden. Das wäre eine schöne Ergänzung.

*Arnold Schölzel, Tageszeitung Junge Welt, Berlin*

Laudatio auf Preisträger 2005, Sparte Printmedium, 1. Preis

### **Wesentlich Vermischtes**

*Ramesh Jaura, Inter-Press-Service Deutschland IPS*

Nigeria: Mit Gottes Zorn gegen Müllsünder. Wie Lagos gegen Abfallmassen kämpft.

Simbabwe: Kirche und Kneipen als Nachrichtenbörse. Unabhängige Presse verschwindet.

Große Zusammenhänge begreift man oft nur am Detail. Umweltverschmutzung, HIV in Afrika, Pressefreiheit, Chauvinismus, Entwicklungshilfe – es sind große Themen, die hinter den von der Nachrichtenagentur IPS eingesandten Beiträgen stecken, die sich aber ganz bewusst mit kleinteiligem, mit dem Detail, dem scheinbar marginalen Alltagsphänomen befassen.

Besonders gefallen hat mir von den eingegangenen Texten der Beitrag „Mit Gottes Zorn gegen die Müllsünder“. Die Stadtverwaltung von Lagos, der Hauptstadt Nairobis, bekommt im Kampf gegen die Vermüllung der Stadt unvermutete Unterstützung von Unbekannten, die sich einer ungewöhnlichen Methode der Umwelt-Erziehung bedienen: sie drohen mit Zauber, Gottes Fluch: „Lass deinen Müll hier nicht liegen, es sei denn, du willst sterben“ warnen sie zum Beispiel auf einen Schild. Verblüffenderweise scheint diese Maßnahme, die in Europa keine Chance hätte, in diesem Teil Afrikas zu funktionieren. Die Nachricht verbindet Kurioses mit dem Einblick in die Problemlage (Müll in Lagos) und vermittelt zugleich einen Eindruck von Mentalitäten.

Erschreckend ist der Kurztext aus Mosambik, in der Frauen für die HIV-Infizierung ihrer Männer verantwortlich gemacht und dementsprechend geächtet werden. Man(n) infiziert sich nicht, sondern wird infiziert, so lautet die chauvinistische Sichtweise, die zur Konsequenz hat, dass Witwen von an Aids verstorbenen Männern vom Erbe ausgeschlossen werden. Die Nachrichten von IPS sind bewusst am Rand gehalten und haben aber die zentralen Themen immer im Blick, das macht sie politisch relevant, interessant und zum notwendig kritischen Instrumentarium.

Besonders lobend hervorzuheben ist das Selbstverständnis der Agentur, nämlich Themen der nachhaltigen Entwicklung, der Menschenrechte und der Frauenrechte aufzugreifen und vor allem das Bewusstsein für die „Eine Welt“, in der wir alles leben, zu schärfen.

*Andrea Rödiger, Wochenzeitung Freitag*

Laudatio auf Preisträger 2007, Sparte Printmedium, 3. Preis

### **Venceremos: Die andere Globalisierung**

Warum tust du das, was du tust? Die Fotografin Katharina Mouratidi befragte und fotografierte drei Jahre lang Globalisierungskritikerinnen aus 43 Ländern, Indios und Arbeiter, Studierende, Rentierzüchter, Bäuerinnen, Wissenschaftlerinnen, Christen, Atheisten, Bürgerinnen und Revolutionäre. Es entstanden vielfältige, unterschiedliche Antworten. Projekte, Ausstellungen, ein Buch, ein Webauftritt und Seminare sind Ergebnisse ihrer Recherchen und ihrer publizistischen Arbeit. Träger der Arbeit ist der Verein Gesellschaft für humanistische Fotografie.

Katharina Mouratidi hat eine klassische Arbeitsmethode: Sie recherchiert, fotografiert, lässt ihre Gesprächspartner zu Wort kommen, geht nicht mit einer vorgefassten Meinung zum Interview. Und so sind die Antworten vielseitig, persönlich und politisch zugleich, ein Ausdruck dessen, dass wir alle in einer Welt leben. Die Bäuerin Iluminada Garcia aus Paraguay sagt: „Mein Traum vom Leben ist, anderen behilflich zu sein, damit es uns besser geht.“ Dieser solidarische Ansatz

ist in vielen Interviews zu spüren. Und es sind nicht die Begüterten, die hier für Solidarität und Gerechtigkeit kämpfen. Iluminada Garcia sieht das so: „Weil wir arm sind, deswegen müssen wir einander helfen und kämpfen – diejenigen, die nichts haben, um etwas zu bekommen. Das ist meine Verpflichtung“.

Im Vorwort zum Buch „Venceremos“ sagt der Autor Horst-Eberhard Richter: „Aus den Äußerungen aller Befragten lässt sich ablesen, dass sie ihren Unmut über das Bestehende durch ihr praktisches Engagement bekämpfen“. Er schließt mit dem Fazit: „Sämtliche Berechnungen, wie die Welt besser und gerechter zu machen ist, helfen nur, wenn Menschen aus allen Ländern, aus allen Religionen und aus allem gesellschaftlichen Feldern ihr Leiden an Ungerechtigkeit in den Mut zu praktischer Einmischung für ein solidarischeres Zusammenleben verwandeln“. Katharina Mouratidi gibt mit ihrer Arbeit, ihren Interviews und Portraits, die sie in Ausstellungen, Büchern und im Web präsentiert, Anstöße zum Engagement. Indem sie engagierte Menschen aus der einen Welt, die sich für ein solidarisches Miteinander einsetzen, in die Öffentlichkeit bringt, macht sie Mut. Mut, sich zu engagieren, Mut, etwas zu verändern, Mut, diese Welt für alle Menschen zu erhalten. Katharina Mouratidi und mit ihr die Gesellschaft für humanistische Fotografie erhalten heute den Alternativen Medienpreis 2007. Zum einen aus inhaltlichen Gründen für die gelungene Idee, Menschen zu Wort kommen zu lassen, die sich anders, mit alternativen Ansätzen, für eine solidarische Welt einsetzen. Zum anderen aber auch, weil Katharina Mouratidi konsequent auf Medien setzt, ihre Interviews und Bilder crossmedial in Ausstellungen, im Web und in Büchern präsentiert und dabei auf die Macht der Öffentlichkeit setzt. Katharina Mouratidi sehe ich in der Tradition des amerikanischen Radiojournalisten Studs Terkel und des deutschen Fernsehjournalisten Günter Gaus. Für beide waren Interview und Porträt die geeigneten Darstellungsformen, um sich an Menschen anzunähern und auch schwierige politische und soziale Zusammenhänge begreifbar zu machen, als Potential zur Veränderung. „Es gibt so viele Gründe,

die Dinge zu ändern“, sagt der arbeitslose französische Ingenieur Michel im Gespräch mit Katharina Mouratidi. Mit ihrer Arbeit hat Katharina Mouratidi die Jury des Alternativen Medienpreises 2007 überzeugt. Herzlichen Glückwunsch!

*Peter Lokk, Journalistenakademie*

Laudatio auf Preisträger 2007, Sparte Printmedium, 2. Preis

### **Der Rote Reporter**

„Wer blickt wirklich kritisch hinter die Kulissen? Wer kümmert sich intensiv und unbestechlich um die Interessen der arbeitenden Menschen?“ Mit diesen von der Gründerin Doris Jann gestellten Fragen begann im Mai 1970 die Geschichte des „roten reporter“. Seine Aufgabe sollte es sein, „kritisch über Themen zu informieren, über die sonst keiner zu schreiben wagt“. Heute, 37 Jahre später, gibt es die kleine Zeitung für die 22.000-Einwohner-Stadt Wülfrath im Regierungsbezirk Düsseldorf immer noch. Der Autor der ersten Stunde ist immer noch der Macher. Schon das alleine würde für die respektvolle Feststellung genügen, dass hier ein unerschrockener Überzeugungstäter am Werk ist, der sich durch nichts und niemand unterkriegen lässt.

Rein optisch betrachtet ist der „rote reporter“ nicht schön. Die Fotos sind schwarz-weiß, die Gestaltung lässt erkennen, dass hier mit geringem Aufwand gearbeitet werden muss. Aber darauf kommt es gar nicht an. Wichtig ist, was drinsteht. Und da gibt es eine immer wiederkehrende Botschaft: Eine Kommune gehört nicht den Regierenden, sie gehört den Bürgerinnen und Bürgern, die in ihr leben. Wer den Mächtigen nicht auf die Finger schaut, wer politische Entscheidungen einfach hinnimmt und keinen Protest erhebt, lebt verkehrt. Der „rote reporter“ ist zur Stelle, wenn es darum geht, diesen Widerstand – oder anders gesagt: die demokratische Mitsprache der Bürger – zu stimulieren. Etwa dann, wenn die Stadthalle verschwinden soll. Dann verkauft er Anteilscheine, um deutlich zu machen, dass der örtliche Kulturtempel zuallererst den Wülfrathern gehört. Wenn die Umstellung der Abfallentsorgung auf teure Müllsäcke ein Quatsch ist,



*Peter Lohk gratuliert Klaus Jann (Der „Rote Reporter“)*

ruft er zur Müllsack-Tauschbörse auf. Und wenn die Politik darauf nicht reagiert, macht er es 25 Jahre lang.

Auch wenn das Jugendhaus verkauft werden soll, ist er zur Stelle. Das liest sich dann fast wie ein Text aus der „Sendung mit der Maus“. Auszug: „Das Jugendhaus wird verkauft. Das bringt viel Geld. Und das bisherige Jugendhaus zieht dann mit Kind und Kegel um. Das wird natürlich Geld kosten.“ Man denkt sich dann, dass das doch auch eleganter ginge. Aber ist es nicht genau richtig, so zu schreiben? Weil viele gar nicht mehr wissen, wie Politik funktioniert und wie man seine Stimme wirkungsvoll erheben kann?

Bestimmt ist Klaus H. Jann als zorniger junger Mann gestartet. Heute kommt er uns als überzeugter Wülfrather Lokalpatriot. Er liebt seine Heimatstadt, er zeigt, dass Provinz und linkes Denken zusammengehen können. Und er macht es nicht mit Schaum vor dem Mund, sondern immer wieder mit Witz und Humor.

Gewisse andere Persönlichkeiten mag man so nennen, aber dieser Reporter ist wahrlich ein „lupenreiner Demokrat“. Für die Leistung, den Bürgerinnen und Bürger Hintergründe der Kommunalpolitik und

ihre Möglichkeiten zur Mitwirkung und zum Protest aufzuzeigen – aber auch für 37 Jahre Durchhalten, ohne die eigene klare Linie zu verlassen, hat der „rote reporter“ den Alternativen Medienpreis verdient.  
*Klaus Schrage, Nürnberger Nachrichten*

Laudatio auf Preisträger 2007, Sparte Printmedium, 1. Preis

### **Transit**

Transit ist eine typisch nürnbergische Zeitschrift, wie der Name schon sagt. Wenn Ihnen das nicht auf der Stelle einleuchtet, so kann das nur einen Grund haben: Sie kennen das Editorial von Transit nicht. Ich zitiere die entsprechenden Ausführungen der Transit-Redaktion: „Die Wahl eines treffenden Titels fiel bei einem Blick auf die Nürnberger Historie leicht. Sie entfaltet ihre größte Dynamik, wenn die Stadt die ihr schon bei der Gründung zuge dachte Rolle als Durchgangsstation für Menschen, Güter und Ideen akzeptierte. Nürnberg war nie eine Metropole, die Talent und Geist magisch anzog. Es lebt von der Bewegung, der Offenheit für Einflüsse.“

Schlecht erging es der Stadt immer dann, wenn der Größen- und Rassenwahn dominierte und die Abgrenzungs- und Eroberungsfanatiker das Sagen hatten. Nach den 12 Jahren im 1000-jährigen Reich konnte man, meint die Redaktion, von Glück sagen, dass von Menschen und Häusern noch etwas übrig blieb. Hier zeigt sich die Wahrheit der alten Redensart „sic transit gloria mundi“, von der Transit-Redaktion gut fränkisch übersetzt mit: nix ist fix. Die Welt-offenheit der Stadt gilt es derzeit einzufordern, und so ist das erste Heft der „Zeitschrift für Politik und Zeitgeschichte“ dem Postulat „Gegen Rassismus und Diskriminierung“ gewidmet.

Im ersten Heft von Transit wechseln sich wissenschaftliche Überlegungen ab mit autobiographischen Erfahrungsberichten, auf abstrakte und sehr aufschlussreiche Statistiken folgen eindrucksvolle Porträts und es sind hier nicht nur kluge Überlegungen zur Erinnerungspolitik zu finden, sondern auch ein minutiöser Artikel zur Vorgeschichte des Nürnberger Mahnmals für die Zwangsarbeiter wäh-



*Transit aus dem Testimon-Verlag gewann 2007*

rend der NS-Zeit. Das Wort „Vorgeschichte“ ist hier von mir bewusst euphemistisch gewählt, als frühestmöglicher Fertigstellungstermin gilt 2007. Hoffen wir das Beste.

Die autobiografischen Berichte in der Zeitschrift *Transit* erwähnen häufig Formen der mehr oder weniger offenen Alltagsdiskriminierung, und dies nicht nur für die Vergangenheit, sondern in beschämenden Umfang auch in der Gegenwart. Oft machen sich die Diskriminierten noch beim Erzählen des Vorfalls Vorwürfe, dass sie sich nicht gewehrt haben.

Ich bin darüber sehr ins Grübeln gekommen. Ist es wirklich so, dass wir eine gesellschaftliche Kultur entwickelt haben, in der der Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung Aufgabe der Diskriminierten ist? Der amerikanische Historiker Tony Platt beendet seinen klugen, anregenden, spannenden Artikel in *transit* mit dem Satz: „Der Horizont neigt sich nach vorne und bietet uns wieder Raum, um eine gemeinsame Grundlage zu finden. Dem Nie wieder füge ich hinzu: Niemals allein.“

*Transit* trägt seinen Teil dazu bei, dass diese Hoffnung wahr werden könnte. Deshalb freue ich mich, im Namen der Jury Gerhard

Jochem, Danièle List, Susanne Rieger und Monika Wiedemann zum Alternativen Medienpreis, dem 1. Preis in der Sparte Print, gratulieren zu dürfen.

*Irene Stuiber, Journalistenakademie*

Laudatio auf Preisträger 2008, Sparte Printmedium, 2. Preis

**„Das letzte Familienfest“ von Thorsten Mense**

„Die Sonne scheint bei Tag und Nacht ...“ Wenn sich der Normalverbraucher Gedanken über Spanien macht, dann geht ihm vielleicht diese Schlager-Textzeile durch den Kopf. Es handelt sich ja in seiner Wahrnehmung in erster Linie um ein Urlaubsland, das in ausgewählten Gebieten wie Mallorca sogar ziemlich deutsch ist. Man kann Sonne tanken, abtanzen, sich besaufen. Toller Fußball wird auch gespielt. Kurzum, ein herrliches Land!

Aber dann kommt Thorsten Mense. Und erzählt uns Ungeheuerliches. Seine Reportage „Das letzte Familienfest“ braucht nur wenige Zeilen, um ihre Leser/-innen zu verstören. Denn eigentlich ist es kaum vorstellbar, dass Alt- und Neofaschisten in dieser Form in der Öffentlichkeit feiern. Familien mit kleinen Kindern, Geschäftsleute, katholische Priester und Skinheads treffen sich in offenkundiger Eintracht an und in einer von Zwangsarbeitern erbauten, riesigen Basilika. Es ist bezeichnend, dass nur zwei Namen – der des Diktators und jener des Gründers der Falange, der Massenpartei Francos – auf den Gräbern zu lesen sind, während zehntausende dort begrabene Opfer anonym bleiben. Nicht nur, weil über seinem Grab ein Kreuzifix hängt, herrscht Verklärung um einen Diktator, dessen Regime viele Menschen auf dem Gewissen hat. Franco wurde „El Caudillo“ genannt, also „Der Führer“. 36 Jahre lang, bis ins Jahr 1975, regierte er Spanien. Dass seine Regierung zuerst von den faschistischen Regierungen Deutschlands und Italiens anerkannt wurde, sagt viel aus. Die von Hitler im Jahr 1936 geschickte „Legion Condor“, die unter anderem die baskische Stadt Gernika dem Erdboden gleichmachte, genießt in Spaniens faschistischen Kreisen bis heute Heldenstatus.



*Klaus Schrage bei  
seiner Laudatio auf  
„Das letzte  
Familienfest“ 2008*

Und auch deshalb sind deutsche Neonazis beim „Familienfest“ im „Tal der Gefallenen“ willkommen. Die Gastgeber führen aber auch Gesinnungsgenossen aus anderen Staaten stolz vor, was sie sich alles erlauben können. Es wird deutlich, wie die Vernetzung rechter Kreise funktioniert, wie groß die Bereitschaft zur Gewalt gegen Andersdenkende ist. Klar erkennbar wird im Text auch die geistige Verbindung zwischen der faschistischen Szene und der katholischen Kirche.

Thorsten Mense schildert uns das Geschehen strikt aus der Sicht des Beobachters. Seine stimmige Reportage ist voller interessanter Details, sie wirkt von der ersten bis zur letzten Zeile glaubwürdig. Und dank ihres hohen sprachlichen Niveaus könnte sie ihren Leserinnen und Lesern auch ohne Fotos die zutreffenden Bilder vom Geschehen vermitteln.

Dieser hervorragende Text zeigt, was passiert, wenn die Aufarbeitung von Geschichte unterbleibt. „Wie kann es sein, dass eine faschistische Gedenkstätte vom Staat finanziert und gepflegt wird und paramilitärische Organisationen dort ihre Führer von damals feiern dürfen?“ Auf diese Frage kann „Das letzte Familienfest“ keine Antwort geben. Dass auch die Überschrift stimmt, wünscht man sich aber schon.

*Klaus Schrage*

## LAUDATIO VIDEO

Laudatio auf Preisträger 2008, Videopreis

„Pankahyttt“

Liebes Publikum, liebes ROH,

Ich muss zugeben: Ich habe mich von Vorurteilen leiten lassen.

Als ich in der Beschreibung zum Video las: „ROH steht für feministische, antirassistische, ökologische und kapitalismuskritische Inhalte“, schwante mir Böses. Ich sah verkniffene Gesichter, die in endlosen Textpassagen feministisch, antirassistisch, ökologisch und kapitalismuskritisch waren. Dafür entschuldige ich mich.

Denn das, was ROH vorgelegt hat, war schnell, spannend, distanziert genug und engagiert genug, um den Zuschauer zu fesseln und um ihm Inhalt zu vermitteln. Die Geschichte lebt von den Umschnitten und Kontrasten zwischen der Pankahyttt einerseits und den Interview-Partnern andererseits.

Hier die Punker, die von ihren Ideen eines Zusammenlebens erzählen – aufgenommen mit unruhiger Kamerahand, subjektiv hin und her schwenkend, unruhig, authentisch. Da die Interview-Partner. Da hatte die Kamera offenbar ein Stativ und die Interviewpartnerinnen und Partner hatten etwas zu sagen. Seriös wirkender, distanzierter Kamerajournalismus.

Trotz oder wegen der Kontraste eint die Protagonisten eine Geschichte, nämlich die der Initiative Pankahyttt und ihrer geduldigen Suche nach einem gemeinsamen Haus. Und sie endet mit der Nachricht: Diese Geduld könnte bald zu Ende sein.

An dem Video fällt mir besonders eines positiv auf: Die Autorinnen und Autoren des Videos machen sich nicht gemein mit der Sache. Sie bleiben immer auf sachlicher Distanz. Genau so schaffen sie es, linke, alternative Inhalte interessant zu vermitteln. Sie verzichten auf das Schwingen einer Moralkelle. Sie lassen die Menschen reden und ihre Anliegen vermitteln. Das ist der Weg, überzeugend alternatives Fernsehen und Video zu machen.

Ich freue mich darüber, dass wir in der Jury einig waren: das ist der Alternative Medienpreis 2008 für Video. Herzlichen Glückwunsch.

*Martin Goldmann*

## Gründer und Veranstalter

### Die Nürnberger Medienakademie

Die Nürnberger Medienakademie e.V. ist ein gemeinnütziger Bildungsverein. In den Räumen des Bildungszentrums der Stadt Nürnberg organisiert und veranstaltet sie Seminare und Kurse in den Bereichen Schreiben und Gestalten, Öffentlichkeitsarbeit, Pressearbeit und PR sowie die Nürnberger Medienfachtagungen.

Ziel ist es, Medien- und Kommunikationskompetenz zu fördern und zu vermitteln. Im Bereich der nicht kommerziellen Medien sind dies Schulungen für Autorinnen und Autoren der deutschsprachigen Ausgabe der Internetenzyklopädie Wikipedia. In Zusammenarbeit mit dem Münchner Verein Kommunikation und neue Medien e.V. veranstaltet sie die Tagungen des alternativen CL-Netzes.

Das Engagement der Nürnberger Medienakademie für den alternativen Journalismus und somit auch für den Alternativen Medienpreis ist eng mit ihrer Gründungsgeschichte verknüpft: Ursprünglich 1977 als Trägerverein der Nürnberger Stadtzeitung gegründet, richtete der Verein neben der rein journalistischen Arbeit schon damals Fortbildungsseminare zum Erwerb von Medienkompetenz aus. Dieser Aufgabe kann er sich jedoch erst seit einer Ende der 80er-Jahre erfolgten Satzungsänderung voll und ganz widmen. Des Weiteren ist die Medienakademie Mitveranstalterin und Partnerin des Deutschen Menschenrechts-Filmpreises.

### **Radio Z**

Radio Z hat den Preis 1999 gemeinsam mit der Nürnberger Medienakademie aus der Taufe gehoben. Es ist das einzige alternative, nicht-kommerzielle Radio in Bayern. Mit einem Wortanteil von 42 % liegt RADIO Z weit über dem Durchschnitt der kommerziellen Rundfunksender. RADIO Z wird als privater Hörfunksender im Großraum Nürnberg von einem eingetragenen, gemeinnützigen Verein mit fast 1800 Mitgliedern getragen: der Rundfunkaktionsgemeinschaft demokratischer Initiativen und Organisationen e.V.

RADIO Z sendet seit Dezember 1987. Der Sender ist täglich von 14 bis 2 Uhr auf der UKW 95,8 zu hören. In den Nachmittags- und frühen Abendstunden wird mit der Musiksending „Castrop Rauxel“, dem Magazin für Kultur und Politik „Stoffwechsel“ sowie der 19-Uhr-Sendeschiene „Musik auf Z“ ein breites Hörer/-innenspektrum angesprochen. Die Abendstunden und ein Großteil des Wochenendprogramms gehört den Zielgruppensendungen und Musikspartenprogrammen. Das Programm von Radio Z wird von über 150 Menschen unterschiedlichen Alters und verschiedenster Nationalitäten gestaltet.

2007 feierte Radio Z sein 20-jähriges Bestehen. Zu diesem Zeitpunkt ist der Sender aus der aktiven Jurytätigkeit ausgestiegen, unterstützt den Preis jedoch weiterhin als Medienpartner.

### **Stiftung Journalistenakademie**

Die Stiftung Journalistenakademie, 2008 gegründet, beteiligt sich seit 2009 als Mitveranstalterin am Alternativen Medienpreis. Sie übernimmt diese Funktion vom Münchner Medienladen, der 2007 für Radio Z, 1999 Mitbegründer des Preises, eingesprungen war.

## **Förderer, Unterstützer, Sponsoren**

Bündnis 90 Die Grünen Landesverband Bayern  
Bildungszentrum Nürnberg, Fachbereich Multimedia  
dju Bayern  
Journalistische Praxis, Econ Verlag, Berlin  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Regensburg  
GL Grüne Liste Erlangen  
Stiftung Journalistenakademie, München  
Kommunikation und neue Medien e.V./CL-Netz  
Kulturreferat Stadt Nürnberg, Amt für Kultur und Freizeit  
Linke Medienakademie, Berlin  
Mediencampus Bayern e.V.  
Nürnberger Nachrichten  
Pro Asyl  
Radio Z  
Christine Stahl, MdL  
Südpol e.V., Nürnberg  
Verlag testimon  
Hans-Böckler-Stiftung



*Liedermacher Oliver Ziegler bei der Preisverleihung 2007*

## Die Autoren

**Julian Finn**, Jahrgang 1980, studiert in Karlsruhe Informatik und beschäftigt sich seit 2003 mit der Problematik geistiger Eigentumsrechte. Er ist Mitinitiator der Kampagne Fair Sharing und Mitgründer im Netzwerk Freies Wissen. Seine Schwerpunkte sind Urheberrecht und Softwarepatente. [WWW.WISSENSALLMENDE.DE](http://WWW.WISSENSALLMENDE.DE)

**Gabriele Hooffacker**, Jahrgang 1959, leitet die Journalistenakademie. Zu einer ihrer ersten Buchveröffentlichungen zählte „Politisch arbeiten mit dem Computer“ (gemeinsam mit Martin Goldman). Sie ist beim Alternativen Medienpreis in der Jury für die Sparte Internet.

**Bernd Hüttner**, Jahrgang 1966, ist Politikwissenschaftler. Diente 1989 bis 1992 auf dem Zwischendeck von *Nebelhorn – Stadtzeitung für Konstanz* und 1995 bis 2000 bei *FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen* bzw. *alaska – Zeitschrift für Internationalismus*, beides unbezahlt. Im Jahr 2000 Gründer des Archiv der sozialen Bewegungen in Bremen, seit 2007 Regionalmitarbeiter Bremen und Koordinator des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Vorsitzender von Linke Medienakademie e.V.

[BHUETTNER@NIATU.NET](mailto:BHUETTNER@NIATU.NET).

**Peter Lokk**, Jahrgang 1957, M.A., ist Journalist, Medienpädagoge und Geschäftsführer der Journalistenakademie. Er engagiert sich seit dreißig Jahren für den Graswurzel-Journalismus. Zusammen mit Kiki Schmidt von Radio Z hat er den Alternativen Medienpreis ins Leben gerufen. [WWW.ALTERNATIVER-MEDIENPREIS.DE](http://WWW.ALTERNATIVER-MEDIENPREIS.DE)

**Manuela Macher** ist bei Radio Z für Redaktionsorganisation und Mitgliederverwaltung verantwortlich. Radio Z hat den Alternativen Medienpreis im Jahr 1999 mit ins Leben gerufen. [WWW.RADIO-Z.NET](http://WWW.RADIO-Z.NET)

**Rainer Meyer** bloggt unter dem Namen Don Alphonso unter anderem auf [REBELLMARKT.BLOGGER.DE](http://REBELLMARKT.BLOGGER.DE). Er war Preisträger des Alternativen Medienpreises im Jahr 2000 in der Sparte Hörfunk und ist seitdem in der Jury aktiv.

**Christoph Nitz**, Jahrgang 1964, ist Kommunikationswissenschaftler. Mitarbeit bei vielen alternativen Medienprojekten wie bei Radio Dreieckland und der Stadtzeitung ZET in Freiburg. Seit 1998 Redakteur bei der Tageszeitung „Neues Deutschland“, dort seit 2006 Mitglied des Betriebsrats. Freiberuflicher Dozent und Mitinitiator der Linken Medienakademie, Geschäftsführer von Linke Medienakademie e.V. Kontakt: C.NITZ@ND-ONLINE.DE oder INFO@LINKE-MEDIENAKADEMIE.DE.

**Marion Tichy** arbeitet bei der Nürtinger Stadtzeitung seit der Printausgabe mit. WWW.NUERTINGER-STATTZEITUNG.DE

**Wolfgang Tischer** ist der Gründer und Herausgeber des Literatur-Cafés im Internet. Er erhielt 2004 den Alternativen Medienpreis in der Sparte Internet. WWW.LITERATURCAFE.DE

**Manuel Werner** ist Mitarbeiter der Nürtinger Stadtzeitung (Online-Ausgabe), die 2006 den Alternativen Medienpreis erhielt.

WWW.NUERTINGER-STATTZEITUNG.DE



